

Sonderthema:
100 Jahre Groß-Berlin
Wie die Hauptstadt wurde, was sie ist

GEBURT EINER METROPOLE

Erst 1920 wurde Berlin zur Einheitsgemeinde

SEITE 3

KRÄHWINKEL AN DER SPREE

Berlin hat 97 Ortsteile – jeder ist sich sein eigener Kosmos

SEITE 9

Das Parlament

Berlin, 24. August 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 35-37 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Streiks gegen das Regime

Swetlana Tichanowskaja Die Kandidatin der Opposition bei den umstrittenen Präsidentschaftswahlen in Belarus von Anfang August ruft ihre Landsleute zum landesweiten Streik und zum friedlichen Protest gegen das autoritäre Regime von Präsident Alexander Lukaschenko auf. „Um die Willkür zu beenden, müssen wir uns zusammenschließen“, sagte die 37-Jährige vergangene Woche in einer Videobotschaft aus ihrem Exil im benachbarten EU-Land Litauen. Ziele der weißrussischen Opposition seien ein Ende der Gewalt gegen Andersdenkende, die Freilassung aller politischen Gefangenen und faire und freie Neuwahlen. Die Wiederwahl von Lukaschenko, seit 1994 im Amt, war von massiven Fälschungsvorfällen überschattet. Die Opposition sieht Tichanowskaja als neue Präsidentin des Übergangs. *aheldpa*

ZAHLE DER WOCHE

200.000

Demonstranten protestierten nach der Wahl in der weißrussischen Hauptstadt Minsk gegen Präsident Lukaschenko. Bei den landesweiten Protesten unmittelbar nach der Wahl wurden zwischenzeitlich mehr als 6.700 Menschen festgenommen und rund 250 verletzt, zwei Tote waren zu beklagen.

ZITAT DER WOCHE

»Wir stehen an eurer Seite.«

Charles Michel, EU-Ratschef, zeigt sich solidarisch mit den friedlichen Demonstranten in Belarus. Die 27 EU-Staaten haben erklärt, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Interview Fritz Felgentreu (SPD) über seinen Bezirk Neukölln **Seite 2**
- Städte-Streit** Die Hauptstadtdebatte 1991 um Bonn und Berlin **Seite 4**
- Wirtschaft** Neugründungen in den Tempeln des Industriezeitalters **Seite 8**
- Clubkultur** Corona hat die Touristen- und Party-Metropole kalt erwischt **Seite 10**
- Hochkultur** In diesem Jahr öffnet das Humboldt Forum seine Tore **Seite 11**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Schaut auf diese Stadt!

BERLIN Weltoffen und wandlungsfähig mit Neigung zur Wurstigkeit. Über das Berlinische

Berlin ist schon mit vielen Schlagworten bedacht worden: Sparta, Spree-Athen, Chicago an der Spree, ein Emporkömmling unter den europäischen Metropolen – eine „Parvenüpolis“. In den Kulturkämpfen der Weimarer Zeit galt es den einen als verdorbenes „Babylon“, den anderen als „Exerzierfeld der Moderne“ und mit seinem Nachleben als Muster der Freizügigkeit. Noch heute zehrt der Ruf Berlins auch von diesem Weltaußenblick der Stadt, dem das „Dritte Reich“ ein brutales Ende setzte: Berlin als Herrschaftszentrale der Nationalsozialisten vernichtete und vertrieb das Babylonische, Vielgestaltige, Unbefangene, Jüdische, Freisinnige, Sozialdemokratische und auch Preußische, das die Stadt ausmachte. Auf die Hybris der „Welthauptstadt Germania“ folgte die Nemesis der zerstörten und schließlich der geteilten Stadt im Kalten Krieg, in dem die Bewohner sich mit der monströsen Tatsache einer 160 Kilometer langen Mauer zu arrangieren hatten. „Ach, wenn man bedenkt, dies hätte das Jahrhundert der Deutschen sein sollen“, so soll es der französische Philosoph Raymond Aron zu dem vor den Nazis in die USA geflüchteten Geschichtsstudenten Fritz Stern gesagt haben, als sich beide in der Ruinenwelt von 1945 trafen. „Deutschland hat das alles selber zunichte gemacht. Und dabei schickte Berlin sich doch gerade an, die älteren und glanzvolleren Metropolen Europas an den Rand zu spielen.“

Überforderung und Wachstumsstress gepaart mit der Sehnsucht nach Normalität sind eine Konstante der Berliner Geschichte: Das war im Falle der Residenzstadt beim Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht so und dann wieder im 19. Jahrhundert in den Phasen der wilden Industrialisierung und des Aufstiegs zur Reichshauptstadt. Dass die Stadt erst spät, vor genau 100 Jahren, zur Einheitsgemeinde wurde, ist kein Zufall. Über Jahrhunderte führten die Hohenzollern das Regime, während kommunaler Berliner Eigensinn wenig ausgeprägt blieb. Und andererseits verdankte Berlin ebendieser oft ungeliebten Residenz ein geistiges Eigenleben, das sich bereitwillig Impulsen von außen öffnete, sich aus dem bloß Märkischen erhob und an kultureller Strahlkraft gewann. „Heute passierten das Rosenthaler Tor sechs Ochsen, sieben Schweine, ein Jude“, so soll es im Journal der Torwache an einem Oktobertag des Jahres 1743 vermerkt worden sein. Gemeint war die Ankunft Moses Mendelssohns, ein nahezu recht- und mitteloser 14-Jähriger aus Dessau, der an der Spree mit dem Wunsch zu lernen auftauchte und der sich als seines Glückes Schmied später mit Gotthold Ephraim Lessing und Christoph Friedrich Nicolai zum Dreigestirn der Berliner Aufklärung aufschwingen würde: Beispiel einer deutsch-jüdischen Symbiose, ohne die Berlin nicht geworden wäre, was es bis 1933 war.

Berlin wird Metropole Mit dem Groß-Berlin-Gesetz strebte Berlin 1920 in weltstädtische Dimensionen. Mit knapp vier Millionen Einwohnern wuchs es über Nacht zur drittgrößten Metropole nach New York und London und wurde flächenmäßig nach Los Angeles die zweitgrößte Stadt der Welt. Vorausgegangen waren mehrere Anläufe einer Fusion der selbständigen Städte und Vorortgemeinden, was vor allem am Widerstand der wohlhabenden Kommunen gescheitert war, die eine Übernahme ihres Vorortidylls durch das „rote Berlin“ fürchteten. Erst im Windschatten des Revolutionsgeschehens 1918/1919 gelang es, aus dem bisherigen Zweckverband eine Einheitsgemeinde zu formen. Damals gab sich die Stadt (genauer: der Preußische Landtag) mit Magistrat (heute Senat) und Bezirksämtern eine polyzentrische Verwaltungsstruktur, die im Wesentlichen noch heute gültig ist und die auch bis heute für Schildbürgerstreiche aller Art sorgt: Ob Straßenbau oder Schulplanung, das Ber-



Blick vom Dach des ehemaligen Verlagshaus der „Berliner Zeitung“ auf den Berliner Fernsehturm und die historische Mitte

© picture-alliance/Robert Schlesinger

liner Publikum folgt dem Hin- und Hergeschoben von Verantwortung zwischen Land und Bezirken wie der weißen Kugel eines geschickten Hüchenspielers. Berlin ist all solchen Widrigkeiten zum Trotz erneut und wieder einmal zum Sehnsuchts- und Anknüpfungspunkt für viele geworden. Und wie so oft in ihrer Geschichte scheint die Stadt überfordert mit dem Stress, den solches Wachstum erzeugt: überfüllte Bürgerämter, eine peinliche Flughafendauerbaustelle, bröckelnde Brücken, galoppierende Mieten, Verdrängung, Lehrermangel.

»Hier muss ein jeder nach Seiner Fassung Selich werden.«

Friedrich II., König in Preußen

„Failed State Berlin!“ Berlin, das ist eine der ganz wenigen Hauptstädte, die von sich behaupten können, dass es dem von ihnen repräsentierten Gesamtstaat ohne sie wirtschaftlich besser gehen würde. Ein Undenkbare in Frankreich, dessen Bruttoinlandsprodukt ohne Paris um etwa 15 Prozent niedriger läge! Wie immer liegen Provinzialität und Großspurigkeit hier dicht beieinander. Berliner betrachten sich ganz selbstverständlich als Bewohner einer Metropole von Weltrang – aber eben eine mit Spätis und dem Tomatenpflanzen-Idyll auf dem Balkon. „Berlin“, so resümiert der Autor und Schauspieler Hanns Zischler, „ist zu groß für Berlin.“ Die Stadt versteht sich darauf, Sehnsüchte zu wecken, aber sie weckt auch Aversionen. Häufig wurde „Amerikanisches“ an

linen. Jeder zweite heutige Bewohner ist nicht hier geboren. Dass man sich gegenseitig in Ruhe lässt, machen lässt, aneinander vorbeikommt, gehört zum Selbstverständnis der Stadt. Desinteresse und Teilnahmslosigkeit sind die Kehrseite dieser Berliner Toleranz, eine grobe Wurstigkeit gegenüber verwahrlosten Winkeln und den Problemen eines Gemeinwesens mit womöglich bald vier Millionen Einwohnern: Auch dit is Berlin. Bei seinem letzten Auftritt im Bundesrat richtete der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit seinen „Dank an meine Sponsoren Herrn Seehofer, Herrn Bouffier und Herrn Kretschmann“. Beim Länderfinanzausgleich ist das Land Berlin bis heute einer der fleißigsten Nehmer.

Schluss mit Forum Mit der Rekonstruktion des Stadtschlusses der Hohenzollern und der Eröffnung des Humboldt Forums Ende des Jahres wird in der Mitte der Stadt ein Museumsbezirk weiter wachsen, der mit der Museumsinsel seinesgleichen sucht und dessen Sammlungen dann einen Bogen von der Prähistorie über die Antike bis hin zur Kunst des 19. Jahrhunderts spannen werden. Nach den erbitterten Ost-West-Debatten über den Abriss des Palasts der Republik herzen die Stadtbewohner das Neubauschloss inzwischen weitgehend mit Desinteresse. Der Vorgänger, die Hohenzollern-Residenz, 1945 ausgebrannt, 1950 vom SED-Staat gesprengt, war nie ein Bauwerk des Berliner Wohlgefallens. Wird der neue Bau ein Dialog der Weltkulturen in der Mitte der deutschen Hauptstadt ermöglichen, wie die Befürworter meinen? Und kann er eine städtebauliche Wunde heilen – in einer Stadt, die eine Mitte, aber kein Zentrum hat?

»Der Berliner ist meist aus Posen oder Breslau und hat keine Zeit.«

Kurt Tucholsky, Journalist und Schriftsteller

In seinem Aufsatz über den „Berliner Ton“ machte sich Theodor Fontane Gedanken über die Spreanwohner, auch er so ein waschechter Berliner aus Neuruppin. Berliner wüssten alles, ließen niemanden zu Wort kommen und unterbrachen jeden. Sie hätten bis zu einem hohen Grade die Fähigkeit ausgebildet, die lächerlichen Seiten einer Sache herauszufühlen: „Vor Gott“, schloss Fontane, „sind eigentlich alle Menschen Berliner.“ *Alexander Heinrich*

EDITORIAL

Anders, aber cool

VON JÖRG BIALLAS

„Berlin, du bist so wunderbar“, schwärmt „Kaiserbase“ in seinem Popsong, der als Bierwerbung bekannt geworden ist. Warum Berlin „so wunderbar“ ist, erklärt der Liedtext leider nur sehr rudimentär. Immerhin ahnt der geneigte Zuhörer: Berlin ist besonders, anders. Irgendwie. Nur: Was genau macht diese Faszination aus? Woher kommt das Schwärmen für eine Metropole, die es nicht schafft, einen Flughafen in wenigstens halbwegs angemessener Zeit zu bauen; deren öffentliche Verwaltung die Lebensfähigkeit der Bevölkerung immer wieder neu auf die Probe stellt; die ihre Bewohner seit Jahr und Tag mit einem öffentlichen Verkehrssystem drangsalieren, das anderswo längst für Kundenmeuterei gesorgt hätte? „Det is Berlin“. Mit einer Mischung aus Resignation, Gleichgültigkeit, Trotz und der Überzeugung, dass auch Unzulänglichkeiten rein sonst stößt privater wie beruflicher Freiheitsdrang auf ein verständnisvolleres Umfeld. In Berlin wird experimentiert und toleriert, gescheitert und gewonnen. Oder schlichter: In Berlin wird gelebt. Jede und jeder, wie sie oder er will. Nicht zuletzt junge Menschen aus der ganzen Welt schätzen diese Atmosphäre. New York, London, Berlin: Auf der Liste der bevorzugten Orte zum Studieren oder Arbeiten nimmt Berlin seit Jahren einen der vorderen Plätze ein. Das besondere Flair an der Spree ist für viele das entscheidende Argument, dorthin zu gehen. Hinzu kommen ganz bürgerliche Komponenten. Berlin punktet im Vergleich zu anderen Metropolen noch immer mit einem preiswerten Lebensunterhalt. Beruflich eröffnen sich gerade in den Zukunftstechnologien interessante Perspektiven. Seit Jahren hofiert die Stadt Start-up-Unternehmen, die inzwischen zum Teil ausgesprochen erfolgreich sind. Berlin ist in vielerlei Hinsicht eine Stadt der Gegensätze. Ihr Motto hat der damalige Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit mit „arm, aber sexy“ geprägt. Wem das zu plakatig ist, der trifft das Lebensgefühl in Berlin ebenso präzise mit: anders, aber cool.

Bevölkerungsentwicklung von Berlin

Anzahl der Einwohner (in Millionen) seit 1871 bis 2019 und Prognose bis 2030



Quellen: Statistische Ämter, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (Prognose)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

MIETENDECKEL - VORREITER ODER FLOP?

Wirksam, aber riskant

PRO



Hannes Koch, freier Journalist

Der Berliner Mietendeckel ist kein Irrsinn, der linken Politikern mal eben eingefallen ist. Zwischen 2015 und 2019 stiegen die Neuvermietungspreise in der Hauptstadt um etwa 17 Prozent. Eine Familie mit zwei Kindern muss für eine 100-Quadratmeter-Wohnung nicht selten 1.500 Euro warm zahlen. Solche Kosten sind für viele Normalverdiener unerschwinglich. Sie sind ein soziales Problem. Weil die bundesweite Mietpreisbremse wenig bewirkte, folgte der Mietendeckel als naheliegende Konsequenz. Und er trug wohl dazu bei, den krassen Anstieg der Wohnungskosten in Berlin zu dämpfen. Das wesentliche Ziel hat die rot-rot-grüne Koalition damit erreicht. Wobei auch der Neubau von Wohnungen nicht eingebrochen ist. Im ersten Halbjahr 2020 lag der Zuwachs über dem des Vorjahreszeitraums. Kein Wunder: Vernünftigerweise gilt der Deckel nicht für Neubauten. Allerdings beinhaltet die Berliner Regulierung einen entscheidenden Nachteil: Es bestehen erhebliche Zweifel, ob das Bundesverfassungsgericht das Gesetz durchwinkt. Mit der ausgreifenden Interpretation ihres landespolitischen Rechtsetzungsspielraums, sowie dem starken Eingriff in Markt, Eigentum und Vertragsfreiheit ging die Landesregierung ein Wagnis ein. Möglicherweise hat Rot-Rot-Grün überzogen, etwa bei der erzwungenen Senkung bestehender Mieten. Wenn das oberste Gericht den Deckel deshalb aufhebt, können sich regulierungsfreudige Politiker nach Alternativen umsehen. Hier bieten sich eine nochmals verschärfte Mietpreisbremse auf Bundesebene und mögliche Ergänzungen auf Landesebene an. Außerdem müssen mehr Gebäude neu errichtet werden – sowohl solche ohne Preisbindung als auch Sozialwohnungen.

Bauen ist die Lösung

CONTRA



Christine Richter, »Berliner Morgenpost«

Mit einem Mietendeckel will der rot-rot-grüne Senat die Mieten in der Hauptstadt für fünf Jahre auf dem Niveau vom Juni 2019 einfrieren – und es darüber hinaus ermöglichen, dass die Mieten unter bestimmten Bedingungen rückwirkend gesenkt werden können. Ein Eingriff in den Wohnungsmarkt, den es so noch nicht gab. Und der nach Meinung von vielen Experten auch verfassungswidrig ist, denn Mietrecht ist Bundesrecht. In Berlin besteht gesellschaftlicher Konsens, dass etwas gegen Wohnungsnot und stark steigende Mieten und gegen die Spekulation mit Baugrundstücken getan werden muss. Der Mietendeckel mag den Mietern zwar eine Verschnaufpause bringen, richtet aber sehr viel Schaden an. Die Vermieter investieren nicht mehr oder kaum, von einer energetischen Sanierung, die angesichts des Klimawandels so wichtig wäre, ganz zu schweigen. Dabei weiß man doch: Gegen Wohnungsnot hilft nur: bauen. Der Mietendeckel aber bewirkt, dass Investoren der Regierung nicht mehr vertrauen – wer weiß schon, was in fünf Jahren passiert, wenn der Mietendeckel auslaufen soll? Dabei hätte der Senat so viel mehr tun können: einen Runden Tisch mit den privaten und städtischen Wohnungsunternehmen einberufen, um sich auf feste Ziele im Wohnungsneubau zu verständigen; die Mietpreisbremse so ausgestalten, damit sie auch Wirkung zeigt; schärfer gegen Bodenspekulation vorgehen; die Verfahren für Baugenehmigungen beschleunigen. Es gibt so viele Hebel, doch Rot-Rot-Grün hat sich für den Mietendeckel entschieden, mit dem man eines ganz sicher nicht erreicht: dass mehr gebaut wird.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 12 Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Felgentreu, Sie zogen 1989 zum Studieren nach Berlin, aber nicht weil Sie dem Wehrdienst aus dem Weg gehen wollten, den hatten Sie schon hinter sich. Warum Berlin?

Ich war einfach neugierig auf die Stadt. Ich war ein Landei, kam aus einem 300-Seelen-Dorf und hatte Lust, etwas zu erleben. Hamburg war mir zu nah und zu vertraut und dieser Berlin-Mythos faszinierte mich. Aber ich hatte eigentlich gar nicht vor, so lange zu bleiben – das spricht eindeutig für diese Stadt.

1992 begannen Sie mit der Kommunalpolitik in Neukölln. Damals war der Bezirk noch kein Magnet für Hipster aus aller Welt. Was zog Sie ausgerechnet dorthin?

Als ich 1989 nach Berlin gezogen bin, war die Wohnungssituation angespannt. Ich habe einfach in Neukölln eine Wohnung gefunden. Ich wusste nichts über die Stadt, insofern war ich da auch relativ unkritisch, habe dort einen Mietvertrag abgeschlossen, wo ich eine Wohnung gefunden hatte. Es hat sich dann aber als Glücksgriff erwiesen und so ist Neukölln zu einem Leitmotiv für mein bürgerliches und politisches Leben geworden und das war immer mit einem Gefühl der Sinnhaftigkeit verbunden.

1992 war die Stadt noch nicht lange wiedervereint, die Risse der Teilung waren überall sichtbar. Mit welchen Problemen hatten Sie es als Kommunalpolitiker damals zu tun?

Begriffe wie „Brennpunktquartier“ oder „Parallelsiedlungen“ bildeten sich im Rahmen der politischen Debatte erst im Verlauf der späten 1990er Jahre heraus. Aber die Probleme existierten natürlich schon früher und deswegen habe ich mich von Anfang an für Integrations- und Einwanderungspolitik interessiert und engagiert.

Wie veränderte es den Bezirk, dass der ehemals abgeschirmte Osten der Stadt plötzlich so nahe dran war?

Zum einen fielen durch den Strukturwandel der Berliner Wirtschaft ganz viele Arbeitsplätze für Niedrigqualifizierte weg, die Arbeitslosigkeit stieg stark. Zum anderen wurden auf einmal viele Mittel, die für Investitionen in West-Berlin vorgesehen waren, in den Osten umgeleitet. Das hatte für viele Bewohner Neuköllns erstmal einen ziemlich unglücklichen Effekt.

Wie reagierten die Menschen?

Also, Ressentiments gegenüber dem Osten konnte ich jedenfalls nicht wahrnehmen. Die Menschen waren vielmehr unzufrieden mit der Gesamtsituation und damit, wie die Politik damit umgegangen ist. Der CDU-geführte Senat von Eberhard Diepgen tat lange so, als gäbe es kein Problem, während die Schwierigkeiten tatsächlich mit Händen zu greifen waren. Das führte zu wachsender politischer Unzufriedenheit, dann zu den relativ hohen Wahlergebnissen für die Republikaner Anfang der 1990er Jahre. Das war für mich auch ein Grund, mich politisch einzumischen.

Gleichzeitig hat der Berliner Senat damals Geld mit vollen Händen ausgegeben, damit die spätere Haushaltsnotlage verursacht, die letztlich in einen Sparkurs der Verwaltung mündete, über deren suboptimales Funktionieren sich seither die halbe Republik amüsiert.

Die Herausforderungen waren 1990 aber auch ungläublich. Die Berlin-Förderung war weggefallen, all die Subventionen, mit denen man es früher geschafft hatte, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Gleichzeitig waren Industriearbeitsplätze in riesigem Maßstab weggebrochen. Der einzige leistungsfähige Arbeitgeber, der übrig war, war der Öffentliche Dienst, der

»Von Neukölln lernen«

FRITZ FELGENTREU Die Entwicklungen der Einwanderungsgesellschaft in Berlin-Neukölln strahlen auf das ganze Land aus, findet der SPD-Abgeordnete



© SPD Parteivorstand/Susie Knoll

aber gleichzeitig sehr ineffektive Strukturen hatte. Das in den Griff zu bekommen, war eine echte Herkulesaufgabe. Und der Diepgen-Senat hat dann entschieden: Schulden sind uns erstmal egal, jetzt sehen wir zu, dass wir das Zusammenwachsen der Stadt gut organisiert bekommen. Vermutlich hätte man auch klüger agieren können, aber das war damals die Antwort auf die Herausforderungen der Zeit.

2013 haben Sie mit »Fritz bringt Neukölln in den Bundestag« für Ihre Kandi-

datur geworben. Wie realistisch ist es, in der Bundespolitik die Interessen eines Berliner Bezirkes zu vertreten?

Daraus allein kann man kein politisches Programm gestalten. Das Programm lag darin zu sagen: Aus den positiven Erfahrungen, aber auch aus den Fehlentwicklungen der Einwanderungsgesellschaft in Neukölln können wir Erkenntnisse ableiten, die für ganz Deutschland von Bedeutung sind. In diesem Sinn wollte ich das, was ich in Neukölln gelernt hatte, in den Bundestag bringen.

Hat das funktioniert?

Manches auf jeden Fall. Ich denke, dass wir heute ein realistisches Verständnis von Einwanderungs-, Migrations- und Integrationsprozessen haben. Dass wir, anders als in den 1990er Jahren, nicht einfach darauf vertrauen, dass sich Integrationsprobleme in der zweiten Generation von allein erledigen. Von dieser etwas bläulichen Betrachtungsweise sind wir runter.

Dennoch verlassen in Neukölln immer noch überdurchschnittlich viele Schüler die Schule ohne Abschluss.

Die Migrationsgeschichte erneuert sich permanent, sie ist nie abgeschlossen. Deshalb erneuert sich auch die Probleme permanent, nur mit unterschiedlichen ethnischen Gruppen. Insofern ist es nicht erstaunlich, dass die Zahl der Schulabbrecher deutlich höher ist als in Steglitz-Zehlendorf. Das wird immer so sein. Die Frage ist: Haben wir Antworten darauf?

Und hat der Bezirk die richtigen Antworten?

Ich glaube, wir haben in Neukölln gute Ansätze entwickelt. Unser Konzept reduziert sich nicht auf eine konsequente, gute Bildungspolitik. Sondern wir haben stattdessen einen ganzheitlichen Anspruch an einen starken Staat formuliert. Das gelingt nicht immer gleich gut. Aber die programmatische Zielvorstellung dahinter ist absolut tragfähig und zukunftsfähig.

Sie waren zehn Jahre Mitglied des Abgeordnetenhauses. Hatten Sie denn das Gefühl, dort nicht mehr genügend bewirken zu können?

Meine Arbeit war immer mehr zu einem normalen Bürojob geworden. Das ist keine gute Motivation. Und wenn man das merkt, sollte man sich nach etwas anderem umgucken. Ich hatte eigentlich alle Ideen, die ich hatte, ausprobiert, manches erfolgreich, manches nicht. Es war Zeit für einen Tapetenwechsel.

Nun leidet Berlin seit vielen Jahren unter akutem Wachstumsstress. Bezahlbarer Wohnraum ist knapp, die Strafen sind verstopft. In einem Jahr endet die Legislatur. Was verbuchen Sie auf der Haben-Seite des Berliner Senats?

Im Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik oder bei der Forschungsförderung hat der Senat sehr gut agiert. Nicht zuletzt ist Berlin inzwischen so weit weg von der Haushaltsnotlage der Nullerjahre, dass es mit eigenen stimulierenden Maßnahmen in der Corona-Krise wieder Akzente setzen kann. Insbesondere beim Wohnungsbau wurden aber längst nicht die Fortschritte gemacht, die nötig gewesen wären. Das hat mich sehr enttäuscht.

Berlin hat aber mit der Einführung eines Mietendeckels etwas gewagt. Alle warten nun gespannt auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Entwertet es das Gesetz für Sie, dass das letzte Wort nun Karlsruhe haben muss?

Nein. So ist das nun mal in einem demokratischen Rechtsstaat mit Gewaltenteilung und unabhängiger Justiz.

Das Interview führte Claudia Heine. ■

Fritz Felgentreu (SPD) ist seit 2013 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter. Er will nicht erneut kandidieren, um sich neue berufliche Herausforderungen zu suchen.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Ein E-Scooter-Fan: Daniela Kluckert

Ein Wochenendbesuch in der zwölften Klasse hat den Ausschlag gegeben. „Damals war ich das erste Mal in Berlin und habe mich sofort in die Stadt verliebt“, sagt die heute 39-jährige FDP-Abgeordnete Daniela Kluckert. Raus aus der niedersächsischen Provinz – rein in das pulsierende Leben der Großstadt ging es für sie sofort nach dem bestandenen Abitur. „Mir war klar: Ich will in dieser Stadt leben, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht entschieden war, ob meine Studienbewerbung an der FU Berlin erfolgreich ist.“ Sie war es und in der Folge studierte Kluckert in Dahlem Volkswirtschaftslehre und wohnte im damaligen „Szenebezirk“ Prenzlauer Berg. Gut 20 Jahre später hat sich die Stadt verändert – auch und gerade der Prenzlauer Berg. Eine Veränderung zum Guten oder eher zum Schlechten? Kluckert sieht es ganz pragmatisch: „Das ist nicht mehr der Prenzlauer Berg von damals, aber eben der Prenzlauer Berg von heute.“ Es habe früher Probleme in der Stadt gegeben, „weshalb ich ja auch angefangen habe, mich politisch zu engagieren“, und es gebe auch heute noch Probleme. „Diese Probleme gilt es zu lösen.“ Daniela Kluckert lebt inzwischen im Bezirk Tempelhof – ehemals Westberlin. Empfindet sie die Stadt noch als geteilt in Ost und West? Nein, sagt sie. „Die Stadt ist sehr groß und die Gegenden sehr unterschiedlich.“ Tempelhof sei anders als Neukölln, der Friedrichshain anders als der Prenzlauer Berg. „Das hat für mich nichts mehr mit Ost oder West zu tun.“

© DBT/Achim Meide



»Bei einem Besuch in der zwölften Klasse war ich das erste Mal in Berlin und habe mich sofort in die Stadt verliebt.«

brauche sich nicht über Widerstand in der Bevölkerung gegen den Bau neuer Wohngebiete zu wundern, wenn die Infrastruktur schlecht sei und dann mit noch mehr Menschen geteilt werden soll, sagt sie. Statt im Klein-Klein zu verharren müssten die Potenziale, die etwa ein U-Bahn nach Weißensee hätte, für die Teile der benötigten Röhren schon vorhanden seien, ausgelotet werden, fordert die FDP-Politikerin.

Auch die Fahrradpolitik, die der Senat als vordringlich bewertet, überzeugt sie nicht. Pop-up-Radwege seien keine Lösung. „Der Fahrradverkehr muss in der Stadt sicherer werden und auch mehr Platz bekommen“, sagt sie. Ohne Bürgerbeteiligung und andere bei solcher einer Umgestaltung angewandten demokratischen Mittel, könne dies aber nicht durchgesetzt werden. Außerdem müssten die Gewerbetreibenden stärker eingebunden werden. „Eine Stadt ohne Wirtschaft ist nicht möglich“, sagt die Liberale.

Nach wie vor überzeugt ist Kluckert von den Potenzialen der E-Scooter, für deren Zulassung sie sich im vergangenen Jahr stark gemacht hatte. „Die neuen Mobilitätsangebote sind großartig und gehören zum Verkehrsmix dazu“, sagt sie. Allerdings hätte ihrer Ansicht nach die Stadt die Digitalisierung stärker nutzen müssen, „um zu verhindern, dass die Fahrzeuge gerade vor S- und U-Bahnhöfen Plätze und Wege verstopfen“. Richtig wäre es gewesen, extra gekennzeichnete Bereiche zu schaffen, in denen die E-Scooter abgestellt werden dürfen. Wenn Daniela Kluckert – auf dem E-Scooter, dem Fahrrad, zu Fuß, beim Joggen auf dem Tempelhofer Feld oder auf dem Tennisplatz – als Bundestagsabgeordnete erkannt und angesprochen wird, ist ihr das keineswegs lästig, sagt sie. „In aller Regel sind die Menschen interessiert und ich sehe es auch als meine Aufgabe an, Entscheidungen zu erklären und zu begründen.“ Und natürlich, das weiß sie, ist die FDP-Politikerin „Vorbild beim Verhalten im öffentlichen Raum“. Götz Hauding ■

Das Parlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss
21. August 2020

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dessenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
faizit-com@intime-media-services.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Urheberrechtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dessenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
faizit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Ein Sparkassenschein aus dem Jahr 1922 zeigt die alten (rot eingefärbt) und neuen Bezirke der Stadtgemeinde nach der Bildung von Groß-Berlin.

© picture-alliance/akg-images (editiert)

Geburt einer Weltstadt

GROSS-BERLIN Vor 100 Jahren wurde die Hauptstadt zur Metropole

Er unternimmt einen letzten Versuch. Monatlang hat sich Eugen Leidig gegen die Kommunalreform gestraubt, die aus dem zersiedelten Großraum um Berlin eine einzige Stadt machen soll. Nun, im April 1920, stellt der Abgeordnete der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) im Preußischen Landtag fest, dass das Haus bei dieser zweiten Aussprache über das angeblich so wichtige „Gesetz zur Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin“ in den Reihen der Parlamentarier wie auf den Zuschauerbänken weitgehend leer ist: „Ich könnte daraus schließen, dass die Bevölkerung mit dem jetzigen Zustande durchaus zufrieden ist.“ Leidig erntet damit spöttisches Gelächter bei den Sozialdemokraten, die zwei Jahre zuvor als stärkste politische Kraft aus den Wirren des Kriegsendes hervorgegangen sind. „Groß-Berlin wusste nicht, dass Sie reden, sonst wären alle gekommen“, ruft einer belustigt. Leidig lässt die Bemerkung an sich abperlen. Für ihn ist das Vorhaben der regierenden SPD ein „Sprung ins Dunkle, wie er in der ganzen Welt noch nie dagewesen ist“. Wie soll angesichts radikaler Kräfte auf den Boulevards der Hauptstadt ein so vertracktes Unterfangen wie die Gründung einer Megametropole vernünftig sein?

Gewachsenes Flickwerk Es ist im Frühjahr 1920 keine Kleinigkeit, das historisch gewachsene Flickwerk aus acht eigenständigen Städten, 59 Umlandgemeinden und 27 Gutsbezirken der Idee eines Groß-Berlin zu unterwerfen. Ein Gebiet, das über Nacht auf das 13-fache seiner vorherigen Größe anschwellen würde, sei nicht zu kontrollieren, lautet eine oft geäußerte Warnung. Die wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Krieges sind erdrückend. In dieser Not könne man keine Organisation aufzubauen, die auf die „völlige Bevormundung des Berliner Bürgertums“ hinauslaufe, wie Leidig argumentiert. Mehrfach war die Vereinigung des sich rasant ausbreitenden Ballungsraums bereits gescheitert. Nach einer ersten Eingemeindung großer Gebiete um 1860 unterstützte der preussische Staat die Ausdehnung zunächst mit dem „Hobrecht-Plan“, der Berlin ein umfangreiches Straßen- und Kanalisationsnetz verschaffte – nicht etwa beschränkt auf die damals schon bebauten Fläche, sondern in den Grenzen des erwarteten Wachstums. Danach passierte lange nichts mehr. Ab 1909 hielt der Kaiser weitere Landgewinne für „nicht zweckmäßig“. Wilhelm II. fürchtete einen Staat im Staate, der die Gewichte im Reich Richtung Arbeiterklasse verschieben würde.

Großes Elend Nur der Bildung eines Zweckverbandes stimmte man 1911 zu. Der sollte die nötigsten kommunalen Belange gemeinschaftlich klären. Obwohl seine Erfolge größer waren als sein schlechter Ruf (so sicherte er den bis heute bestehenden Grüngürtel mit seinen Wäldern und Parks), setzte er dem Gerangel um Kompetenzen und Steuern, mit denen sich die Kommunen Konkurrenz machten, kein Ende. Obgleich durch das Verkehrsnetz der Reichsbahn längst ein einheitlicher Stadtraum geschaffen war, wurde mit kommunalen Steuersätzen Bevölkerungspolitik betrieben. Während Arbeiterbezirke nicht das Geld für den nötigen Bau von Wohnsiedlungen aufreiben konnten, entstanden in Villenkolonien des Südwestens dank günstiger Abgaben Prachtbauten zum Nulltarif. Die Folge: großes

Elend. Mehr als 600.000 Berliner hausten in Wohnungen, deren Zimmer mit fünf oder mehr Personen belegt waren. Da es 17 Wasser-, 40 Gas- und 60 Kanalisationsbetriebe im Großraum gab, dazu 15 Elektrizitätsversorger, herrschte „kommunale Anarchie“, wie es ein Lokalpolitiker nannte. Mit der veränderten politischen Landschaft öffnet sich nach 1918 das Zeitfenster für eine Neuordnung. Um das passende Modell wird erbittert gekämpft. Soll eine zentralisierte Metropole entstehen, die alle Kompetenzen an sich zieht? Oder eine Union, deren einzelne Teile autonom bleiben? Eine bedeutende Rolle spielt Berlins damaliger Bürgermeister Adolf Wermuth (parteilos). 1912 ins Rote Rathaus gekommen, hat er noch immer nicht umgesetzt, was sich „am ersten Tag unwiderstehlich aufdrängte“. Aber er hat er einen mächtigen Verbündeten gewonnen: Preußens Innenministerium leitet mit Paul Hirsch (SPD) ein Verfechter der Großstadt-Idee. Doch bevor es Anfang 1919 zu einer von ihm anberaumten Besprechung kommt, wird ein neues kommunales Wahlrecht eingeführt. Damit ist absehbar, dass die Sozialisten in den meisten Stadtteilen die Mehrheit erringen werden; die „Groß-Berliner Frage“ wird zum Zankapfel, der „die bisher einige Bürgerschaft“ spaltet, wie die Landesregierung später bilanziert. Die Furcht vor einer sozialistischen Steuer- und Finanzpolitik ist im Bürgertum so groß, dass es sich gegen jede Form der Eingemeindung wendet. Zwar mä-

ßigt es seinen Ton wieder nach der Niederschlagung des Spartakus-Aufstands, aber die Stadt bleibt gespalten. Daraufhin ändert die Regierung ihre Strategie. Sie betraut Unterstaatssekretär Friedrich Freund mit der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs – der „Vater des Zweckverbandes“ hatte dessen eingeschränkte Befugnisse stets behauert. Er darf nun auch öffentlich die Vorzüge einer umfassenden Eingemeindung darlegen. Vor allem die mangelnde demokratische Verankerung war dem liberalen Beamten ein Dorn im Auge: Weil die Bevölkerung nie in die Entscheidungsprozesse des Zweckverbandes eingebunden war, habe dieser keine Akzeptanz gefunden. Die Positionen der Parteien liegen weit auseinander. Die SPD, die für Freunds Gesetzentwurf ist, kommt mit dem Gruppen radikaler Unabhängiger Sozialdemokraten (USDP) auf etwa so viele Stimmen wie die konservative Allianz aus Zentrum und DVP sowie Deutschnationaler Volkspartei (DNVP). Im Wesentlichen hängt alles von den linksliberalen Demokraten (DDP) ab, die in der Sache unsicher sind. Ihr Wortführer, Schönebergs Bürgermeister Alexander Dominicus, favorisiert anfangs eher das Modell einer Gesamtgemeinde, plädiert dann aber energisch für eine Einheitsgemeinde. Diese beiden Begriffe prägen die Debatte. Während die Einheitsgemeinde die wichtigsten Kompetenzen stadtwert an einen Magistrat delegiert und die dezentrale Organisation Bezirksämtern überträgt, versteht man unter Gesamtgemeinde einen Bund auto-

nomer Gebilde, mithin einen reformierten Zweckverband. In mehr als 20 Ausschusssitzungen werden 151 Änderungsanträge abgearbeitet, unzählige Petitionen und Eingaben berücksichtigt. Empfindlichster Punkt ist das Geld. Für Freund ist essenziell, dass ein einheitlicher Berliner Stadtraum nicht nur künftige Lasten und Defizite trägt, sondern auch die Altschulden der armen Bezirke übernimmt. Das trifft auf massive Gegenwehr. Es sollten nur die „Spuren einer schlechten Finanzwirtschaft verdeckt werden“, sagt ein Konservativer, worauf der Liberale Dominicus entgegen, der Bankrott eines Vororts werde seine Wirkung auf alle anderen nicht verfehlen.

Hauchdünn Am Ende geht es schnell. Um 12.30 Uhr wird am 27. April die 139. Sitzung der „Verfassungsgebenden Preussischen Landesversammlung“ eröffnet. 165 Parlamentarier votieren für das Gesetz, acht mehr als nötig – ein hauchdünner Vorsprung. Mit knapp vier Millionen Einwohnern wird Berlin nach New York und London drittgrößte Metropole der Welt, rangiert flächenmäßig hinter Los Angeles auf Platz zwei. Das Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Oktober 1920 nennt der Historiker Jens Bisky als „einen der wichtigsten Tage der Stadtgeschichte“. Berlin gibt sich eine Verwaltungsstruktur, die selbst NS-„Germania“-Fantasien, Teilung und Wiedervereinigung übersteht. In kaum einer anderen Weltstadt sind die Interessen des Großraums und der Bezirke so fein ausbalanciert wie in Berlin. Nicht immer zur Freude derer, die etwas bewegen wollen.

Die Verwaltungsstruktur übersteht selbst NS-Fantasien und Mauerzeit. Kai Müller

Der Autor ist Redakteur des Berliner „Tagesspiegel“.

Der Autor ist Redakteur des Berliner „Tagesspiegel“.

CHRONIK

- 1237** 40 Jahre nach Spandau und 28 Jahre nach Köpenick wird die Siedlung Cölln erstmals urkundlich erwähnt, sieben Jahre vor der benachbarten Schwestersiedlung Berlin. Das Jahr gilt als offizielles Gründungsdatum der Stadt.
- 1411** Mit der Berufung des Burggrafen Friedrich von Nürnberg zum Statthalter der Mark und seiner Ernennung zum Kurfürsten von Brandenburg 1415 beginnt in Berlin/Cölln die gut 500 Jahre währende Herrschaft der Hohenzollern. 1486 werden die Schwesterstädte kurfürstliche Residenz.
- 1539** Reformation in Brandenburg.
- 1648** Die Bevölkerungszahl von Berlin/Cölln ist zum Ende des 30-jährigen Krieges um die Hälfte auf 6.000 zurückgegangen. Die Einwanderung von Glaubensflüchtlingen bringt neuen Aufschwung; 1688 liegt die Einwohnerzahl bei 20.000.
- 1709** Friedrich I., als Kurfürst 1701 zum König in Preußen gekrönt, verfügt den Zusammenschluss von Cölln, Berlin und Vorstädten zur Haupt- und Residenzstadt Berlin mit 55.000 Einwohnern.
- 1800** Berlin hat rund 170.000 Einwohner.
- 1806** Nach Preußens Niederlage bei Jena und Auerstedt zieht Napoleon I. in die Stadt ein, die bis Ende 1808 von französischen Truppen besetzt bleibt.
- 1848** Märzrevolution in Berlin: Die Kämpfe zwischen Bürgern und Militär fordern mehrere Hundert Tote.
- 1871** Berlin wird kaiserliche Hauptstadt des Deutschen Reiches. 1877 überschreitet die Einwohnerzahl die Millionengrenze.
- 1912** Mit umliegenden Städten und Kreisen schließt sich Berlin zum „Zweckverband Groß-Berlin“ zusammen; in den Stadtgrenzen wohnen mehr als zwei Millionen Menschen.
- 1918/19** Novemberrevolution: Wilhelm II. dankt ab; in Berlin wird die Republik ausgerufen. Im Januar wird der Spartakusaufstand in der Stadt blutig niedergeschlagen.
- 1920** Durch das „Groß-Berlin-Gesetz“ wächst das Stadtgebiet auf 878 Quadratkilometer mit 3,8 Millionen Einwohnern. Berlin wird größte Industriestadt Europas. In den „Goldenen Zwanzigern“ eine der großen Kulturmetropolen, hat die Stadt 1925 mehr als vier Millionen Einwohner.
- 1933** Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten wird der Reichstagsbrand Ende Februar zum Fanal für die Errichtung der NS-Diktatur in Deutschland.
- 1936** In Berlin werden die elften Olympischen Sommerspiele ausgetragen.
- 1939** Von Berlin geht mit der Kriegserklärung an Polen der Zweite Weltkrieg aus.
- 1942** Auf der „Wannsee-Konferenz“ wird die Organisation der Vernichtung der europäischen Juden beschlossen.
- 1943** Anglo-amerikanische Streitkräfte beginnen mit Flächenbombardements der Stadt.
- 1945** Nach der Einnahme Berlins durch die Rote Armee wird im Ortsteil Karlshorst die deutsche Kapitulation unterzeichnet. Berlins Einwohnerzahl ist von vormals 4,3 Millionen auf 2,8 Millionen gesunken. Die Stadt wird von den Alliierten in vier Sektoren aufgeteilt.
- 1948/49** Mit der fast einjährigen Berlin-Blockade sperrt die Sowjetunion zu Land und Wasser alle Zufahrtswege zu den drei West-Sektoren. Über die Luftbrücke versorgen die westlichen Alliierten die Menschen im Westteil der Stadt.
- 1949** Ost-Berlin wird Hauptstadt der neu gegründeten DDR.
- 1953** In Ostteil der Stadt lösen Arbeiter den von den Sowjets niedergeschlagenen Volksaufstand in der DDR aus.
- 1961** Bau der „Berliner Mauer“ um West-Berlin, an der bis 1989 mindestens 140 Menschen ums Leben kommen.
- 1989** Der Mauerfall markiert den Sieg der Friedlichen Revolution in der DDR und das Ende des Kalten Krieges.
- 1990** Berlin wird Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland.
- 1999** Der Bundestag zieht wie 1991 beschlossen von Bonn nach Berlin; auch große Teile der Bundesregierung werden in die Hauptstadt verlagert. sto

Die Gelehrtin »an erster und einziger Stelle«

PORTRÄT Agathe Lasch war die erste Germanistikprofessorin Deutschlands. Als Jüdin erschoss man sie im Wald nahe Riga

Ihr letztes bekanntes Foto stammt vom Oktober 1930. Es zeigt Fräulein Professor Dr. Agathe Lasch im Alter von 51 Jahren – eine zierliche Person mit hochgeschlossenen dunklen Kleid und zum Dutt gefassten Haar aufrecht am Schreibtisch sitzend. An den Wänden des Arbeitszimmers türmen sich Zettelkästen und Bücher. Sie war die erste Frau in Deutschland, die als Germanistikprofessorin forschen, lehren und dafür Gehalt beziehen durfte. 1928 hatte sie ihr bekanntestes Werk publiziert: „Berlinisch. Eine berlinische Sprachgeschichte“, die erste große wissenschaftliche Untersuchung des Hauptstadtdialektes. Als das Foto entstand, steckte Lasch mitten in der Herausgabe immer neuer Teile für das Mittelniederdeutsche Handwörterbuch. Dieses Großprojekt durfte sie nicht vollenden. Ihre nationalsozialistischen Kollegen drängten die jüdische Konkurrentin ins akademische Abseits. Das Leben der Jüdin Agathe Lasch endete am 18. August 1942 nahe Riga in einem Massengrab. Begonnen hatte es am 4. Juli 1879 in Berlin als Tochter eines ärmlichen Lederhändlers. Immerhin besuchte Agathe wie



Agathe Lasch (1879 bis 1942) im Jahr 1926

zwei ihrer Schwestern die Höhere Töchterschule und das Lehrerinnenseminar. Der Beruf setzte sie in stand, den Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Doch das hochbegabte, sensible Mädchen ertrug die geistige Unterforderung nicht. 1906, im Alter von 27 Jahren, legte die junge Frau am Kaiserin-Augusta-Gymnasium in Berlin-

Charlottenburg extern das Abitur ab, studierte in Halle und Heidelberg Germanistik und promovierte drei Jahre später. Ihr Doktorvater lobte die sprachwissenschaftliche Dissertation in höchsten Tönen. Die akademische Lehre blieb ihr zunächst versagt. Gleichwohl hielt Agathe Lasch an ihren Träumen fest: Sie ging in die USA, konnte dort als Professorin lehren und 1914 ihre Mittelniederdeutsche Grammatik vorlegen. Von deutschem Patriotismus erfüllt kehrte sie mitten im Ersten Weltkrieg 1917 zurück, fand Anstellung an der Universität Hamburg, wo sie allseits überzeugte und habilitiert wurde. 1926 richtete die Universität einen Lehrstuhl für Niederdeutsche Philologie ein – der Personalvorschlag lautete: „Gelehrtin“ Agathe Lasch „an erster und einziger Stelle“. Betrachtet man Fotos der jüngeren wie der älteren Agathe Lasch, glaubt man, eine bedrückte Person zu sehen. Wohl plagten sie auch Migräneanfälle. Doch das Publikum, das ihre Vorträge hörte und ihre Texte las, lobte den „lebendigen Stil“. Sie hatte Freude am Humor, besonders am berlinischen.

Genussvoll präsentiert sie in ihrem Buch zum Berliner Dialekt Beispiele für den Einfluss der literarisch interessierten jüdischen Intelligenz der Stadt im 19. Jahrhundert. Sie fand, dass „deren zersetzende kritische Art sich mit der berlinischen traf“. So spottete man wortwitzig über Goethes 1814 verfasstes Festspiel „Epimenides“: „Eh wie meen Se des?“. Zugeneigt und ernsthaft widmete sie sich der Mundart ihrer Heimatstadt, um „die sich die Wissenschaft bisher nicht gekümmert“ habe und legt gleich im Vorwort los: „Die alte dilettantische Betrachtung des Berlinischen ist in vielen Fällen zum Gemeingut geworden, und ihre immer wiederholten Angaben gelten als Tatsachen.“ **Deportiert** Einmal lässt sie im Buch erkennen, wie der Forschungsbetrieb, speziell das Berliner Archiv- und Bibliothekswesen, das seltene weibliche Exemplar behandelte: „In mehr als einem Falle“ sei das Entgegenkommen der leitenden Beamten durch die Schwierigkeiten, die die unteren Beamten machten, wieder aufgehoben worden. Die Fotos und einige Äußerungen

lassen erkennen, dass sie es vermied, als Frau aufzufallen. Sie blieb allein mit ihrer Forschung verheiratet und soll über sich selbst gesagt haben: „Ich habe zwei Abstracta geliebt – Germanistik und Deutschland.“ Ihre vielgeliebte Bibliothek von 4.000 Büchern war ihre Rettung, als sie nach 1933 von der offiziellen Wissenschaft ausgeschlossen wurde. Unter Tränen soll sie gefragt haben: „Wem würde ich schaden, wenn ich arbeiten dürfte?“ 1937 kehrte sie nach Berlin zurück, in die Nähe ihrer Schwestern. Am 9. Juli 1942 verfügte die Gestapo den Einzug der Privatbibliothek. Am 15. August 1942 gehörten die Schwestern Agathe, Elsbeth und Margarethe Lasch zu den 1.004 Menschen, die mit dem 18. Osttransport vom Güterbahnhof Moabit nach Riga deportiert wurden. Unmittelbar nach Ankunft starben sie bei Massenerschießungen. Agathe Lasch hat sich ihr Ehrenmal selbst geschaffen. Maritta Tkalec

Die Autorin ist Redakteurin der „Berliner Zeitung“.



Hauptstadt Deutschlands ist Berlin.“ So steht es im deutsch-deutschen Einigungsvertrag von 1990 und so ist es seit 2006 auch im Grundgesetz festgeschrieben. Im Jahr Eins der deutschen Einheit beschloss der Bundestag im Juni 1991, seinen Sitz nach Berlin zu verlagern (siehe Beitrag unten); 1994 verlegte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker seinen ersten Amtssitz an die Spree, 1999 folgten Parlament und Regierung nach Berlin, im Jahr 2000 auch der Bundestag.

Auch gut zwei Jahrzehnte nach dem Umzug von Bundestag und Regierung sind indes alle Ministerien weiter mit je einem Dienstsitz an Rhein und Spree vertreten. Zwar hält sich die Bundesregierung damit an die im Berlin/Bonn-Gesetz von 1994 formulierte Arbeitsteilung zwischen der „Bundeshauptstadt“ und der „Bundesstadt“. Doch die Entwicklung der Mitarbeiterzahlen zeigt einen klaren Trend: Immer mehr Beschäftigte der Ministerien arbeiten in Berlin. Das befeuert die jahrzehntelange Debatte über die Zukunft die Aufteilung der Ministerien auf zwei Standorte.

Während im Jahr 2000 noch 10.470 Stellen der Ministerien in Bonn und 6.756 Stellen in Berlin angesiedelt waren, hat sich das Verhältnis mittlerweile fast umgekehrt. In Berlin unterhielten die Ministerien im Jahr 2019 etwa 15.400 Arbeitsplätze, in Bonn hingegen nur noch rund 6.750 Stellen. Das geht aus dem Teilungskostenbericht der Bundesregierung für 2019 hervor. Die Aufteilung der Ministerien verursachte danach im vergangenen Jahr Kosten von rund 9,2 Millionen Euro.

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) kritisiert die Aufteilung der Regierung schon lange und fordert den Komplettumzug nach Berlin. „Jährlich 40.000 teilungsbedingte Video-Konferenzen, 500 zusätzliche Pendlerbüros, 20.000 Dienstreisen pro Jahr und enorme Arbeitszeitverluste durch das Hin- und Hertingeln zwischen Bonn und Berlin – das alles muss endlich aufhören“, sagt BdSt-Präsident Reiner Holzengel.

Arbeitsteilung Dem steht das 1994 beschlossene Berlin/Bonn-Gesetz entgegen. Darin schrieb der Bundestag fest, wie der Umzugsbeschluss des Parlaments vom 20. Juni 1991 umgesetzt werden soll. Zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn ist dem Gesetz zufolge eine „faire Arbeitsteilung“ vorgesehen. Alle Ministerien sollen mit jeweils einem Dienstsitz in Bonn und Berlin präsent sein, wobei „insgesamt der größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien in der Bundesstadt Bonn erhalten“ bleiben soll.

Vom Umzugsbudget in Höhe von umgerechnet rund zehn Milliarden Euro erhielt Bonn damals rund 1,4 Milliarden Euro, Berlin etwa 665 Millionen Euro, wie im Hauptstadtfinanzierungsvertrag vom 30. Juni 1994 für den Zeitraum 1995 bis 2004 festgeschrieben wurde. Finanziert wurden damit unter anderem die Verlängerung der U-Bahn-Linie 5 und der Bau des Autotunnels unterm Tiergarten.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) unterstreicht, wie wichtig der Beschluss des Bundestags zum Umzug nach Berlin war – und macht zugleich Druck, die Ministerien komplett nach Berlin zu verlegen. „Die Entscheidung für Berlin als Hauptstadt war ein sehr wichtiger Baustein zur Vervollständigung der Einheit Deutschlands“, sagt Müller. „Das Modell der zwei Regierungsstandorte hatte seine historische Berechtigung, ist aus heutiger Perspektive aber anachronistisch.“ Berlin sei vor 25 Jahren als Hauptstadt Deutschlands noch hoch umstritten gewesen, heute dagegen „eine sehr

Der Städte-Streit

HAUPTSTADT Die Aufteilung der Bundesministerien auf Berlin und Bonn sorgt seit gut zwei Jahrzehnten für leidenschaftliche Debatten



Der Augenblick nach der Entscheidung: Abgeordnete im provisorischen Plenarsaal im ehemaligen Wasserwerk in Bonn im Gespräch über das gerade von Parlamentspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) verkündete Abstimmungsergebnis zugunsten des Umzugs nach Berlin. © Deutscher Bundestag/Presse-Service Steponaitis

anerkannte, international gefragte Metropole und wie selbstverständlich auch Regierungssitz.“ Diese Normalität drücke sich auch in den Zahlen aus: Von Jahr zu Jahr steige in Berlin der Anteil der Beschäftigten in den Bundesministerien. Dabei gehe es nicht um ein Gegeneinander von Bonn und Berlin. Denn klar sei, dass auch Bonn seinen Platz gefunden und sich erfolgreich entwickelt habe. „Ein Komplettumzug wird sicherlich kommen“, ist Müller überzeugt. Der Bonner Oberbürgermeister Ashok Sridharan (CDU) sieht seine Stadt zwar auf gutem Weg – führt das aber auf das Berlin/Bonn-Gesetz zurück. „Fast 30 Jahre nach

dem Umzugsbeschluss des Deutschen Bundestages und nach nunmehr 20 Jahren nach dem Umzug können wir heute sagen, dass der dadurch ausgelöste Strukturwandel im Großen und Ganzen gelungen ist“, sagt er. „Das war so damals nicht zu erwarten.“ Dieses Gelingen resultiere aber auch aus den Gewährleistungen des Berlin/Bonn-Gesetzes, mit dem der Bund seine Verantwortung für die Stadt und die Region Bonn anerkannt habe, „deren monostrukturierte Entwicklung er seit 1949 maßgeblich mitgeprägt hatte.“ Bonn hat zwar durch den Berlin-Umzug Arbeitsplätze verloren. Gleichzeitig sind durch die Verlagerung von Institutionen wie dem

Bundeskartellamt, dem Bundesversicherungsamt und dem Bundesrechnungshof in die Region Bonn neue Jobs entstanden. So stieg die Zahl der Stellen in Einrichtungen des Bundes in der Region Bonn von 35.144 im Jahr 2000 auf 37.307 im Jahr 2015. Und dabei sind die Stellen der Telekom und der Post in Bonn noch nicht mal enthalten. Laut dem Teilungskostenbericht 2015 gab es allein in den Konzernzentralen der Dax-Unternehmen Deutsche Post/DHL und Telekom damals 5.181 Stellen.

Bonn pocht auf die Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes von 1994. „Die Zusagen des Bundes gegenüber Bonn und der Regi-

on waren und sind zeitlich nicht befristet“, sagt Sridharan. Damit der erfolgreiche Strukturwandel und das damit in Bonn entstandene Kooperationsgeflecht weiterhin Bestand haben, sei „die Anwesenheit der Bundesministerien in Bonn auch in Zukunft unabdingbar“. Ähnlich sieht es das Land Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) weist Forderungen nach einem Komplettumzug zurück. „Mit den digitalen Erfahrungen in der Corona-Krise hat sich die Frage eines Komplettumzugs nach Berlin erledigt“, sagt Laschet. „Jetzt Zehntausende Menschen in die Metropole Berlin

mit einem schon überhitzten Wohnungsmarkt für Milliarden Euro umzuziehen, macht keinen Sinn.“ So wie in den vergangenen Wochen ohne Flüge und Dienstreisen kommuniziert worden sei, so lasse sich auch in einer digitalen Arbeitswelt an zwei Orten der Regierung effizient Verwaltungsarbeit organisieren. Für Laschet hat sich die Aufteilung der Ministerien zwischen Bonn und Berlin bewährt. „Bonn als internationales Konferenz- und Wissenschaftszentrum, als einziger deutscher UN-Standort und als Sitz der Klimarahmenkonvention UNFCCC ist Anziehungspunkt und Entscheidungsort für globale Zukunftsfragen.“ Damit sei die Bundesstadt Bonn „unser nationales Kompetenzzentrum für internationale Politik und Fragen nachhaltiger Entwicklung, Cyber-Sicherheit und moderner Verwaltung“.

Die Berliner Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsich (Linke) hält die Aufteilung der Ministerien dagegen für „nicht mehr zeitgemäß“. Die Kosten für den doppelten Regierungssitz seien auf Dauer nicht zu rechtfertigen. „Auch aus ökologischen Überlegungen sind die vielen Dienstreisen per Flugzeug nicht mehr akzeptabel“, findet sie. Einen weiteren Ausgleich für Bonn lehnt Lötzsich ab. Die Stadt habe sich seit dem Umzug von Teilen der Bundesregierung nach Berlin sehr gut entwickelt. „Viele internationale Organisationen haben sich dort angesiedelt. In Bonn gibt es mehr DAX-Konzerne als in ganz Ostdeutschland.“ Die Zeit für einen Komplettumzug ist laut Lötzsich reif. „In der nächsten Legislaturperiode sollte dieser Anarchismus beendet werden.“

»Rechtsbruch« Der Bonner Bundestagsabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff (FDP) lehnt einen Komplettumzug ab. Die „Aufteilung zwischen den Ministerien ist gesetzlich und praktisch verankert und hat sich auch bewährt“, argumentiert er. „Wenn Dienstreisen nötig sind, ist Berlin gut zu erreichen – und Brüssel ist von Bonn aus ohnehin viel näher.“ Die Ansiedlung von immer mehr Arbeitsplätzen in Berlin sei „ein seit Jahren fortgesetzter Rechtsbruch“, kritisiert Graf Lambsdorff. Ein erneuter Bonn-Ausgleich sei daher zwingend nötig. „Eine Lösung könnte sein, Bonn als internationalen Standort der Bundesregierung auszubauen.“

Dass die Ministerien mehr Beschäftigte in Berlin als in Bonn haben, führt immer wieder zu Streit. Laut einem Gutachten, das von der Stadt Bonn und angrenzenden Kreisen in Auftrag gegeben wurde, verstößt die Verteilung der Arbeitsplätze gegen die gesetzliche Vorgabe. Aus Sicht der Bundesregierung handelt es sich dagegen bei der Gesetzespassage nur um eine „Soll-Regelung“, um der Bundeskanzlerin organisatorischen Spielraum zu belassen. Die Ministerien bauen unterdessen ihre Dienstsitze in Berlin weiter aus. Zurzeit werden Gebäude für das Gesundheitsministerium sowie das Familienministerium saniert. Weitere Bauprojekte wie die Erweiterung des Auswärtigen Amtes und ein Neubau für das Umweltministerium befinden sich nach Angaben der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) in Planung. Auf bundeseigenen Freiflächen sei zudem ein Neubau für das Finanzministerium und ein Bau zur Deckung „weiterer ministeriellen Bedarfs vorgesehen“. Wie teuer ein Komplettumzug nach Berlin wäre, lässt sich momentan nur schwer sagen. Ein BImA-Sprecher: „Eine seriöse Kostenschätzung kann nur bei einem feststehenden Bedarf, einer verlässlichen Planung und Klarheit über die anzusetzende Zeitschiene erfolgen.“

Ulrich Paul

Der Autor ist Redakteur der „Berliner Zeitung“

Redemarathon um das Wohl der Republik

BUNDESTAG Die ganztägige Debatte vom Juni 1991 über den künftigen Parlamentssitz gilt noch heute als parlamentarische Sternstunde

Die Hauptstadtfrage war schon im Sinne Berlins im Einigungsvertrag geklärt: „die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung“ dagegen, hieß es darin, „wird nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden“. Eine Frage, die die gerade wiedervereinigte Republik frisch zu spalten drohte, nicht nur über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg. Auch in der Bevölkerung wurde leidenschaftlich über die Frage „Bonn oder Berlin“ gestritten, über Monate hinweg demonstrieren Bürger in Bonn für den Verbleib von Bundestag und -regierung an ihrem bisherigen Sitz, der so provisorisch längst nicht mehr war.

Ausgerechnet ein Ehrenbürger Bonns, der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, befeuerte knapp ein Jahr vor der Bundestagsentscheidung über den Umzug die Kontroverse, als er im Sommer 1990 in Berlin bei der Verleihung der dortigen Ehrenbürgerwürde öffentlich befand: „Hier ist der Platz für die politisch verantwortliche Führung Deutschlands.“ Gegner Berlins warnten vor gefährlichen Traditionen, für die sie die Metropole an

der Spree in Haftung nahmen, von preußischem Militarismus bis zum Ungeist der NS-Zeit. Für die Befürworter Bonns stand die bescheidener anmutende Stadt am Rhein für ein gelungenes, demokratisches Kapitel deutscher Geschichte; sie beschworen den Föderalismus und warnten vor den Umzugskosten. Das Lager der Berlin-Befürworter mahnte dagegen die Glaubwürdigkeit westdeutscher Solidaritätsadressen aus Teilungszeiten an: Hatte nicht selbst Bonns Oberbürgermeister noch 1989 die Stellvertreterrolle betont, die seine Stadt für Berlin einnehme? Und wo müsste sich die neue Einheit mehr beweisen als in der Stadt des Mauerbaus und Mauerfalls?

Als die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) am 20. Juni 1991 um 10 Uhr als einzigen Tagesordnungspunkt der Sitzung die „Beratung der Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz“ aufrief, war der Ausgang der zwölfstündigen Debatte im alten Bonner Wasserwerk (siehe Bild oben) völlig offen. Fünf Anträge lagen dem Haus vor. Der „Bonn-Antrag“ (12/814), zu dessen Unterstützern neben Bun-

»Lasst dem kleinen Bonn Parlament und Regierung.«

Norbert Blüm (CDU)

desarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) und CSU-Landesgruppenchef Wolfgang Böttsch namhafte Sozial- und Freidemokraten zählten, zielte auf einen Verbleib von Bundestag und Regierung am Rhein, während Bundespräsident und Bundesrat an die Spree sollten. Der unter anderem von SPD-Ikone Willy Brandt und dem heutigen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble (CDU) unterzeichnete Antrag auf Drucksache 12/815 wollte dagegen neben dem Staatsoberhaupt auch das Parlament und den „Kernbereich der Regierungsfunktionen“ in Berlin wissen bei „fairer Arbeitsteilung“ mit Bonn. Lothar de Maizière (CDU), letzter DDR-Regierungschef, und Ex-CDU-Generalsekretär Heiner Geißler standen mit unter dem „Konsensantrag Berlin/Bonn“ (12/817), der als Kompromiss vorschlug, den Sitz von Bundestag und Bundespräsident nach Berlin zu verlegen, Regierung und Bundesrat aber in Bonn zu belassen. Dagegen forderte ein weiterer Antrag (12/816), die Sitze von Parlament und Regierung dürften „örtlich nicht voneinander getrennt werden“. Die Gruppe der PDS/Linke Liste schließlich warb mit ihrem Antrag (12/

818) dafür, Berlin zum „Sitz von Parlament und Bundesregierung“ zu küren.

Den Aufschlag machte in der Debatte Norbert Blüm: „Lasst dem kleinen Bonn Parlament und Regierung“, mit denen Berlin sich nur „viele neue Probleme – Wohnungsprobleme, Raumordnungsprobleme, Infrastrukturprobleme“ einhandeln würde.

Der Berliner Abgeordnete und spätere Parlamentspräsident Wolfgang Thiere (SPD) sah im Gegenzug in einer Entscheidung für Berlin einen „durch nichts!“ zu ersetzenden Schritt „zur Verwirklichung der politischen, sozialen, menschlichen Einheit Deutschlands“. PDS-Mann Gregor Gysi wollte ein solches Votum als „Signal für die neuen Bundesländer“ und als Bereitschaft gewertet wissen, „deutsche Geschichte in ihrer Gesamtheit“ anzunehmen. Willy Brandt, vor seiner Kanzlerzeit auch Regierender Bürgermeister von Berlin, befand, die Stadt, „in schweren Jahren Vorposten der Freiheit“, habe es nicht verdient, „mit einem Ehrentitel ohne sachlichen Inhalt abgespeist zu werden.“ Demgegenüber würdigte etwa Gerhart Baum (FDP) Bonn als „Symbol für 40 Jah-

re erfolgreiche Demokratie“, und Horst Ehmke (SPD) warnte, „wer Bonn aus der politischen Geographie und Geschichte dieses Landes streicht, der wird nicht neue Einheit gewinnen, sondern alte Zwietracht wecken“.

Helmut Kohl (CDU), der Einheitskanzler, plädierte für Berlin, Parlamentspräsidentin Süssmuth für Bonn, Langzeit-Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) für Berlin, der damalige CSU-Chef Theo Waigel für eine „sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn“. Für die Spree-Metropole warb wenig überraschend Berlins damaliger Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU), ebenso wie der spätere Bundespräsident Johannes Rau als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen ein Plädoyer für Bonn hielt.

Den Ausschlag gab für viele Beobachter die Rede von Wolfgang Schäuble, der nach mehr als zwei Debattenstunden das Wort ergriff. Er erinnerte daran, „dass in 40 Jahren niemand Zweifel hatte, dass Parlament und Regierung nach der Herstellung der Einheit Deutschlands ihren Sitz wieder in Berlin haben werden“, und auch „das Sym-

bol für Einheit und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für das ganze Deutschland“ sei „wie keine andere Stadt immer Berlin“ gewesen. Es gehe bei der Entscheidung aber nicht um Bonn oder Berlin, sondern „um unser aller Zukunft, um unsere Zukunft in unserem vereinten Deutschland, das seine innere Einheit erst noch finden muss“.

Mehr als 100 Abgeordnete traten in der Aussprache ans Rednerpult, bis am Abend der Abstimmungs-marathon folgte. Während die PDS ihren Antrag zurückzog, fand der „Konsensantrag“ ebenso keine Mehrheit wie der Vorstoß, eine örtliche Trennung von Parlaments- und Regierungssitz auszuschließen. Zur namentlichen Abstimmung standen nun noch der „Bonn-Antrag“ und die Brandt-Schäuble-Vorlage pro Berlin. Um 21.47 Uhr gab Süssmuth das Ergebnis bekannt: Von 660 Abgeordneten hatten für den Bonn-Antrag 320 gestimmt und für den Berlin-Antrag 338; einer enthielt sich; eine Stimme war ungültig. Für Bonn hatten mehrheitlich die Abgeordneten der CDU und der SPD votiert, bei PDS, Bündnisgrünen, FDP und CDU war dagegen die Mehrheit jeweils für Berlin. 15 Tage später, am 5. Juli, entschied der Bundesrat, wie vom Bundestag empfohlen, in Bonn zu bleiben. Auf Antrag von 13 Ländern wurde dieser Beschluss 1996 vom Bundesrat revidiert. Helmut Stoltenberg



Wachstum schmerzt

STADTENTWICKLUNG Gegen die steigenden Miet- und Kaufpreise setzt der Senat auf massive Eingriffe in den Wohnungsmarkt

In Berlin treibt die Wohnungsknappheit seltsame Blüten. Weil sie aus ihrer Wohnung im Stadtteil Wedding ausziehen müssen, entscheiden sich der Marketingexperte Matthias und seine Partnerin, die PR-Beraterin Kerstin, für einen ungewöhnlichen Weg: Sie bauten eine eigene Website und bühnen nun unter www.kerstin-und-matthias-suchen-eine-wohnung.de um die Aufmerksamkeit potenzieller Vermieter. Mit Eigenwerbung sparen sie dabei nicht: Sie seien, heißt es auf ihrer Homepage, „ein junges, dynamisches Paar mit Vollzeit-Jobs in verhältnismäßig krisenfesten Branchen“ und hätten „keine Kinder, keine Haustiere, kaum schlechte Angewohnheiten“. Die innovative Wohnungssuche wirft ein Schlaglicht auf die angespannte Situation auf dem hauptstädtischen Wohnungsmarkt. Nach den jüngsten Zahlen des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) stehen nur 1,6 Prozent der Wohnungen leer. Seit Jahren steigen Wohnungsmieten und -kaufpreise so stark wie in kaum einer anderen Stadt. Und auch die Fluktuation, die als ein Indikator des Wohnungsmarkts gilt, ist so niedrig wie selten: Nur noch fünf Prozent der Berliner ziehen jährlich um. Um zu verstehen, warum die Wohnungsfrage in der deutschen Hauptstadt ein überall präsent Gesprächsthema ist,

muss man einige Jahre zurückblicken. Lange war die Situation für Wohnungsmieter und -käufer an der Spree nämlich nahezu paradiesisch. Von der zweiten Hälfte der 1990er Jahre bis etwa 2010 war die Auswahl an Wohnungen groß, und entsprechend günstig waren Mieten und Preise. Das hatte vor allem zwei Gründe: Zum einen erlebte die Hauptstadtregion nach dem Fall der Mauer einen Bauboom, der es vielen Berlinern ermöglichte, ihren Traum vom Einfamilienhaus auf der grünen Wiese zu erfüllen. Zum anderen erwiesen sich die Erwartungen einer stark steigenden Einwohnerzahl als trügerisch – im Gegenteil lebten immer weniger Menschen in Berlin. Das aber hat sich gründlich geändert. Zwischen 2010 und 2019 erhöhte sich die Einwohnerzahl um gut elf Prozent. Bis zum Jahr 2030 erwartet das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ein weiteres, wenn auch abgeschwächtes Wachstum auf 3,925 Millionen Einwohner. In historischer Perspektive ist das allerdings nicht sonderlich beeindruckend. Denn im Jahr 1939 zählte Berlin gut 4,3 Millionen Einwohner – und damals gab es die nach dem Krieg errichteten

Großsiedlungen noch nicht. Auch das Wachstum der letzten Jahre ist vergleichsweise moderat: In der Gründerzeit nach 1870 dauerte es nur etwas mehr als 20 Jahre, bis sich die Einwohnerzahl der Stadt verdoppelt hatte. Zudem hat die heutige Wohnungsknappheit weit weniger dramatische Ausmaße als die Wohnungsnot vor und nach dem Ersten Weltkrieg, als mehrköpfige Familien unter elenden Bedingungen in Ein-Zimmer-Wohnungen hausten. Damals gelang es allerdings privaten und genossenschaftlichen Bauherren, innerhalb kurzer Zeit ganze Quartiere hochzuziehen, die – man denke an die Reformsiedlungen der 1920er Jahre – noch immer begehrte Wohnadressen sind. Heute jedoch verfehlt der rot-rot-grüne Berliner Senat sein selbstgestecktes Ziel von jährlich 20.000 Neubauwohnungen.

„Es fehlt in Berlin an einem klaren politischen Bekenntnis zur wachsenden Stadt“, kritisiert deshalb Michael Schlatterer, Wohnungsexperte beim Immobilienberater CBRE. „Berlin braucht Neubau“, heißt es auch beim Wohnungsverband BBU. Thomas Groth, Berliner Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW), for-

dert, der Senat müsse „endlich landeseigenes Bauland zur Verfügung stellen und alle Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen“. Sebastian Scheel (Die Linke), neuer Senator für Stadtentwicklung und Wohnen, räumt ein: „Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist weiterhin angespannt. Deshalb hat die Schaffung von leistbarem Wohnraum, insbesondere auf landeseigenen Flächen, Priorität.“ Solche un bebauten Flächen gibt es – im Unterschied zu anderen Großstädten – noch reichlich. Bekanntestes Beispiel ist der ehemalige Flughafen Tempelhof, dessen riesiges Areal in bester Innenstadtlage allerdings gemäß einem Volksentscheid aus dem Jahr 2014 unbebaut bleiben soll. Hingegen ist auf dem Gelände des Flughafens Tegel, der im Herbst geschlossen wird, neben einem Industrie- und Gewerbepark auch ein Quartier mit gut 5.000 Wohnungen geplant. Weitere städtebauliche Großprojekte sollen beispielsweise im Blankenburger Süden (bis zu 6.000 Wohnungen) und in Lichtenfelde-Süd (2.500 Wohnungen) realisiert werden. Eins aber ist fast allen diesen Vorhaben der Stadterweiterung gemeinsam: Stets erhebt

sich Protest von Anwohnern. Gegen die Pläne für den Blankenburger Süden etwa ziehen gleich mehrere Bürgerinitiativen zu Felde. „Gegen Naturvernichtung, Investoren, den Ausverkauf von landeseigenen Flächen und Bauwahnsinn“ positioniert sich etwa „Wir sind Blankenburg“. Nicht besser ergeht es vielerorts Plänen, die großzügigen Innenhöfe von Wohnanlagen aus der Nachkriegszeit zu bebauen. Es gelte, „die durch Nachverdichtung drohende Zerstörung von wohnungsnahen Grünflächen in unseren Wohnquartieren abzuwenden“, argumentieren elf Berliner Bürgerinitiativen in einem offenen Brief. Während der Wohnungsbau somit nicht so recht auf Touren kommt, läuft die politische Maschinerie in einem anderen Bereich auf Hochtouren: bei der Reglementierung des Wohnungsmarkts. Bundesweite Schlagzeilen macht der Berliner Mietendeckel, der die Mieten (mit Ausnahme derjenigen von Neubauwohnungen) strikt begrenzt. Das verfassungsmäßig hoch umstrittene Instrument verhindere Neubau und verschlimmere damit die Situation, argumentieren Kritiker. Die Zahlen stützen diese These allerdings nicht: Im ersten Halbjahr

2020 genehmigten die Behörden den Bau von 12.788 Wohnungen, was einer Zunahme um fast 13 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Ebenfalls äußerst umstritten ist das Vorkaufrecht, das Bezirke in Milieuschutzgebieten anwenden. Das Baugesetzbuch ermöglicht es dort der öffentlichen Hand, beim Verkauf eines Wohnhauses in den Kaufvertrag einzutreten. Darüber hinaus setzt der Senat auf den Ankauf von Wohnungsbeständen auch außerhalb dieser Gebiete. Ende 2019 erwarb die landeseigene Gesellschaft Gewobag für 920 Millionen Euro knapp 6.000 Wohnungen in Spandau und Reinickendorf – wobei pikanterweise das Land Berlin dieselben Wohnungen Jahre zuvor für sehr viel weniger Geld an einen privaten Investor veräußert hatte. Manche gehen diese Maßnahmen nicht weit genug. Eine Initiative mit dem Namen „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ fordert, die Bestände privater Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin zu verstaatlichen, wobei sie sich auf Artikel des 15 des Grundgesetzes stützt. Eine Volksabstimmung könnte 2021 stattfinden. Und wie steht es derweil um das verzweifelt eine Wohnung suchende Paar Kerstin und Matthias? Ein Blick auf ihre Homepage verrät: Zumindest bis Redaktionsschluss haben sie ihr Traumdomizil noch nicht gefunden. *Christian Hunziker*

»Es fehlt an einem klaren politischen Bekenntnis zur wachsenden Stadt.«

Michael Schlatterer, Immobilienexperte

»Die Schaffung von leistbarem Wohnraum auf landeseigenen Flächen hat Priorität.«

Senator Sebastian Scheel (Die Linke)

„Wir haben es heute einfacher, weil es nicht so chaotisch zugeht“

BLICK IN DIE ZUKUNFT Senatsbaudirektorin Regula Lüscher über die Chancen der Kernstadt und Herausforderungen im Umland – und was heute leichter ist als früher

Frau Lüscher, die Gemeinsame Landesplanung Berlin/Brandenburg hat im vergangenen Jahr mit einer Neuauflage des Landesentwicklungsplans die planerischen Perspektiven für die Region skizziert. Wie sehen diese aus?

Unsere zwei Länder könnten unterschiedlicher kaum sein: Das dichte Berlin und das relativ dünn besiedelte, weite Brandenburg; dazu die verschiedenen Wirtschaftsstrukturen. Daher geht es zunächst um eine geordnete Siedlungsentwicklung, und dafür braucht man drei Elemente: Die Verkehrliche Erschließung, die bebaubaren Flächen und die Freiräume. Dies zu einem Gesamtbild zusammenzufügen, bildet den Kern des Leitbildes.

Wie genau sieht dieses Leitbild aus?

Wie schon in der Vergangenheit sollen sich sowohl die bauliche als auch die industrielle Entwicklung entlang der Schienenwege vollziehen. Zugleich wollen wir die städtischen Kerne in der Fläche Brandenburgs stabilisieren, damit dadurch ein tragfähiges Netz für die ländliche Entwicklung entsteht. Die neuen Überlegungen sehen nun zwei weitere Siedlungssachen vor, und zwar im Norden und Nordosten Berlins. Zudem sind auf Wunsch Brandenburgs die Städte in der zweiten Reihe, wie beispielsweise Neuruppin, in das Bild des Siedlungssterns einbezogen worden, um auch deren Stadtkerne zu stärken. Insgesamt ist

in diesem Raum ein erheblicher Arbeitsplatz- und Siedlungszuwachs möglich, der natürlich kommunal gestaltet werden muss.

Wunsch und Wirklichkeit klaffen auseinander – schon in Städten kurz hinter der Grenze Berlins buhlen die Bürgermeister zum Teil um Einwohner.

Hier kommt eine der drei Entwicklungssäulen zum Tragen, die verkehrliche Erschließung. Im Prinzip ist unser räumliches Modell extrem robust, setzt aber voraus, dass man die Mobilität gewährleistet. Mit dem zwischen Berlin, Brandenburg und dem Bund verabredeten Investitionen in die Bahninfrastruktur sind wir da ein gutes Stück vorangekommen. Einzelne Regionalbahnverbindungen sind schon verstärkt worden, gleichzeitig stoßen wir auch rasch wieder an Grenzen. Wer ins Umland ziehen möchte, muss sich darauf verlassen können, auch ohne Nutzung eines Automobils jederzeit mobil zu sein.

In der Vergangenheit ist das nicht überall gelungen. Es sind Siedlungen gewachsen, ohne dass die Infrastruktur mitham.

Die Bevölkerungszahl von Falkensee hat sich de facto verdoppelt auf etwa 25.000 Einwohner, ohne entsprechenden Ausbau des Nahverkehrs. Das ist sicherlich ein großer Nachteil, wobei ich hier auf die Bun-

deskompetenz verweisen muss: Der Bund hat andere Schwerpunkte gesetzt.

Kann man heute überhaupt noch Planungen wie vor 100 und mehr Jahren skizzieren, wie es etwa 1862 James Hobrecht mit seinem Bebauungsplan für Berlin gemacht hat?

Hobrecht hat mehr einen Entwicklungsplan für die Kernstadt entworfen, das würde ich nicht mit einer heutigen Landesplanung vergleichen. Der erste regionale Entwicklungsplan ist vor dem Ersten Weltkrieg entstanden. Man wollte eine Ordnung konzipieren, um dem explosiven Wachstum zu begegnen – an diesen Prinzipien orientiert man sich bis heute. Ein Beispiel dafür ist, dass die bauliche Dichte mit der Höhe des Erschließungsgrads einhergeht.

War das damals leichter, weil es weniger Beteiligungsmöglichkeiten gab?

Ich habe zu der Zeit noch nicht gelebt, also kann ich es nicht wirklich beurteilen. Klar ist aber, dass damals ein enormer staatlicher Handlungsdruck bestand, um aus diesen Wachstumsschmerzen heraus bestimmte Entwicklungen miteinander in Einklang zu bringen. Ich würde fast sagen, wir haben es heute einfacher, weil es nicht so chaotisch zugeht und zum Beispiel riesige Dampfmaschinenfabriken aus dem Boden schießen und die Kommunen dann sehen müssen, wie sie mit den Nebener-

scheinungen umgehen. Das wird in unserer Zeit natürlich alles im Vorfeld geprüft.

An der heutigen Gemeinsamen Landesplanung gibt es gleichwohl Kritik, zu wenig schlagkräftig zu sein. Das gipfelte in der Forderung nach einem zentralen „Regionalrat“ als Steuerungsgremium. Es gibt belastbare Verabredungen zwischen den jeweiligen Landesgremien, und die Zusammenarbeit zumindest auf unserer Fachenebene ist sehr gut. Eine Art Nebenparlament aufzumachen mit einem neuen Gremium ist wenig zielführend.

Was passiert eigentlich, wenn der Wachstumsdruck auf Berlin nachlässt?

Da ist meine Sorge gering. Wir hatten Anfang der 1990er einen sehr starken Bauboom, auch in der Region. Sehr schnell hat sich herausgestellt, dass dieser Überschuss von Berlin absorbiert wurde. Das Problem der kleineren Städte in Brandenburg ist natürlich, dass sie genau diese Zukunftsfestigkeit nicht vorhersehen können. Daher tun sich Investoren in solchen Städten auch schwerer, größere Projekte zu realisieren.

Wie kann man von Berlin aus unterstützen?

Erstmal durch die gemeinsamen planerischen Verabredungen. Die Ansiedlung von Tesla im Umland ist aktuell ein gutes Beispiel, wie Berlin/Brandenburg, Kommunen

und Anrainerkreise mit diesem Projekt Strukturentwicklung betreiben wollen. Wir beteiligen uns also an etwas, das nicht auf unserem Territorium liegt; natürlich wollen wir sicherstellen, dass die Verbindungen zur Hauptstadt gut funktionieren.

Wie groß ist die Gefahr, dass man mit so einer Planung eine anziehende Kernstadt Berlin schafft und Schlafstädte außen herum?

Ich glaube, dass mit der Veränderung von Arbeitswelten diese Gefahr kleiner und Arbeiten von zu Hause aus realer wird.



Senatsbaudirektorin Regula Lüscher.

Aber den Druck haben wir doch, weil die Menschen nach Berlin wollen. Inzwischen verschiebt sich das. Wir haben einen abnehmenden Zuzug nach Berlin, und im Zu- und Wegzugsaldo zwischen Berlin und Brandenburg hat letzteres das Übergewicht.

Ein Wettbewerb zu einer Vision für Berlin 2070 hat einen Wachstumsraum nach Schwedt an der Oder entworfen. Wird Schwedt zum neuen Vorort Berlins?

Hoffentlich nicht – denn das hieße, dass dazwischen alles bebaut würde. Wenn wir aber das Prinzip von Haltepunkten entlang der Schiene mit Freiräumen dazwischen entwickeln und die Anbindung verbessern, wäre Schwedt ein perfekter Wachstumskeim innerhalb der Metropolregion Berlin.

Das Gespräch führte Kristina Pezzei.

Die Architektin Regula Lüscher ist seit 2007 Senatsbaudirektorin und Staatssekretärin in Berlin.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Antworten auf die Wohnungsnot vor 100 Jahren: Häuserzeile an der Lindenallee in Berlin-Schöneberg

© Museen Tempelhof-Schöneberg

Ein Moor ist nicht unbedingt etwas, was man in der deutschen Hauptstadt vermuten würde. Aber in Berlins eiszeitlich geprägter Landschaft gibt es sogar etliche dieser Feuchtgebiete: ganze 76 nach offizieller Zählung. In letzter Zeit war häufiger die Rede von ihnen, denn neben Wäldern können sie Kohlenstoff binden und damit der Atmosphäre das Klimagas Kohlendioxid entziehen: „CO₂-Senke“ nennt die Klimawissenschaft einen Ort mit dieser Eigenschaft. Weil manche Berliner Moore durch sinkendes Grundwasser auszutrocknen drohen, wird eines jetzt zu Testzwecken künstlich beregnet. Die Moorpflanze ist Bestandteil des „Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030“ (BEK 2030), einer umfangreichen Sammlung von Maßnahmen, die der rot-rot-grüne Senat beschlossen hat, um die globalen Klimaziele auf Landesebene zu verwirklichen. Rund 94 Millionen Euro stehen für ihre Umsetzung zwischen 2017 und 2021 bereit. Aber so grün die Hauptstadt ist, so wenig kann ihre Natur die gewaltigen Mengen an Kohlendioxid ausgleichen, die die knapp 3,8 Millionen Einwohner in die Atmosphäre blasen. In den Mooren und Wäldern ist insgesamt weniger Kohlendioxid gebunden, als die Stadtgesellschaft in einem einzigen Jahr erzeugt: 19,1 Millionen Tonnen nach der jüngsten amtlichen Statistik von 2017. Immerhin schon sehr viel weniger (34,6 Prozent) als im Vereinigungsjahr 1990, das für Klimabilanzen in Deutschland als Basis herangezogen wird. 2020 dürfen es eigentlich höchstens 17,5 Millionen Tonnen sein. 40 Prozent weniger als 1990, so steht es in Berlins Energiewendegesetz. Und das ist erst der Anfang: Bis 2030 schreibt das Gesetz ein Minus von 60 Prozent vor, und für 2050 gilt ein Reduktionsziel von 85 Prozent.

Käme es so, produzierte ganz Berlin nur noch 4,4 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr. Eine ausreichend geringe Menge, um die in Paris beschlossene Grenze von zwei Grad globaler Erwärmung einzuhalten – vorausgesetzt natürlich, der Rest der Welt macht mit. „Klimaneutral“ wäre die Stadt dann: So steht es in einer umfangreichen Machbarkeitsstudie, noch von der rot-schwarzen Vorgängerregierung in Auftrag gegeben und 2014 vorgelegt.

„Klimaneutralität bis 2050 ist ein ambitioniertes Ziel“, schrieben damals die beteiligten Wissenschaftler vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Sie hielten es bei großen politischen Anstrengungen trotzdem für erreichbar und skizzierten die notwendigen Maßnahmen – angefangen beim Ausstieg aus der Kohlenutzung und dem massiven Ausbau der Solarenergie.

Wenig Erneuerbare Energie Dabei kann sich Berlins Klimabilanz im Bundesvergleich sehen lassen: Mit 4,8 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr, bezogen auf den sogenannten Primärenergieverbrauch, lag das Bundesland im Jahr 2016 weit unter dem deutschen Mittel von 7,9 Tonnen und ziemlich genau im weltweiten Schnitt. Allerdings bildet die Statistik nur ab, was in einem Gebiet bei der Erzeugung und der Nutzung von Energie geschieht, sei es durch eine Maschine, eine Heizung, ein Auto oder einen Föhn. Der klimatische Fußabdruck von Waren verbleibt am Ort ihrer Herstellung – und Berlin hat kaum Industrie. Außerdem legen Großstädter vergleichsweise kurze Wege zurück. Das erste sorgt für einen rechnerischen, das zweite für einen realen Klimabonus.

Eine andere Zahl ist schon weniger schmeichelhaft: Erneuerbare Energie „made in Berlin“ kann gerade einmal drei Prozent des Strombedarfs der Metropole decken. Die tatsächliche Grünstrom-Quote

Berliner Moorpflanze

KLIMAPOLITIK Mit dem Berliner Energiewendegesetz hat sich der rot-rot-grüne Senat ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Bis 2050 soll die Stadt 85 Prozent weniger Kohlendioxid verbrauchen als im Vergleichsjahr 1990



Das Teufelsseemoor in Berlin-Köpenick: Es gibt 76 dieser CO₂-speichernden Biotope in der Hauptstadt.

© picture-alliance/dpa

von über 20 Prozent wird durch Import ermöglicht, vor allem aus Brandenburg, das rechnerisch rund drei Viertel seines Stromverbrauchs aus Wind, Sonne und Biomasse decken kann. Während die Braunkohleverbrennung im großen Stil schon 2017 endete, erzeugen weiterhin zwei Kraftwerke an der Spree Fernwärme und Strom aus Steinkohle. Spätestens 2030 soll das vorbei sein, auch das steht im Energiewendegesetz. Zwar hat die Landespolitik keinen direkten Einfluss auf die Investitionsentscheidungen von Hauptversorger Vattenfall, dem die Kraftwerke gehören, aber der schwedische Staatskonzern will ohnehin klimafreundlicher werden. Diese Konstellation ermög-

licht es, dass Senat und Konzern eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gaben, die sie Ende 2019 gemeinsam präsentierten.

Das Ergebnis: Der Abschied vom schmutzigen Brennstoff bis 2030 sei „technisch und zu preiswürdigen Kosten machbar“, so die Senatsverwaltung für Klimaschutz. Allein das wäre eine Einsparung von mehr als zwei Millionen Tonnen Kohlendioxid, 13 Prozent des Berliner CO₂-Ausstoßes. Möglich werden soll das durch ein großes Gaskraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung, das erst mit Erdgas, später mit synthetischem, nicht-fossilem Gas betrieben werden soll. Hinzu käme ein Mix aus Geothermie, Biomasse, aber auch der Rückgewin-

nung von Abwasserwärme. Das Konzept ist ausgesprochen innovativ, man darf gespannt sein, wie es die weiteren Planungsrunden übersteht.

Masterplan „Solar City“ In Sachen Strom steht Berlin seit Jahren vor einem Paradox. Mit den Stadtwerken gibt es einen landeseigenen Versorger, der aus Klimaschutzperspektive alles richtig macht: Das Unternehmen verkauft günstigen Ökostrom, errichtet Windräder auf Flächen in Brandenburg und baut Photovoltaik auf landeseigene oder genossenschaftliche Gebäude. Trotzdem bleibt es ein Zwerg neben dem Platzhirsch Vattenfall.

Die ebenfalls grün geführte Senatsverwaltung für Wirtschaft und Energie hat mittlerweile einen „Masterplan Solar City“ aufgestellt: Durch Förderung und Beratung soll künftig ein Vielfaches an Solarstrom auf Berliner Dächern erzeugt werden, statt derzeit 0,7 Prozent des landesweiten Verbrauchs ganze 25 Prozent. Schon jetzt ist ein Förderprogramm aktiv, das Zuschüsse an Hauseigentümer vergibt, die ihre Anlage mit einem Stromspeicher aufwerten wollen.

Ebenfalls an Eigentümer richtet sich eine Förderlinie, mit der es den restlichen 60.000 Ölheizungen an den Kragen gehen soll. Auch wer eine alte, ineffiziente Gas-

heizung oder einen Kohleofen – ja, die gibt es noch – gegen eine moderne Gasheizung oder eine Pelletanlage austauscht, hat Anspruch auf einen Zuschuss.

Tatsächlich verursacht Heizenergie fast die Hälfte der Berliner CO₂-Emissionen, was in der Energieebende, die stark auf Verkehr (Seite 7) und Strom fokussiert ist, zu wenig beleuchtet wird. Deshalb gibt es vom Senat auch Zuschüsse und Zinsvergünstigungen für energetische Modernisierungen. Allerdings, sagt Jan Thomsen, der Sprecher von Umweltsenatorin Regine Günther, „ist es in einer Mieterstadt wie Berlin besonders hinderlich, dass der Bund noch immer keine überzeugenden Antworten auf das Mieter-Vermieter-Dilemma vorgelegt hat: Es muss erheblich investiert werden in die energetische Sanierung, zugleich sollten die Mieten stabil bleiben.“

Die Frage, ob Berlin in Sachen Klimaschutz auf dem richtigen Weg ist, kann Fritz Reusswig, Mitautor der Studie „Klimaneutrales Berlin 2050“ von 2014, nicht so ohne Weiteres beantworten. Einerseits, so der Wissenschaftler vom Potsdam-Institut, arbeiteten die energie- und klimapolitischen Akteure der Koalition engagiert zusammen. Mit einer gewissen Zeitverzögerung würden die Maßnahmen auch greifen.

Aber: „All diese Instrumente könnten nun doch nicht ausreichen“, so Reusswig. Um die globale Klimaerwärmung nach Möglichkeit bei 1,5 Grad zu begrenzen, plädierten viele Wissenschaftler mittlerweile für einen noch radikaleren Schnitt: „Wenn wir in Berlin Paris-konform sein wollen, müssen wir nicht um 85 Prozent reduzieren, sondern um 95 Prozent.“ Macht im Jahr 2050 gerade noch 1,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid.

Klimawirkung von Gesetzen Zivilgesellschaftliche Gruppierungen wie „Fridays For Future“ und Co. haben diesen Impuls aufgegriffen und großen öffentlichen Druck erzeugt. Die „Volksinitiative Klimanotstand“ sammelte im vergangenen Jahr 44.000 Unterschriften und erzwang eine Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus. Das blieb nicht folgenlos: Im Dezember rief der Senat auf Vorlage von Senatorin Günther die „Klimanotlage“ aus und versprach, das 85-Prozent-Ziel noch vor 2050 zu unterschreiten. Dass es 95 Prozent werden, ist eher unwahrscheinlich. Das Energiewendegesetz soll dahingehend verschärft werden, außerdem wird die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand verstärkt – und alle Entscheidungen des Senats werden künftig routinemäßig auf ihre Klimawirkung geprüft.

Was das konkret bedeutet, darüber gehen die Meinungen auseinander. Der Grünen-Abgeordnete Georg Kössler fordert schon länger einen „Klimavorbehalt“, bei dem die Senatsverwaltung für Klimaschutz ein Vetorecht erhielte. Dem Vernehmen nach ist aber nur ein „Klimacheck“ für die Effekte von Gesetzen oder Verordnungen in Arbeit. Kössler übt sich in Geduld: „Ich werde das weiter einfordern“, sagt er, „spätestens im Wahlkampf 2021 steht der Klimavorbehalt dann zur Abstimmung.“

Fritz Reusswig hat noch eine andere Sorge: Sein Eindruck sei, so der Potsdamer Wissenschaftler, dass einige Senatsverwaltungen, aber auch manche der zwölf Bezirke gar nicht wirklich aktiv würden. Der eher schleppende Mittelabruf könne ein Zeichen dafür sein. Reusswig schlägt vor, dass der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) den Klimaschutz zur Chefsache macht: „Als ehemaligem Umweltsenator sollte ihm das eigentlich nicht so schwer fallen.“

Claudius Proßer

Der Autor ist Redakteur für Umwelt, Mobilität und Klimaschutz der taz Berlin.

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Parlament 2021

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Medienpreis Parlament des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen.

Bewerbungsschluss: 5. Oktober 2020
Teilnahmebedingungen unter
<http://www.bundestag.de/medienpreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Medienpreis Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail: medienpreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38630



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Spagat unter den Apfelbäumen

KLEINGARTEN Berlin braucht neue Wohnungen genauso wie genügend Stadtgrün. Das sorgt für Konflikte

Berlin hat nicht nur zu viele Einwohner auf Wohnungssuche, sondern seit einigen Jahren auch deutlich mehr Gartenfans als es Parzellen gibt. Betrug die Wartezeit vor sieben Jahren ungefähr ein Jahr, so müssen sich Hobbygärtner in spe heute oft fünf Jahre in Geduld üben, um einen Garten in der von ihnen gewünschten Anlage zu erhalten. Der Anteil junger Familien in den Kolonien steigt, die Corona-Pandemie hat die Nachfrage gerade der Großstädter nach einem grünen Kleinod zusätzlich in die Höhe getrieben.

Dabei kann Berlin ein beachtliches Netz an Kleingartenanlagen vorweisen: 877 Kolonien mit ungefähr 71.000 Parzellen nehmen mit ihren 2.900 Hektar immerhin drei Prozent der Stadtfläche ein. Den Großteil verpachtet die Stadt als Eigentümer, knapp 4.500 Menschen gärtnern auf bahneigenem Gelände.

Doch das Bevölkerungswachstum der vergangenen fünf Jahre verknappte das Wohnungsangebot in Berlin derart, dass der Se-

nat auf eine nachvollziehbare Idee kam: Warum nicht Wohnungen auf den landeseigenen Flächen bauen? Von 7.000 Wohnungen war 2019 noch die Rede. Da Berlin aber nicht nur Wohnungen braucht, sondern auch Grünflächen, um im Sommer nicht zwischen den asphaltierten Straßen zu ersticken, waren sowohl die Garten-Lobby als auch Umweltpolitiker alarmiert. Im Kleingartenentwicklungsplan (KEP) 2030, den der Senat im April zur Beratung an die Bezirksbürgermeister weitergeleitet hat, bekennt er sich nun dazu, 82 Prozent aller Kleingärten dauerhaft zu sichern, für weitere 9,6 Prozent soll der Bestandschutz bis 2030 verlängert werden. „Die große Stärke des KEP ist die Sicherung des allergrößten Teils der Kleingartenanlagen“, sagt Daniela Billig, Sprecherin für Stadtentwicklung der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Nur 0,5 Prozent der Fläche, also 473 Kleingärten, sollen laut KEP in den nächsten zehn Jahren für soziale und verkehrliche Infrastruktur in Anspruch genommen werden können. Die Kuh ist damit aus Sicht der Kleingärtner aber nicht vom Eis. Denn was mit jenen Parzellen geschieht, die nur bis 2030 gesichert sind und von denen rund 1.200 als Bauland in Frage kommen, ist unklar. Kein Wunder also, dass der Ver-



Laubenkolonie in Neukölln: Seit 2012 sind in Berlin 2.000 Parzellen weggefallen

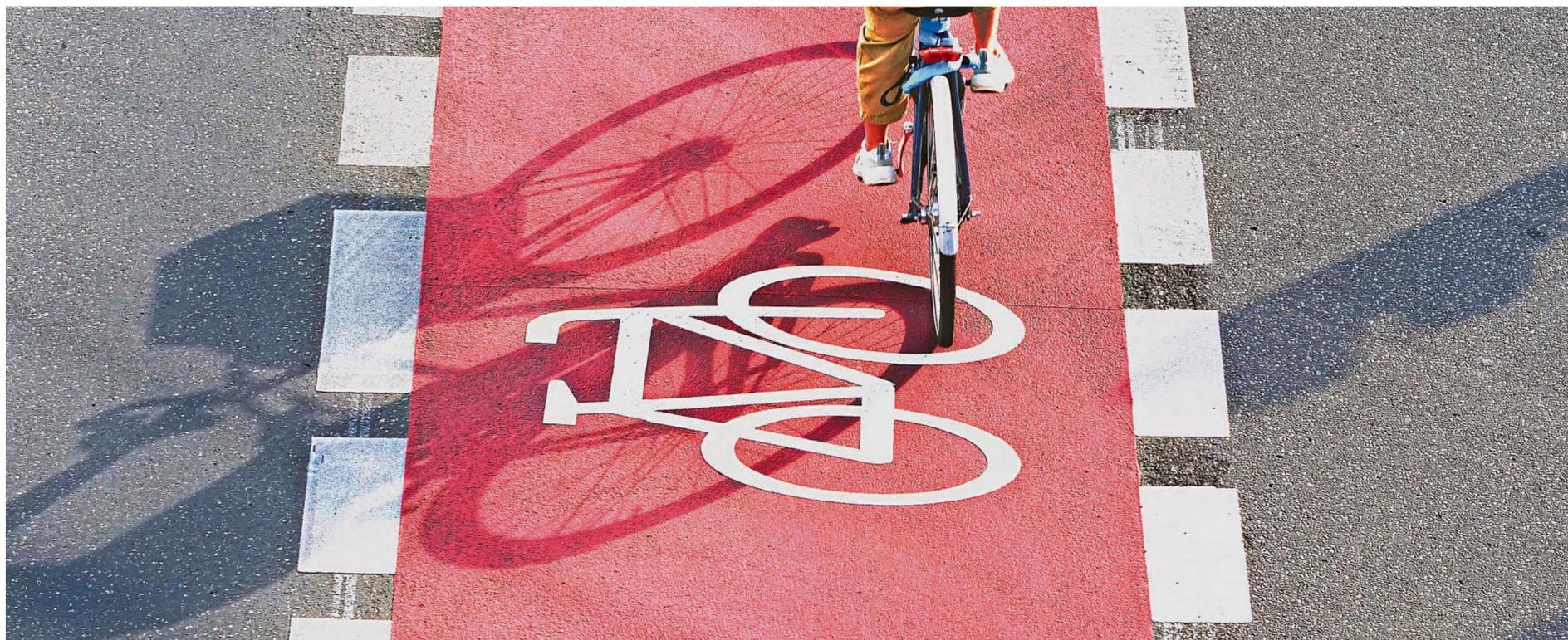
band der Gartenfreunde Berlin, der die Mehrheit der Kleingartenpächter vertritt, wenig erfreut über die aktuelle Version des KEP ist. „Wir haben uns schweren Herzens im Interesse des Gemeinwohls bereit erklärt, den Verlust von Flächen für SIKO-Maßnahmen (Soziale Infrastrukturkonzepte) zu akzeptieren. Es sind nun aber viel mehr Gärten bedroht als mit uns abgesprochen“, kritisierte der Verband in einer Stellungnahme. „Eine weitere Reduzierung der Gärten ist nur durch Bevölkerungsrück-

gang zu rechtfertigen“, sagt der Verbandschef Michael Matthei. Die Stadt sei auf die Gartenflächen nicht angewiesen, um neue Wohnungen zu bauen, glaubt er.

Bis Ende des Jahres sollen die Beratungen über den KEP abgeschlossen sein, gleichzeitig arbeiten SPD, Grüne und Linke an einem Gesetzentwurf, um Laubenkolonien verbindlicher als bisher zu schützen. Auch hier sollen bis Ende des Jahres gesetzliche Fakten geschaffen werden. „Wir wollen auch jene Anlagen schützen, die sich im Status von den im KEP gesicherten Flächen unterscheiden“, betont Billig.

Die Gartenfreunde stehen dieser Initiative mit Wohlwollen gegenüber. „solange das gewachsene Kleingartenwesen nicht massakriert wird“, sagt Matthei. Jedoch: Auch das Gesetz zum Schutz der Gärten soll eine Ausnahme vorsehen: „Der unabweisbare Bedarf für Infrastruktur wie Schulen oder Verkehrswege“, wie es Daniel Buchholz formuliert, Sprecher der Berliner SPD-Fraktion für Stadtentwicklung. „Der Bedarf soll gemeinsam mit den Kleingartenverbänden transparent festgelegt werden“, betont er und fordert im Gegenzug für die Sicherung der Gärten eine stärkere Öffnung für die Allgemeinheit und Kiez-Kooperationen. „Dafür gibt es schon heute gute Beispiele, sagt Buchholz.“

Claudia Heine



Zwar entstehen in Berlin – wir hier in der Schlossstraße in Steglitz – neue Radwege, doch der Senat bleibt hinter den selbstgesteckten Zielen zurück. So kommt etwa der Ausbau von besonders geschützten Radwegen kaum voran.

© picture-alliance/Wolfram Steinberg

Avantgarde der Verkehrswende?

WEG VOM AUTO Der Großstadtverkehr soll per Gesetz modernisiert werden. Doch es hapert mit der Umsetzung

Was in Deutschland das platte Land ist, ist in Berlin der Stadtrand. Das ansonsten dichte Nahverkehrsnetz wird in den Außenbezirken mitunter etwas löchrig. Auch an der Peripherie der Hauptstadt fühlen sich deshalb viele Menschen abgehängt. Deutlich zeigt sich das etwa in Marzahn-Hellersdorf. Wer von dort in die Innenstadt will, muss teilweise selbst in der Hauptverkehrszeit 20 Minuten auf den Bus zum nächsten Bahnhof warten. Und neue Verkehrsangebote – wie Leihräder, Carsharing oder moderne Sammeltaxi-Dienste wie der Berlkönig – finden sich in dem östlichen Stadtbezirk bisher überhaupt nicht.

Auf Abruf Doch ein neuer Service der städtischen Verkehrsgesellschaft BVG stellt die etablierte Erzählung vom vernachlässigten Stadtrand nun in Frage. In den drei Ostbezirken Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Trepow-Köpenick will die BVG nach Informationen der „Berliner Morgenpost“ ab 2021 digital organisierte Rufbusse anbieten. Der On-Demand-Dienst soll Fahrgäste jederzeit von jedem beliebigen Punkt zur nächsten S- oder U-Bahnstation bringen. BVG-Kunden sollen dafür nach dem (noch unveröffentlichten) Konzept nur einen geringen Aufpreis von 1,50 Euro zahlen. Ein derartiger Ride-Sharing-Service könnte die Schwächen des Berliner Nahverkehrs

ein gutes Stück ausgleichen. Der rot-rot-grüne Senat käme damit seinem Versprechen, allen Berlinern auch ohne eigenes Auto die bequeme Fortbewegung in der eigenen Stadt zu ermöglichen, wesentlich näher. Festgelegt ist dieses Ziel im vor zwei Jahren verabschiedeten Mobilitätsgesetz. Berlin ist damit deutschlandweit das einzige Bundesland, das sich eine – nun ja – Roadmap für die systematische Umsetzung der Verkehrswende gegeben hat. Doch taugt die Hauptstadt damit auch zum Vorbild?

Das hängt von der Perspektive ab. „Mit dem Gesetz wird Verkehr in der Stadt erstmals allumfassend und nicht mehr nur vom Auto her gedacht“, lobt Anne Klein-Hitpaß, die Projektleiterin Städtische Mobilität beim Think-Tank Agora Verkehrswende. Der Soziologe und Verkehrsexperte Andreas Knie sieht damit gar einen neuen gesellschaftlichen Konsens. „Es ist der klar definierte Wille eines Landes, dem Autoverkehr Raum zu nehmen“, sagt er. „Das ist eine gute demokratische Grundlage für die Verkehrswende.“

Viele Berliner schauen dagegen eher auf den Status quo und sind kaum zufrieden mit ihrer Landesregierung. Auf Twitter dokumentieren Fahrradaktivisten beinahe täglich, wie die Verkehrswende aus ihrer Sicht misslingt. Sie zeigen Fotos von zuge-

parkten Radwegen und halten Mahnwachen für im Straßenverkehr getötete Radfahrer und Fußgänger ab. Und ihre Stimme hat Gewicht, denn das Mobilitätsgesetz entstand nicht zuletzt durch ihren Druck.

Fahrrad im Fokus Binnen drei Wochen hatte die „Initiative Volksentscheid Fahrrad“ 2016 über 100.000 Unterschriften für ein Volksbegehren gesammelt, mit dem ein Gesetz zur Förderung des Radverkehrs geschaffen werden sollte. Der frisch gewählte rot-rot-grüne Senat machte sich das Vorhaben dann zu eigen und entwickelt den Gesetzesvorschlag nun schrittweise zu einem umfassenden Mobilitätsgesetz weiter, das die Mobilität per Rad, zu Fuß, mit Bus und Bahn sowie den Wirtschaftsverkehr und neue Mobilitätsangebote regelt. Doch ausgerechnet beim im Mobilitätsgesetz detailliert vorgeschriebenen

Radwegeausbau schwächelt der Senat. Nach dem Gesetz sind bevorzugt sogenannte geschützte Radwege zu bauen, bei denen die Radler durch Poller oder ähnliches abgetrennt vom Autoverkehr fahren. Davon wurden in der ganzen Stadt bisher erst acht gebaut, die Gesamtlänge liegt nur bei etwa fünf Kilometern. In den vergangenen zwei Jahren wurden zudem bloß 20 Kilometer mit grüner Signalfarbe mar-

kiert. Insgesamt haben die zuständigen Bezirke in den Jahren 2017, 2018 und 2019 gerade einmal 100 Kilometer neue Radweananlagen geschaffen. Ein Lichtblick sind aber die temporären Pop-Up-Radwege. Auf dreizehn Strecken wurden hier während der Corona-Pandemie schnell 26 Kilometer geschaffen.

Bei dem gegenwärtigen Tempo würden die Ausbauziele des Mobilitätsgesetzes verfehlt, erklärt Denis Petri vom Verein Changing Cities, der aus dem Volksentscheid Fahrrad hervorgegangen ist. Bis 2030 soll Berlin laut dem Gesetz ein vollständiges Radwegenetz erhalten – unter anderem sollen dabei alle Hauptstraßen auf beiden Seiten mit einem Radweg ausgestattet werden. „Allein dafür müssten wir etwa 100 Kilometer Radwege pro Jahr bauen“, rechnet Petri vor. Und insgesamt seien etwa 300 Kilometer neue Radwege pro Jahr nötig.

Strukturaufbau Dass bisher nicht mehr Radwege gebaut wurden, hat die von den Grünen geführte Verkehrsverwaltung immer wieder damit begründet, dass zunächst die passenden Strukturen aufgebaut werden müssten. So habe man die Zahl der Radwegeplaner in der Berliner Verwaltung zunächst massiv erhöht – von 3,5 auf 70 Vollzeitstellen – besetzt sind bisher jedoch längst nicht alle. Außerdem habe man neue Organisationen geschaffen, die den Radwege-Ausbau planen. „Die Erklärung wird nach drei Jahren Rot-Rot-Grün aber immer dünner“, sagt Petri.

Er kritisiert, dass die Verkehrsverwaltung anders als gesetzlich vorgeschrieben, zwei Jahre nach Verabschiedung des Mobilitätsgesetzes noch keinen Plan für das zukünftige Radwegenetz und keinen Radverkehrsplan, der die Gestaltung der neuen Radwege verbindlich festlegen soll, beschlossen hat. Das mache es den für den Radwegbau zuständigen Bezirken einfach, ihr Nicht-Handeln auf fehlende Vorlagen zurückzuführen.

„Der Dualismus zwischen dem Senat und den Bezirken ist in gewisser Hinsicht ein besonderes Problem der Berliner Verwaltung“, sagt dazu Anne Klein-Hitpaß von Agora Verkehrswende. Andererseits gebe es anderswo durchaus ähnliche Hürden. Denn die Bezirke entsprächen in etwa den Gemeinden in anderen Bundesländern. Das Nebeneinander von ambitionierten Zielen und bisher kaum sichtbaren Ergebnissen zeigt sich beim Berliner Mobilitätsgesetz allerdings auch in anderen Verkehrssektoren. So will der Senat im Nahverkehr das bereits gute Berliner Angebot noch einmal deutlich ausbauen. Auch auf Nebenstrecken im Bus- und Trammnetz soll es demnach zukünftig einen Zehn-Minuten-Takt geben. Bis 2030 sollen in Berlin zudem nur noch E-Busse fahren. Das Straßenbahnnetz soll um 73 Kilometer erweitert werden. Insgesamt 28 Milliarden Euro sollen dafür bis 2035 investiert werden.

Das Problem: Bis all die neuen Züge und Busse zur Verfügung stehen, wird es noch einige Zeit dauern. Und für den Streckenausbau fehlen Berlin fertig geplante Projek-

te. Hier zeigt sich ein deutschlandweites Hindernis für die Verkehrswende, das viele deutsche Metropolen kennen. Nachdem jahrelang wenig in den Ausbau investiert wurde, lässt sich das Angebot auch angesichts fehlender Planer nun nicht schlagartig erweitern.

Die Kapitel des Mobilitätsgesetzes zum Fußverkehr, zum Wirtschaftsverkehr und neuen Mobilitätskonzepten befinden sich dagegen noch in der parlamentarischen Abstimmung im Abgeordnetenhaus. Aber der Verkehrsplaner Tim Lehmann, der sich in der „Initiative Volksentscheid Fahrrad“ engagiert hat und der bei der Erarbeitung der neuen Gesetzeskapitel beteiligt ist, sieht bereits jetzt eine ungute Tendenz. „In den Gesetzesvorhaben steht viel Gutes drin“, sagt er, „aber nach den Misserfolgen beim Radverkehr scheut der Senat klare Zielvorgaben.“

Konsens für Wende Hat das Mobilitätsgesetz nach zwei Jahren also bloß Erschöpfung auf allen Seiten gebracht? Andreas Knie zieht ein positiveres Fazit. „Pop-up-Radwege konnte Berlin in der Corona-Krise auch deshalb so schnell einrichten, weil es nicht nur fertige Planungen, sondern wegen des Mobilitätsgesetzes auch einen gesellschaftlichen Konsens für die Verkehrswende gab. Und damit ist Berlin tatsächlich deutschlandweit zum Vorbild geworden.“

Caspar Schwietering
Der Autor ist Redakteur des Berliner „Tagesspiegel“.

»Nach den Misserfolgen beim Radverkehr scheut der Senat klare Zielvorgaben.«

Tim Lehmann, Initiative Volksentscheid Fahrrad

Wie ein Schwede die Metropole prägte

ARCHITEKTUR Alfred Grenander gab der Berliner Hoch- und U-Bahn ein eigenes Gesicht

Er schuf das erste Corporate Design für die Berliner Verkehrsbetriebe, lange bevor der Begriff überhaupt in den Sprachgebrauch einzog: Alfred Grenander verantwortete als Chefarchitekt der Berliner Hoch- und U-Bahn die Gestaltung von etwa 70 U-Bahnstationen zunächst in Berlin und Charlottenburg, später in Groß-Berlin. In den 1920er-Jahren entwarf er etwa die U-Bahnstationen Alexanderplatz und Krumme Lanke, Hermannplatz und Wittenbergplatz sowie das Kottbusser Tor. Die U-Bahnstationen genauso wie die Hochbahnkonstruktionen prägen bis heute das Stadtbild.



Der Hochbahnhof Eberswalder Straße – nach Plänen von Alfred Grenander und Johannes Bousset – in einer Postkartenansicht

fens Trelleborg, von dem aus die Boote an die deutsche Küste ablegten. Nachdem er zunächst auch Wohn- und auch Gewerbebauten entworfen hatte (unter anderem die Gebäude für die Maschinenfabrik Ludwig Loewe in Moabit und das Fabrik- und Verwaltungsgebäude sowie das Berliner Bremsenwerk der Knorr-Bremse AG in Friedrichshain), konzentrierte sich Grenander mehr und mehr auf die

Gestaltung der U-Bahnstationen. Vermutlich fehlte ihm schlicht die Zeit für anderes: In den Jahren nach der Jahrhundertwende entstanden innerhalb kurzer Zeit immens viele Bahnhöfe. Außerdem soll der Architekt überaus gewissenhaft an seine Aufgaben herangegangen sein und etwa auch Reisen in die polnischen Werkstätten unternommen haben, aus denen die Keramik für Wände und Decken der U-Bahnstationen stammte. Von Geldsorgen war er mit der Anstellung übrigens befreit – schließlich stand hinter der Hoch- und U-Bahnstation kein geringerer als der Siemens-Konzern.

Über sein Privatleben ist wenig bekannt, genauso wenig beteiligte sich Grenander an Diskussionen und Richtungstreits in der Architekturszene; womöglich fristet er deshalb als Berühmtheit eher ein Schattendasein. Grenander war ein Wegbereiter der Moderne. Auch wenn viele der gestalterischen Elemente Züge des Jugendstils aufweisen, tragen doch alle ihre eigene Note. „Grenander hat versucht, dem jeweiligen Ort eine Perspektive zu geben“, beschreibt es der Berliner Stadtplaner Harald Bodenschatz. Der Architekt arbeitete mit Fliesen, Eisen und Licht: Kunst sollte sich mit Technik verbinden, Orte funktionaler Nutzung sollten auch Aufenthalts-

qualität haben. Dazu kamen die technischen Herausforderungen etwa am Knotenpunkt Alexanderplatz, einem komplizierten Bahnhof, oder die Standsäulenkonstruktionen für die Hochbahn an der Schönhauser Allee.

Abwechslung Ganz anders gestaltete Grenander den Haltepunkt Krumme Lanke im beschaulichen Dahlem. Der als Rondell gestaltete Beton-Stahlbau zählt zu den letzten Werken des Architekten. Das heutige Bahnhofsgebäude ist ein originalgetreuer Nachbau aus dem Jahr 1989 und zeigt beispielhaft, wie Grenander mit Licht, Farbe und Luft dem funktionellen Ort Leichtigkeit verschaffte: Man schaut ihn gern an, man betritt ihn gern. Seit Jahren versucht eine Anwohnerinitiative zudem, auch den Platz davor attraktiver zu machen. Ein Etappensieg ist ihr dabei immerhin gelungen: Seit 2008 heißt der Vorplatz des U-Bahnhofs Krumme Lanke offiziell „Alfred-Grenander-Platz“.

pez

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Negative Campaigning zur Bundestagswahl 2017

Wahlkampf gleich Schlammschlacht?
Eine Analyse des Negative Campaigning der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Von Dr. Susanne Thelen
2020, 355 S., brosch., 74,- €
ISBN 978-3-8487-6631-4
(Parteien und Wahlen, Bd. 20)

Wie griffen sich die Parteien im Bundestagswahlkampf 2017 an? War das Negative Campaigning eher persönlich, inhaltlich oder wertorientiert? Susanne Thelen analysierte die Plakate, Twitter- und Facebook-Aktivitäten, TV-Duelle sowie Wahlprogramme der im 19. Bundestag vertretenen Parteien auf Negativität.

Nomos eLibrary www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Ein in staubiger Platz vor einem vernachlässigten Grünstreifen, begrenzt von zwei sich kreuzenden Hauptstraßen, in der Mitte ein isoliert stehender Aufzug, der zu den darunter liegenden S-Bahngleisen führt: Der Askanische Platz über dem Anhalter-Bahnhof gehört zu den Berliner Orten, die auch 30 Jahre nach dem Fall der Mauer noch ihre Rolle suchen. Ein Hinweis darauf, dass ein paar Meter weiter hinten eines der ersten Berliner Start-ups entstand, mit Folgen für die Wirtschaftsentwicklung weit über Berlin hinaus: Fehlzanzeige. Dabei befand sich etwa auf Höhe des heutigen S-Bahn-Aufzugs der Hinterhof, in dem Werner von Siemens und Johann Georg Halske 1847 ein Unternehmen gründeten, das unter dem Firmennamen Siemens zum Weltkonzern wurde. Einzig im gegenüberliegenden Hotel steht im Eingangsbereich eine Siemens-Büste. So wirkt das Szenenbild ein wenig wie ein Symbol für den Umgang der Berliner mit ihrer Wirtschaft – immer ein wenig „ja, aber“, lieber hip als industriell und im Zweifel gerne mal dagegen.

„Berlin ist Teil unserer DNA“, erklärt derweil der Siemens-Konzern. „Die Elektrifizierung als Schlüsseltechnologie des 19. und 20. Jahrhunderts hat Siemens und Berlin groß gemacht.“ Tatsächlich läuteten die Gründer der einstigen „Telegraphen-Bauanstalt von Siemens & Halske“ eine lang anhaltende Phase mit ein, in der Berlin Industriegeschichte schrieb. Die erste elektrische Straßenbahn, der Fön und die mit Trockenbatterien betriebene Taschenlampe wurden in den Folgejahrzehnten in Berlin erfunden. Auch die 1883 von Emil Rathenau gegründete „Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Electricität“ prägte die industrielle Entwicklung entscheidend – das Unternehmen wuchs unter dem Namen AEG später ebenfalls zum globalen Konzern. „Aus allen Bereichen Preußens strebten die Menschen damals nach Berlin“, sagt der Leiter des Berliner Zentrum Industriekultur (BZI), Joseph Hoppe. „Sie wurden angezogen von den wirtschaftlichen Entwicklungen, aber auch den neuen Wissenschaftseinrichtungen und den Möglichkeiten, effiziente Netzwerke zu knüpfen.“

Die Phase reichte bis weit in die Gründungsphase von Groß-Berlin hinein. Ihre Dynamik lässt sich bis heute an der Qualität der Bauten erahnen, die damals im gesamten Stadtgebiet entstanden sind: Allen voran die AEG-Turbinenfabrik von Peter Behrens, dem Wahrzeichen der „Elektropolis Berlin“. Aus Eisen, Glas und Beton baute Behrens im Auftrag des Unternehmens 1909 eine Halle, die schon damals als Meilenstein einer „Industriekultur“ gefeiert wurde. Der Bau in Moabit mit seinen großen Fensterfronten und der durchgehenden Halle ohne tragende Elemente gilt bis heute als Musterbeispiel früher Industriearchitektur und als Touristenmagnet, auch wird sie bis heute im ursprünglichen Sinn genutzt. Siemens baut dort Gasturbinen für den weltweiten Markt. Erinnerungen an die industrielle Blüte finden sich freilich in fast jedem Kiez – von der Rummelsburger Bucht bis nach Spandau, von der Schöneberger Malzfabrik bis in die Uferhallen im Wedding. Nirgends indes ballt sich die Vergangenheit so dicht wie in Schöneeweide – und an kaum einem anderen Ort knüpfen Gegenwart und Zukunft der Berliner Wirtschaft so nahtlos an die Geschichte an.

„Das Netzwerk, das wir hier mit den Hochschulen, den Fraunhofer- und Max-Planck-Instituten und anderen Start-ups vorfinden, ist einzigartig“, sagt der Geschäftsführer des 3D-Scanner-Herstellers botspot, Sascha Rybarczyk. Der Enddreissiger, schlank, Bart, weißes Hemd, sitzt in einem Besprechungssaal im Technologie- und Gründerzentrum TGS an der Ostendstraße. Auf der anderen Seite der von Straßenbahnschienen durchzogenen Straße steht das Peter-Behrens-Haus mit dem markanten Turm, ans andere Straßende ist die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) gezogen. Botspot ist seit seiner Gründung vor mehr als zehn Jahren schnell gewachsen und braucht um die 1.000 Quadratmeter für Entwicklung und Produktion. „Es gab Anfragen aus Friedrichshain, aber hier waren die Bedingungen besser“, sagt Rybarczyk. In der Nachbarschaft gebe es noch Industriebrachen mit Möglichkeiten, die man anderswo in Berlin vergeblich suche – das sei interessant für eventuelles eigenes weiteres Wachstum, aber auch das eines Unternehmensnetzwerks zur Entwicklung des gesamten Stadtteils. Als „Schöne Weyde“ in den Jahren nach 1890 entstand, lag es noch vor den Toren Berlins. Schnell wuchs es zum Arbeiter- und Industriestandort. Ein Kraftwerk wurde gebaut, Werke für die Produktion von Autos, Batterien und Lampen entstanden. Das einstige Herz der Elektroindustrie durchlebte wechselhafte Zeiten; seit wenigen Jahren erst werden die Hallen und Orte von Start-ups und Kreativen neu entdeckt, an den Uferbereichen siedelten sich Cafés und Restaurants an, die HTW schob die Entwicklung mit ihrem Anschließungsentscheidend an. „Wir haben hier schon wegen des Standorts die Aufmerksamkeit von Kunden“, sagt Rybarczyk. Die Umgebung verspricht bis heute

Boom im Backstein

WIRTSCHAFT Die Wertschöpfung in Berlin wächst. Innovation findet sich dabei oft an Orten, die schon einmal Motoren der Entwicklung waren



Wichtige Erinnerungen an den einstigen Wirtschaftsglanz Berlins: Fabrik an der Spree in Schöneeweide (oben), die Behrens-Turbinenfabrik in Moabit

einen herben, industriellen Charme, auf der Straße mischen sich Studenten, Start-Up-Mitarbeiter und alteingesessene Arbeiter die nach dem Zusammenbruch der DDR-Industrie längst nicht alle in neue Jobs fanden. In einer Halle hat der Industriesalon eine Dauerausstellung zur Geschichte des Standorts eingerichtet. „Für viele Unternehmen, die sich ansiedeln wollen, muss es Backstein sein“, bekräftigt Hoppe vom BZI. „Die wollen nicht in einen beliebigen Alu-Bau.“ Konkret profitiert botspot in Schöneeweide von regelmäßigen Start-up-Stammtischen, von gemeinsamen Projekten mit der Hochschule und den Forschungseinrichtungen und dem damit verbundenen Kontakt zu Studierenden. Passende Mitarbeiter zu finden gestaltet sich für botspot ähnlich schwierig wie für die Wirtschaft insgesamt – doch Berlin hilft, wie Rybarczyk sagt: „Die Bereitschaft, nach hierher zu ziehen, ist hoch.“ München genieße international nicht den Ruf von Aufbruch und Innovation wie Berlin; zur Wahrheit gehöre dabei auch, dass das Unternehmen in München an Mietpreisen und Lohnniveau scheitern würde. „Berlin wird als Industriestandort wahrgenommen“, ist der Unternehmenschef überzeugt und sagt zugleich: „Das Land könnte viel mehr daraus machen.“

Langsames Anrollen Die Berliner Wirtschaftsentwicklung endete jäh mit dem Zweiten Weltkrieg. Die Teilung der Stadt im Anschluss verhinderte nicht nur größere Entwicklungen, sondern bewog beispielsweise Siemens, seinen Firmensitz teilweise nach Bayern zu verlegen. Nach dem Fall der Mauer berappelte sich die Wirtschaft nur langsam. Vor allem: Die Zentralen von börsennotierten, großen Unternehmen lagen längst anderswo; dort wurde und wird Wirtschaftskraft generiert. Erst in den vergangenen zehn Jahren begann Berlin, seinen Trumpf als Metropole auszuspielen. Die Stadt wurde internationaler und näherte damit seinen Ruf als Ort für Innovationen und Gründertum. „Ich sehe darin durchaus Parallelen zur Situation von vor mehr als

100 Jahren, wengleich in weitaus kleinerem Ausmaß“, sagt BZI-Experte Hoppe.

Kiezdenken Auf den Tourismus als Wirtschaftszweig zu setzen, habe auf der Hand gelegen. Mittlerweile hätten sich allerdings der Fintech-Bereich, also Start-ups aus der Finanzbranche, genauso wie alles rund um das Internet of things (IoT) oder die Gesundheitswirtschaft zu Schwergewichten gemauert, sagt der Geschäftsführer der Berliner Wirtschaftsförderung (Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie), Stefan Franke. Den Vorwurf von botspot-Chef Rybarczyk, zu wenig für das industrielle Image des Landes zu tun, will Franke zumindest nicht ganz von der Hand weisen. Die Politik erkenne immer mehr, wie bedeutsam Branchen wie die Gesundheitswirtschaft inzwischen geworden seien, sagt Franke diplomatisch. Hoppe vom BZI verstärkt hingegen die Kritik und beklagt ein „Kiezdenken“ in Teilen der Berliner Öffentlichkeit und Verwaltung, das es innovativen Unternehmen nicht immer leicht mache. Er erinnert an den Versuch von Google, sich in einem ehemaligen Umspannwerk in Kreuzberg niederzulassen (was scheiterte) und an die Quereilen rund um den Beschluss für eine neue Siemensstadt zwischen Berlin und Spandau. „Dass es Tesla geschafft hat, sich in der Metropolregion durchzusetzen, ist schon ein kleines Wunder“, findet Hoppe. Anekdoten über die Berliner Verwaltung haben als Kallauer ohnehin ausgedient; anderswo sei man einfach jünger, aufgeschlossener, flexibler, heißt es zuhauf von Projektentwicklern. Franke kontert, sein Haus verfolge in den Ansiedlungsbemühungen längst die Strategie, „innovative, wertschöpfende Start-ups“ in die Metropole zu locken. Im Bereich IoT liege Berlin mittlerweile an Wertschöpfung vor München, im verarbeitenden Gewerbe gebe es immerhin fast 120.000 Arbeitsplätze. Zum Vergleich: Im Öffentlichen Dienst, dem größten Arbeitgeber in Berlin, sind es mehr als sechs Mal so viele (siehe nebenstehende Spalte). Und wengleich die Aufholjagd absolut betrachtet andauere, habe Ber-

lin in der Wertschöpfung im vergangenen Jahr erstmals den Bundesdurchschnitt überflügelt.

Freiräume werden knapp Zu den eingewachsenen Unternehmen wie Bayer, Pfizer, Sanofi, der Deutschen Bahn und Siemens kommen unzählige Gründer aus der ganzen Welt, die hier ihre Unternehmensidee ausprobieren wollen. Man schätze diese Atmosphäre, erklärt ein Siemens-Sprecher. „Berlin repräsentiert knapp ein Drittel der Gründerszene Deutschlands, das ist ein wichtiger Aspekt.“ Der Konzern widmet sich Start-ups in einer eigenen Unternehmenssparte – next47, einer Anspielung auf das Jahr der Unternehmensgründung – und stellt auf dem Siemens-Areal Flächen zum „agilen Arbeiten“ bereit.

Diese Freiräume wird es auch brauchen, denn sie werden knapp. Die Ressourcen, die Berlin zum neuen Wirtschaftsaufschwung verholten haben, trocknen nach und nach aus. Die Branchen verschwinden, die Lebenshaltungskosten steigen genauso wie die Mieten für Wohnen, Büro und Gewerbe. „Das Ende des Start-up-Booms ist durch Corona verzögert worden, aber es zeichnet sich ab“, sagt Karin Teichmann. Die Immobilienexpertin arbeitete früher für Berlin Partner, heute ist sie als Vorstandsmitglied der EUREF AG für die Entwicklung des Schöneberger Campus rund um den Gasometer zuständig – noch so ein Ort von damals, der zum Motor für die Entwicklung von heute geworden ist. Auf das 5,5 Hektar große Gelände darf nur ziehen, wer sich mit Energie, Mobilität und Nachhaltigkeit beschäftigt. Die Technische Universität ist vertreten, Schneider Electric, hier wird autonomes Fahren genauso erprobt wie neue Lade-technologien für Elektrofahrzeuge, Klaus Töpfer ist mit einem Teil seiner Klimaforscher vertreten. In den unter Denkmalschutz stehenden Backsteinbauten, ergänzt durch neue Gebäude, sind 6.000 Arbeitsplätze entstanden. „Wir sind voll“, sagt Teichmann. Wer sich jetzt um einen Platz bewirbt, muss warten. Die EUREF AG ist inhabergeführt, das ermöglicht eine gezielte Auswahl und Gestaltungsraum bei den Büromieten.

Wer da ist, profitiert von etwa 100.000 Fachbesuchern im Jahr, die einen Messestand ersparen – die Besucher laufen ohnehin über das Gelände. Und auch hier entstehen spontan Netzwerke, Foren, Kontakte, etwa beim Mittagessen in einem der Cafés und Restaurants rund um den Gasometer. Die stehen auch der Allgemeinheit offen, was die Akzeptanz des Campus für die Nachbarschaft bedeutend erhöht habe, sagt Teichmann. Gerade in der Anfangszeit gab es Initiativen gegen das Großprojekt und seinen Eigentümer, groß war die Angst vor Veränderung und Verdrängung im Kiez. Die scheint sich gelegt zu haben; im Moment dreht sich eher alles um die Frage: Kommt Tesla? Angeblich will Elon Musk sein Entwicklungszentrum im oder um den Gasometer einrichten. Vielleicht ist es nur ein Gerücht, vielleicht laufen wirklich Verhandlungen, vielleicht gehen sie zugunsten des Standorts aus. Aber eigentlich ist der ja voll. Kristina Pezzei

BERLINER WIRTSCHAFT

Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung

Das Bruttoinlandsprodukt in Berlin belief sich 2019 auf 153,29 Milliarden Euro. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen waren es 711,42 Milliarden Euro, im Saarland 36,25 Milliarden Euro. Die Bruttowertschöpfung lag insgesamt bei 138 Milliarden Euro. Davon entfielen beispielsweise 13,71 Milliarden Euro auf das Produzierende Gewerbe (ohne Bau), 44,63 Milliarden Euro auf Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte und 43,49 Milliarden Euro auf Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen.

Folgen der Corona-Krise auf dem Arbeitsmarkt spürbar

Corona setzt auch dem Berliner Arbeitsmarkt zu. Die Arbeitslosenquote lag im Juli bei 10,8 Prozent, unwesentlich höher als im Vormonat, aber deutlich höher als im gleichen Vorjahreszeitraum: Im Juli 2018 hatte die Quote bei acht Prozent gelegen. Ohne die Kurzarbeit sähen die Zahlen wohl noch schlechter aus: Im April waren 208.400 Berliner in Kurzarbeit, das war jeder siebte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. 26.500 Betriebe nutzten das Instrument. Berlin gehört zu den gefragtesten Zielen bei Hochqualifizierten, die über die Blaue Karte der EU nach Deutschland kommen. 2019 nutzten 4.585 von insgesamt 31.220 Nicht-EU-Ausländern diese Möglichkeit.

Größte Arbeitgeber im öffentlichen Sektor

Die meisten Beschäftigten hat die Deutsche Bahn in Berlin (19.149, Stand 2017), es folgen die Krankenhauskonzerne Charité und Vivantes sowie die Berliner Verkehrsbetriebe. Auf Platz fünf folgt mit der Siemens AG ein Unternehmen der Privatwirtschaft mit 11.609 Beschäftigten (ebenfalls Stand 2017), dann die EDEKA Minden-Hannover Stiftung & Co. KG, die Daimler AG und die Deutsche Post DHL Group. Zu den 20 größten Arbeitgebern in der Hauptstadt zählen auch Unternehmen wie Zalando SE, die Bayer AG und Vattenfall AB.

Elf „Zukunftsorte“ für die Entwicklung der Hauptstadt

Als Kristallisationspunkte für die wirtschaftliche Entwicklung und Innovationen hat das Land elf „Zukunftsorte“ definiert. Dort soll aus der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung neuer Gründergeist gefördert werden und in der Folge Wertschöpfung entstehen. Das Projekt Zukunftsorte funktioniert als Netzwerk mit eigener Geschäftsstelle, finanziert wird es aus Bundes- und Landesmitteln. Zu den Orten zählen der Campus in Adlershof und der in Buch genauso wie Berlin Südwest, aber auch das Gelände des bisherigen Flughafens Tegel und das des bereits stillgelegten Stadtflughafens Tempelhof.

EUREF, Schöneeweide und die Siemensstadt 2.0

Das EUREF-Gebiet um den Gasometer in Schöneberg, die Siemensstadt 2.0 und der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin Schöneeweide (siehe nebenstehender Text) sind ebenfalls Teil des Netzwerks. Auf dem EUREF-Gelände haben sich Unternehmen, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen angesiedelt, die sich mit Mobilität, Energie und Nachhaltigkeit beschäftigen. Dabei sind der französische Industriekonzern Schneider Electric, Cisco und die Deutsche Bahn. Nach Landesangaben erfüllt der Standort seit 2014 die CO₂-Ziele der Bundesregierung für das Jahr 2050. In Düsseldorf entsteht derzeit ein zweiter EUREF-Campus nach Berliner Vorbild. Berlin Schöneeweide vermarktet sich unter dem Slogan „Innovation. Industrie. Impulse“. An dem Standort wurden vor mehr als 100 Jahren die industrielle Entwicklung und der Aufschwung Berlins maßgeblich vorangetrieben, auch zu Zeiten der DDR wurde hier massiv produziert. Nach einem Einbruch nach der Wende entsteht seit einigen Jahren neue Industrie auch im Zusammenspiel mit technisch ausgerichteten Hochschulen, die sich in ehemaligen Industriegebäuden angesiedelt haben. Entsprechend ist der Standort vor allem für Start-ups attraktiv. Zwischen Berlin und Spandau schließlich entsteht bis 2030 eine „Siemensstadt 2.0“. Auf etwa 700.000 Quadratmetern investiert der Industriekonzern einen hohen dreistelligen Millionenbetrag für einen neuen nachhaltigen und „smarten“ Stadtteil, an dem gelebt, gelernt, geforscht und gearbeitet werden soll und etwa neue Mobilitätsformen ausprobiert werden. pez





Der Schlachtensee gehört zu den beliebtesten Badeseen in Berlin, auch wenn sich Hundebesitzer mit dem Ämtern seit Jahren über Leinenzwang und Auslaufmöglichkeiten ihre Vierbeiner streiten. Daneben (im Uhrzeigersinn) der S-Bahnhof Nikolassee in Zehlendorf, der Flughafen Gatow in Kladow, der Zeltinger Platz in Frohnau, und das Kosmosviertel in Altglienicke.

Separatisten am Schlachtensee

LOKALKOLORIT Berlins 97 Ortsteile vermitteln heimatische Gefühle in der Millionenmetropole

An einem heißen Sommertag stieg ich in die S1 und ließ in südwestlicher Richtung das Stadtzentrum hinter mir. In Schlachtensee stieg ich aus. Der gleichnamige S-Bahnhof lag damals genau an der Grenze zwischen Zehlendorf und Nikolassee, zweien von insgesamt 96 Berliner Ortsteilen. Die drei Herren, die mich am Bahnhof in Empfang nahmen, sahen das allerdings anders. „Willkommen in Schlachtensee“, rief ihr Wortführer. „Willkommen in Berlins 97. Ortsteil!“ Triumphierend grinsten die drei. So, dachte ich, sehen also Berliner Separatisten aus.

lin-Spaziergängen seit Längerem begleitete. Begonnen hatte das ganze Projekt mit dem Gefühl, dass ich die Stadt nach 20 Jahren als Berliner zwar in Teilen sehr gut, aber überwiegend nur sehr ausschnittsweise kannte. Als ich durchzählte, in wie viele der 96 Ortsteile ich schon einmal einen Fuß gesetzt hatte, kam ich auf 41. Nicht einmal die Hälfte also, und selbst darunter waren viele, von denen ich kaum mehr als einen S-Bahnhof kannte. Dabei war ich so oft mit dem Gedanken aufgewacht: Du müsstest mal irgendwo hinfahren, wo du noch nie warst. Irigendwohin, wo du auch ohne guten Grund nie landen würdest, in eine der vielen kleinen unbekanntenen Ecken, aus denen diese große Stadt besteht. Wenn ich dann abends einschlief, hatte ich den Tag meist aber doch wieder nur in jenen altbekannten Innenstadteilen verbracht, aus denen man ohne guten Grund schwer rauskommt – weshalb sich selbst die größten Städte oft verblüffend klein anfühlen.

Sie sind die kleinste Messeinheit der Fremd- und Selbstverortung.

So keimte eine Idee in mir: Ganz Berlin abwandern – keinen Grund suchen, einfach blind hin- und loslaufen. Stromern, stöbern, Leute anquatschen, Abenteuer erleben. Ziemlich genau zwei Jahre habe ich damit verbracht. Von A bis Z, von Adlershof bis Zehlendorf bin ich durch die Stadt gereist. Neben unzähligen lokalen Entdeckungen verdanke ich diesen Ortsteilwanderungen auch ein paar allgemeinere Erkenntnisse über Berlin. Etwa, dass es in kaum einer anderen Stadt so viele Friseure mit Kalauer-Namen geben dürfte (mein Favorit: „Mata Haari“ in Friedenau). Oder, dass in Berlins Zentralbezirken zwar die typischen fünfstöckigen Miethäuser dominieren, gleichzeitig aber ein überraschend großer, wenn nicht gar der größte Teil der Stadtfläche mit Einfamilienhäusern bebaut ist. Oder auch, dass einem das Wohlstandsgelände Berlins erst so richtig bewusst wird, wenn man einmal mitgehört hat, worum sich die Mittagsgespräche im Altglienicker Kosmosviertel und am Zeltinger Platz in Frohnau drehen.

Bürgerinitiative Das aber, erklärte mir der Leserbriefschreiber, sei eine große stadthistorische Ungerechtigkeit. Das komplette Gewässer und die gesamte Villenkolonie seien vielmehr Teil eines unterdrückten, weil offiziell nicht anerkannten Ortsteils namens Schlachtensee, für dessen Unabhängigkeit er seit Langem mit einer Bürgerinitiative kämpfe. Ein paar Wochen später stand der Leserbriefschreiber dann also vor mir. Mit zwei Mitstreitern führte er mich durch den Mochtegern-Ortsteil Schlachtensee – vorbei am S-Bahnhof („älter als der von Nikolassee!“), der Villenkolonie („früher gegründet!“), dem Marktplatz („bessere Fisch!“) und der berühmten Bankfiliale, die 1995 durch einen selbstgegrabenen Tunnel ausgebaut wurde („selbst unsere Diebe sind cleverer!“). Die Komparative prasselten nur so auf mich ein – in allen Punkten triumphierte Schlachtensee über die Nachbarortsteile, aus deren Umklammerung der Kiez befreit werden musste. Während ich den Ausführungen zuhörte, ging mir der eine oder andere Gedanke durch den Kopf, der mich bei meinen Ber-

Grenzverschiebungen Erwardert habe ich mir außerdem Antworten auf die Frage, was Berlins Unterteilung in Ortsteile eigentlich bedeutet. Die Stadt erlebte ihre letzte maßgebliche Ausdehnung im Jahr 1920, als die alten preußischen Gemeindegrenzen ruckartig auf Metropolenformat erweitert wurden. Seitdem haben sich die äußeren Stadtrisse nur noch unwesent-

lich verschoben. Berlins innere Grenzen dagegen blieben in ständiger Bewegung – zahllose Gebiets- und Bezirksreformen haben die Anzahl und Dimensionen der Ortsteile stetig verändert.

Politisch ohne Bedeutung Das Ergebnis dieser jahrzehntelangen Grenzverschiebungen ist eine nicht immer ganz logische Stadtstruktur. Der Halensee etwa liegt aus unerfindlichen Gründen nicht im gleichnamigen Ortsteil Halensee, sondern im Nachbarortsteil Grunewald. Der Wasserurm Hermsdorf findet sich in Frohnau, das Hundenauslaufgebiet Frohnau in Hermsdorf, der Bahnhof Lichtenberg in Rummelsburg, der Flugplatz Gatow in Kladow.

Erkennbar decken sich die heutigen Grenzen der Ortsteile also nicht immer mit den historisch gewachsenen Kiezen, deren Namen sie tragen. Konsequenzen hat das keine, da die Ortsteile verwaltungstechnisch eh kaum von Bedeutung sind – die politische Gestaltungsmacht liegt bei den übergeordneten zwölf Bezirken, die anders als ihre Unterheiten eigene Rathäuser, Bürgermeister und Volksvertretungen haben. Die Ortsteile dagegen sind mehr oder weniger symbolische Einheiten, die weder mit den Wahlbezirken identisch sind noch mit den Postleitzahlbereichen, den Kirchengemeinden oder den Planungsräumen der Berliner Statistiker. In vielen Fällen sind sie nicht ein-

mal deckungsgleich mit dem, was die Berliner als Anfang und Ende ihres Kiezes wahrnehmen: Viele, die im Südwestteil von Schöneberg leben, halten sich für Friedenauer, viele Gesundbrunnener nennen sich Weddingler.

Offiziell anerkannt Ihren Sinn haben die Ortsteile trotzdem, denn in der Regel sind sie in Berlin die kleinste Messeinheit der Selbst- und Fremdverortung. Sie sind die städtischen Schubladen, in die man sich und andere steckt, um miteinander über Berlin reden zu können. Man könnte auch sagen: Sie sind Heimat. Genau das macht sie so wichtig für Lokalpatrioten wie die Separatisten von

Schlachtensee. Deren Unabhängigkeitskampf war inzwischen übrigens von Erfolg gekrönt. Knapp zwei Jahre nach meiner Begegnung mit dem forschen Dissidententrupp wurde Schlachtensee von offizieller Seite im Mai dieses Jahres in den Rang des 97. Berliner Ortsteils erhoben. Geändert hat sich für die Bewohner der neuen Nummer 97 dadurch freilich wenig. Außer natürlich, dass sie jetzt stolz darauf sein können, in einem eigenen Ortsteil zu leben.

Jens Mühlung
Jens Mühlung arbeitet als freier Autor. Sein Buch „Berlin – Spaziergänge durch alle 96 Ortsteile“ erschien im Rowohlt-Verlag.

»You are leaving the American sector«

OST UND WEST Spuren der deutschen Teilung 30 Jahre nach dem Mauerfall

Was? West-Berlin war von einer knapp vier Meter hohen, rund 160 Kilometer langen Doppel-Mauer umzingelt? Jugendliche und Touristen aus aller Welt können es manchmal nicht fassen. Berlin – eine geteilte Stadt. Gut, dass man 1989/1990 besonnen genug war, beim Abriss Teile der Mauer zu erhalten. Und so bleibt die einstige Teilung an ein paar Stellen präsent. Zusätzlich markieren zwei Reihen mit Pflastersteinen im Boden den einstigen Mauerverlauf quer durch die Stadt. Auf dass er niemals vergessen werde.

Die verbliebenen Mauerteile und Reste von Grenzanlagen sind zu Pilgerstätten geworden. Allen voran der Checkpoint-Charlie als einer von acht Grenzübergängen. Ein bisschen gruselig ist er immer noch. Die Kopie des kleinen Wachhäuschens mit den gestapelten Sandsäcken mitten auf der Friedrichstraße und das Schild „You are leaving the American sector“ erinnern an den Ernst der Lage und brenzlige Situationen. 1961 standen sich hier amerikanische und sowjetische Panzer gegenüber und hielten für 16 Stunden die Welt in Atem. Der Checkpoint war der Mikrokosmos des Kalten Krieges. Ein paar Kilometer weiter östlich erstreckt sich die Eastside-Gallery, das mit 1,3 Kilometern längste erhaltene Mauerstück. So benannt, weil nach der Öffnung rund 100 Künstler aus 25 verschiedenen Nationen die Mauer von Osten aus bemalten. Es entstanden Bilder voller Doppeldeutigkeiten, Ironien, Kritiken und Anspielungen – wie der legendäre Bruderkuss zwischen Breschnew und Honecker. Und zwischen Mitte und Wedding prägen die Gedenkstätte Bernauer Straße schließlich das letzte Stück Mauer einschließlich Grenzstreifen.

Die Architektur des Kalten Krieges ist ein sicherer Hinweis, wo Ost und West war. Die Bauten im Zuckerbäckerstil an der Karl-Marx-Allee nach Vorbild sowjetischer Prospekte, Anfang der 1950er bis in die 1960er Jahre errichtet, wären im Westen undenkbar gewesen. Dort orientierte man sich eher an den USA. Die setzten 1957 ein Denkmal – die „Schwangere Auster“ als Beitrag zur Internationalen Bauausstellung.

Plattenbauten Die Plattenbauten, von DDR-Bürgern geliebt, sollten die Wohnungsnot im Eiltempo beseitigen. Trabantenstädte schossen in Friedrichshain, Lichtenberg, Marzahn, Hohenschönhausen in die Höhe. In West-Berlin entstanden zu

ähnlicher Zeit Großbausiedlungen wie das Märkische Viertel in Reinickendorf, die Gropiusstadt in Neukölln und das Falkenhagener Feld in Spandau. Viele Menschen auf wenig Platz. Bis heute ist das so. Baulich hat sich das Zentrum Berlins nach der Wende enorm verändert. Im einstigen Ostteil mit den Bezirken Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain sind neben die weitgehend renovierten Gründerzeitbauten etliche Neubauten gerückt und auch im einstigen Westteil sind besonders in Tiergarten und Charlottenburg viele Neubauten entstanden – insgesamt ein Sammelsurium aus Zeiten vor dem Zweiten Weltkrieg, während des Kalten Krieges und nach der Wende.

Straßennamen Die Namen einiger Straßen und Plätze geben immer noch Aufschluss über die geteilte Stadt. Etwa die Karl-Liebknecht-Straße, benannt nach dem Marxisten, der 1918 vom Balkon des Reichstags die „Republik“ ausrief. Neben dem einstigen Westteil erinnert der Straßennamen an den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann, der 1918 vom Balkon des Reichstags die „Republik“ ausrief. Im östlichen Marzahn findet sich die „Straße der Kosmonauten“, im westlichen Kreuzberg die Rudi-Dutschke-Straße.

Stadtführer werden von ehemaligen DDR-Bürgern häufig bange nach „ihren“ Bauten gefragt. Dazu gehört die Weltzeituhr auf dem Alexanderplatz, zum 20. Jahrestag der DDR-Gründung eingeweiht: „Gib’s die noch?“ Ja! Sie wurde nach der Wende restauriert. Der Fernsehturm mit seinen 368 Metern Höhe, Walter Ulbrichts Hät-schelkind, ist ohnehin nicht zu übersehen.



Der Checkpoint Charlie

Selbst am öffentlichen Nahverkehr lässt sich die einstige Teilung mitunter noch ablesen. Die U5 Richtung Hönow startet am Alexanderplatz als einem zentralen Ort der 1989er Demonstrationen, fährt unter der Karl-Marx-Allee entlang, dem Brennpunkt des Arbeiteraufstands von 1953, die Station Magdalenenstraße unterhalb der Frankfurter Allee liegt unmittelbar am einstigen Ministerium für Staatssicherheit. Demnächst wird die U5 Richtung westwärts verlängert und auf dem Weg zum Hauptbahnhof unter dem Brandenburger Tor halten, dem Symbol der Deutschen Einheit schlechthin. Der Bus M29 von Grunewald nach Neukölln bedient hingegen weiterhin Klisches über West-Berlin. Der gelbe Doppeldecker startet nobel und endet prekär, vom Villenvorort zum sozialen Brennpunkt Hermannplatz. Riechen lässt sich der Unterschied zwischen Ost und West hingegen nicht mehr. Es gibt zwar in der gesamten Stadt noch ein paar Kohlehandlungen. Zieht man aber durch die Straßen Ost-Berlins, sticht der Geruch des Brennstoffs nicht mehr wie einst in der Nase. Lediglich die Trabis sind nach wie vor zu riechen. Ein paar wenige sind für touristische Ostalgiefahrten unterwegs. Man hört sie auch von weit her – wie vor 30 Jahren.

Almut Lüder
Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Berlin.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Im komfortablen Reisebus durch Berlin kurven, dabei Swing hören und mit Filmen und Erzählungen mehr über das Berlin der 1920er Jahre erfahren: Vor der Corona-Pandemie waren die „videoSightseeing-Touren“ von Arne Krasting (44) ein Highlight für geschichtsinteressierte Berlin-Touristen. Firmen schickten ihre Mitarbeiter mit Krasting zu den Originalschauplätzen der erfolgreichen ARD-Serie „Babylon Berlin“, Lehrer ihre Schulklassen auf eine Zeitreise in die „Goldenen Zwanziger“. Doch seit Beginn der Corona-Pandemie stehen die Busse still. „Während des Lockdowns im April und Mai lief gar nichts, es gab keine Touren und null Umsatz“, erzählt Krasting und rührt nachdenklich in seinem Cappuccino. Weil er seinen Gästen nicht zumuten will, zwei Stunden mit Maske im Bus zu sitzen, führt er die nun überwiegend deutschen Touristen seit Juni zu Fuß und mit Tablets durch die Stadt. „Das finden die meisten entspannter.“ Damit niemand die Tablets selbst bedienen muss, hat er eine App entwickeln lassen, um die selbst produzierten Filme auf jedem Gerät starten zu können. „Die Touren kommen gut an, aber unser Umsatz liegt immer noch bei nur etwa zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr“, berichtet Krasting. Wenn er an die Herbst- und Wintersaison denkt, wird ihm bange: „Wir haben viele Ideen, aber irgendwann müssen wir uns die Frage stellen, ob wir das 2021 noch schaffen.“

Kalt erwischt Das Corona-Virus hat Krasting und die Touristenmetropole Berlin kalt erwischt. „Wir hatten Pläne für alle möglichen Krisenszenarien in der Schublade“, sagt Christian Tänzler, Pressesprecher von visitBerlin, Berlins offizieller Organisation für Tourismus- und Kongressmarketing. Für Terroranschläge wie den vom Breitscheidplatz oder Airline-Pleiten wie Air Berlin. „Aber eine Pandemie dieses Ausmaßes konnten wir uns beim besten Willen nicht vorstellen.“ Wegen Corona brach die Zahl der ausländischen Gäste, sonst überwiegend Briten, Amerikaner, Italiener und Spanier, 2020 um 66 Prozent ein, im April und Mai kamen teilweise 98 Prozent weniger Gäste. Große Messen wie die Internationale Tourismusbörse wurden abgesagt, Firmenevents, Kongresse und Tagungen, die besonders im Herbst Hochkonjunktur haben und den Hotels wichtige Einnahmen bringen, sind wegen der Abstandsregeln kaum möglich. Ein Gau auch für Caterer, Künstler und Moderatoren. Dabei freute sich die Branche noch im Februar über einen furiosen Jahresstart. „Alle Unternehmer erwarteten einen neuen Rekord hinsichtlich der Übernachtungszahlen“, erzählt Thomas Lengfelder, Hauptgeschäftsführer des Hotel- und Gaststättenverbandes Berlin e.V. (Dehoga Berlin). Tatsächlich kannten die in Berlin laut Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 17 Jahre lang nur einen Weg – nach oben. Nach der Wende war es der einstigen Industriestadt gelungen, sich neu zu erfinden. Gründer, Kreative und IT-Unternehmen strömten an die Spree und mit ihnen Businessgäste und Messebesucher, Partygänger und Kulturfreunde aus aller Welt.

Betten-Rekord 2009 gab es laut einer im vergangenen Jahr veröffentlichten Studie der Investitionsbank Berlin (IBB) 109.694 Betten für Gäste in Berlin. 2019 waren es bereits rund 149.906 in insgesamt 787 Beherbergungsbetrieben. Die Zimmerauslastung in der Hotellerie erreichte mit 79,6 Prozent den höchsten jemals gemessenen Wert. Die Zahl der registrierten Besucher stieg im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Prozent auf knapp 14 Millionen, die der Übernachtungen um 3,8 Prozent auf 34,1 Millionen. Darin noch nicht enthalten sind all jene Gäste, die bei Freunden und Verwand-

Ausgebremst

TOURISMUS 17 Jahre in Folge verzeichnete die Stadt immer neue Besucherrekorde. Die Corona-Pandemie trifft die Branche nun ins Mark



Home-Office-Vermietung im Hotel Oderberger, vereinzelt Besuchergruppen vor dem Brandenburger Tor, weitgehend verwaiste Plätze vor dem Strandbar am Hauptbahnhof und am Reichstag (im Uhrzeigersinn): Die Besucherzahlen sind in Berlin sichtbar zurückgegangen.



ten unterkommen (rund 34 Millionen) und in Privatunterkünften übernachten (rund 5,3 Millionen). Nach eigenen Angaben vermittelt allein die Plattform Airbnb in Berlin 13.045 komplette Wohnungen und damit so viele wie in keiner anderen deutschen Stadt. Nach einer hitzig geführten Debatte um die Verknappung von Wohnraum und das daraufhin vom Senat 2014 verabschiedete Zweckentfremdungsverbot hat die Stadt bis zum März 2019 allerdings rund 9.500 Home-Sharing-Unterkünfte und davon 4.500 Ferienwohnungen

wieder dem allgemeinen Wohnungsmarkt zugeführt. Das hat weder der Attraktivität Berlins als Top-3-Reiseziel in Europa nach London und Paris geschadet noch der wirtschaftlichen Bedeutung der Branche für die Stadt: 2019 bot das Berliner Gastgewerbe 109.000 Menschen einen Job, insgesamt leben in Berlin rund 235.000 Menschen vom Tourismus. Der Umsatz lag laut IBB bei 7,1 Milliarden Euro, die Bruttowertschöpfung bei 3,4 Milliarden Euro. Die Touristen zeigten sich spendabel und ließen rund

12,8 Milliarden Euro in Restaurants, Geschäften und anderen Dienstleistungsbetrieben. Beflügelt von diesem Erfolg sollten bis 2022 weitere 26 Hotels mit rund 5.450 Zimmern und doppelt so vielen Betten in der Stadt entstehen. Mit Blick auf diese Zahlen ist für Dehoga-Geschäftsführer Lengfelder klar: „Der Tourismus und insbesondere das Gastgewerbe sind ein entscheidender Eckpfeiler des Berliner Wirtschaftswachstums. Wir müssen alles tun, um nach der Krise wieder an dieses Niveau anzuschließen.“

Doch die Krise ist nach der erzwungenen Vollbremsung im Frühjahr nicht vorbei. So schrumpften die Übernachtungszahlen im ersten Halbjahr 2020 um 59,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die durchschnittliche Bettenauslastung lag bei nur 30,1 Prozent. Zum Jahresende müsse im Hotel- und Gaststättengewerbe ein Rückgang der Umsätze um 50 Prozent und ein Verlust von mehr als 10.000 Arbeitsplätzen erwartet werden, warnt Lengfelder. „Viele Betriebe stehen mit dem Rücken an der Wand.“

Auch Verena Jaeschke vom Hotel Oderberger im Szenebezirk Prenzlauer Berg trifft die Krise hart. „Vor Corona waren wir zu 90 Prozent ausgelastet, jetzt liegen wir immerhin wieder bei 70 Prozent“, erzählt Jaeschke. Sie führt das Hotel und eine dazugehörige GLS-Sprachenschule zusammen mit ihrer Mutter und ihrer Schwester, erst 2016 hat die Familie das denkmalgeschützte Gebäude mit dem historischen Schwimmbad im Inneren aufwändig sanieren lassen. Nun kommen zu den Krediten für die Sanierung noch neue zur Abfederung der Corona-Folgen hinzu. „Wir sind bisher bei allen Zuschussprogrammen des Landes durchgefallen, weil wir mehr als 150 Mitarbeiter beschäftigen“, erläutert Jaeschke, die nun auf Hilfen aus dem Konjunkturpaket der Bundes hofft. Derweil erprobt die Familie neue Wege: Die Sprachkurse finden überwiegend online statt, die großen Maisonettezimmer des Hotels werden als Home Office-Platz mit Druck- und Scanservice via Rezeption und „Boxspringbett zum Entspannen in der Mittagspause“ angeboten.

Taskforce gegründet Die Familie hat außerdem ein umfangreiches Hygienekonzept inklusive kontaktilosem Check-In erarbeitet. Das ist längst nicht überall Standard, wie Dehoga und visitBerlin bemängeln. Unermüdlich appellieren sie an Hoteliers und Gastonomen, die Hygienegebote einzuhalten, um die Erfolge im Kampf gegen die Pandemie nicht zu gefährden. „Es wäre fatal, wenn einige Verantwortungslose, die sich nicht an die Regeln halten, den Ruf der Stadt verspielen würden, wonach sie Corona besser im Griff hat als andere internationale Metropolen“, warnt Christian Tänzler von visitBerlin. Zusammen mit Senat, Dehoga und dem Berlin Partner zur Förderung von Wirtschaft und Technologie arbeitet die Tourismusinstitution in einer Taskforce, um über Hygienekonzepte und Fördermaßnahmen zu beraten. Es wurden Konzepte für sichere Tagungen entwickelt, aber auch kommende Veranstaltungen wie die Berliner Weihnachtsmärkte sind Thema. „Die Weihnachtsmärkte sind extrem beliebt. Viele Touristen kommen im Dezember extra deswegen in die Stadt“, sagt Tänzler, der darauf verweist, dass die Krise für visitBerlin eine doppelte Herausforderung ist: Als Anbieter des offiziellen Touristentickets Berlin WelcomeCard, von Veranstaltungstickets und Pauschalreiseangeboten „sind wir zur Zeit Arzt und Patient zugleich“.

Neue Hilfen Die Landesregierung hat der gebeutelten Branche gerade neue Finanzspritzen zugesichert. Mit zehn Millionen Euro will sie Tourismusunternehmen helfen, die Krise zu bewältigen und sich neu auszurichten, heißt es in einer Pressemitteilung des Senats. VisitBerlin soll Geld für eine groß angelegte Werbekampagne bekommen, weitere zehn Millionen Euro sollen in einen „Corona-Kongressfonds“ fließen, der Veranstalter zu Events noch in diesem Jahr ermutigen soll. „Das einzig Positive an der Situation ist, dass sich ein neues Verständnis für die Bedeutung des Tourismus für Berlin entwickelt hat“, meint Christian Tänzler. „Das ist ein komplexes System, an dem Einzelhandel, Kultur und Dienstleistungen und Hunderttausende Arbeitsplätze hängen.“ Von Verena Jaeschkes 170 Angestellten in Hotel und Sprachenschule sind nach wie vor 80 Prozent in Kurzarbeit, nach den Sommerferien kommen wieder deutlich weniger Gäste ins Hotel. Trotzdem gibt sie sich zuversichtlich. „Wir sind mit Leidenschaft Hoteliers“, sagt sie fröhlich. Auf keinen Fall will sie den Eindruck erwecken, nur zu jammern. Doch klar ist auch ihr: „Ein zweiter Lockdown wäre ein Todesstoß für die gesamte Branche.“ Johanna Metz

Stille, wo sonst Lärm ist

KULTUR Verdichtung, Gentrifizierung und jetzt Corona – die Berliner Clubs, die den Ruf der Stadt als Partymetropole prägten, kämpfen um ihre Existenz

Es ist mal ein ohrenbetäubendes Dröhnen, dann wieder ein zartes Zirpen, das das Kesselhaus des alten Heizkraftwerkes in Berlin-Friedrichshain erfüllt: In der riesigen Halle am Berghain, wo sonst an Wochenenden nebenan bis zu 1.500 Menschen feiern, lauschen Anfang August nur vereinzelt Menschen einer Klanginstallation des Künstler-Duos tantam. Im Berghain selbst, einem der international bekanntesten Berliner Clubs, steht alles still. Seit Monaten. Corona hat die Clubszene in der Hauptstadt hart getroffen. Bereits am 12. März, noch vor Schulen, Kitas, Restaurants und Geschäften, schlossen im Zuge der Schutzmaßnahmen alle Konzert- und Musikstätten. Damit gehörten die mehr als hundert Berliner Clubs zu den Ersten, die wegen der Pandemie dicht machen mussten. „Und wir werden wohl auch die Letzten sein, die wieder aufmachen können“, prognostizierte Pamela Schobeß schon früh. Die 46-Jährige ist Vorsitzende der Clubcommission, dem Interessenverband

der Clubs in Berlin, betreibt das „Gretchen“ in Kreuzberg und weiß, wovon sie spricht: „Clubkultur und Corona – das funktioniert nicht. In Clubs ist es eng, warm, laut.“ Sie böten daher ideale Bedingungen für eine schnelle Ausbreitung des Covid-19-Virus. Wann sie wieder öffnen können, ist weiterhin ungewiss. Inzwischen bedrohen die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns die Existenz vieler Clubs: keine Einnahmen, kaum Rücklagen, dafür aber teils sehr hohe monatliche Fixkosten. „Im Grunde sind wir alle pleite“, sagt Schobeß. Aber ein Kredit wäre für sie und die meisten anderen keine Option: „Dafür ist die durchschnittliche Umsatzrendite eines Clubs mit rund einem Prozent viel zu gering.“ Mehr sei mit einem Kulturprogramm kaum zu erwirtschaften. Für Berlin jedoch ist die lebendige Clublandschaft nicht nur ein kulturelles Aushängeschild, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor: Der Ruf als Partymetropole, den sich die Hauptstadt mit Umzügen wie der Loveparade und Raves auf Brachen und in Industrieruinen nach dem Mauerfall „erfeuerte“, macht sich bezahlt. Etwa drei Millionen Club-Touristen besuchten Berlin 2018 Umsätze in Höhe von fast 1,5 Milliarden Euro. Zudem boten Clubs und Veranstalter rund 9.000 Menschen direkt Arbeit.



Kunst statt Techno: Die Halle am Club Berghain, in dem sonst bis zu 1.500 Menschen feiern, lädt nun zu Klanginstallationen ein.

Diesen Wert hat die Politik erkannt: „Die Clubkultur ist ein Kulturgut und ein Markenzeichen Berlins“, betonte etwa Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne). Deshalb unterstützt der Senat Clubs seit 2019 finanziell, wenn sie in den Schallschutz investieren. 15.000 Euro als Soforthilfe erhielten zu Beginn der Corona-Krise kleinere Clubs wie das Gretchen mit weniger als zehn Angestellten. Größere Clubs mit mehr als zehn Angestellten konnten Geld aus

dem Topf der Soforthilfe IV speziell für Kulturbetriebe beantragen. Die Höhe der Zuschüsse für die insgesamt 35 darüber unterstützten Betriebe lag der Berliner Kulturverwaltung zufolge zwischen 21.000 und 450.000 Euro. Laut einer Umfrage der Clubkommission jedoch erhielten die Clubs aus staatlichen Soforthilfeprogrammen seit Beginn der Krise nur durchschnittlich rund 19.000 Euro. Auch wenn die Betreiber für „jeden Euro dankbar“ sei-

en, so hätten eng gefasste Kriterien dazu geführt, dass etliche Clubs „durchs Raster“ rutschen, bemängelt Schobeß. Froh sei sie darüber, dass es Kultursenator Klaus Lederer (Die Linke) gelungen sei, bei der zweiten Runde der Soforthilfe IV ab September die Zugangsbedingungen zu erleichtern. Auch eine dritte Runde der Hilfen stellte der Linken-Politiker für Dezember in Aussicht.

Experimentierräume Ein Hoffnungsschimmer. Denn zwei Drittel der Clubs seien akut von der Schließung bedroht, berichtet Schobeß – und damit auch die spezifische Clubkultur: „Unsere Clubs sind Orte, in denen sich die Menschen frei fühlen und künstlerisch experimentieren können“, erklärt sie. Auch böten sie einen „Schutzraum für marginalisierte gesellschaftliche Gruppen, zum Beispiel queere Menschen“. Bedroht sind die Berliner Clubs jedoch nicht erst seit Corona: Die Szene leidet unter der Verdichtung und Gentrifizierung der Hauptstadt. Brachen und Leerstände verschwinden, Nachbarschaften werden schallempfindlicher und klagefreudiger. Immer häufiger müssen Clubs weichen. Schobeß und andere Clubbesitzer fordern deshalb, diese rechtlich als Kulturbetriebe anzuerkennen, um sie besser vor der Verdrängung

aus Wohngebieten zu schützen: „Würden wir nicht länger wie Bordelle und Spielhöhlen als Vergnügungstätten eingestuft, hätten Verwaltungen eine ganz andere Grundlage, um zu entscheiden.“ Dass noch kein Berliner Club endgültig wegen Corona schließen musste, liegt an der großen Solidarität innerhalb der „Community“. Viele waren mit eigenen Crowdfunding-Kampagnen erfolgreich, über „United we stream“, eine von der Clubkommission initiierte Streaming-Plattform, kamen in Berlin fast 500.000 Euro Spenden zusammen. Freiflächen wurden zu Biergärten umfunktioniert, Hinterhöfe zu „Open Air Salons“, das Berghain oder die Wilde Renate verwandelt sich temporär zu Kunsthallen. Kostendeckend sei das zwar alles nicht, gibt Schobeß zu. Trotzdem organisiert auch sie seit August im Hof des Gretchens Live-Konzerte. Inzwischen unterstützt die Landesregierung die Idee der Clubcommission, legale Feiernmöglichkeiten auf öffentlichen Flächen zu schaffen. Angebote einiger Bezirke liegen bereits vor, berichtet Schobeß. Und auch in der Frage der Anerkennung von Clubs als Kulturgut kommt Bewegung: Einen entsprechenden Antrag hat der rot-rot-grüne Senat vor der Sommerpause bereits vorgelegt. Sandra Schmid



Schloss Centsoucis

HUMBOLDT FORUM Nach 30 Jahren voller Debatten über die Gestaltung der historischen Mitte Berlins soll Ende des Jahres nun endlich die Eröffnung gefeiert werden. Gestritten wird über das Projekt aber immer noch

Alles an diesem Gebäude ruft Widerspruch hervor: Seine Geschichte, seine Architektur, seine städtische Einbindung, seine Symbolik, seine Bestimmung. Die Kosten von 644 Millionen Euro sowie. Zumindest der im Vergleich zu anderen Berliner Bauprojekten annähernd eingehaltene Fertigstellungstermin hebt sich wohltuend ab. Die ursprünglich ansiierte Eröffnung im vergangenen Jahr anlässlich des 250. Geburtstags von Alexander von Humboldt konnte zwar nicht realisiert werden und die Corona-Pandemie führte zu einer weiteren Verzögerung, aber Ende des Jahres soll es dann doch soweit sein: Das Humboldt Forum öffnet seine Pforten – allerdings in Etappen. Über kaum ein anderes Bauvorhaben in der Mitte Berlins ist seit der Wiedervereinigung so leidenschaftlich und heftig gestritten worden. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Da war zum einen die Entscheidung über den Abriss des Palasts der Republik, der sich einst dort erhob. Während die Befürworter eines Abrisses die Chance zur Wiederherstellung der historischen Mitte sahen, auf mangelnde Nutzungskonzepte für den Palast und seine symbolische Bedeutung als Bau der SED-Diktatur hinwiesen oder auch ästhetische Gründe geltend machten, argumentierten die Gegner eines Abrisses mit der emotionalen Bindung vieler Ostdeutscher zum Palast und seiner historischen Bedeutung als Sitz der letzten Volkskammer der DDR, die 1990 als einzi-

ge demokratisch gewählt worden war und den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik beschlossen hatte. Die Debatte war emotional stark überlagert vom Verhältnis zwischen West- und Ostdeutschen im vereinigten Deutschland. Das Wort von der „Siegermentalität“ der Wessis machte die Runde. Vor allem die PDS beziehungsweise Linkspartei stemmte sich vehement gegen den Abriss. Eng verknüpft mit dem Abriss-Streit war die Diskussion über eine mögliche Rekonstruktion des 1950 gesprengten Berliner Stadtschlusses, das das Areal auf der Spreeinsel einst dominiert hatte. Für diese Idee rührte vor allem der Landmaschinen-Fabrikant Wilhelm von Boddien kräftig die Trommel und initiierte 1992 den Förderverein Berliner Schloss.

Bund und Hauptstadt Da der Palast der Republik mit dem Einheitsvertrag in den Besitz des Bundes übergegangen war, wurde dieser gleichsam zum Akteur in der Frage nach der Ausgestaltung der historischen Mitte der deutschen Hauptstadt. In dieser Frage hat er über die Hauptstadt- und Kulturförderung ohnehin ein Wort mitzureden. Schließlich orientierte sich der Bundestag 2002 an den Vorschlägen der von Bundesregierung und Berliner Senat eingesetzten Internationalen Expertenkommission His-



Schaulustige verfolgen die Installation der goldenen Kuppelspitze mit Kreuz auf der rekonstruierten Kuppel des Berliner Stadtschlusses.

© picture-alliance/dpa

Die Debatte über den Palast der Republik war emotional stark überlagert.

torische Mitte Berlin. Der Palast sollte abgerissen werden, das Humboldt Forum in der kubischen Form des Stadtschlusses errichtet und dessen barocke Nord-, West- und Südfassade rekonstruiert werden, ebenso wie der Schlüterhof im Innern. Beschlossen wurde auch, dass das Humboldt Forum die Sammlungen des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst der Staatlichen Museen ausstellen soll. In den kommenden Jahren wurde dieses Konzept erweitert: So soll der Bau eine Berlin-Ausstellung des Stadtmuseums und das Humboldt-Labor der Humboldt-Universität beheimaten. Außerdem sollen in der von der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss getragenen Institution Wechselausstellungen und Veranstaltungen stattfinden.

Die Idee ist durchaus bestechend. Zusammen mit dem Alten Museum, dem Neuen Museum, der Alten Nationalgalerie, dem Bode-Museum, dem Pergamonmuseum und der 2019 eröffneten James-Simon-Galerie als Besucherzentrum entsteht in der Mitte Berlins eine Museumslandschaft und ein kulturelles Zentrum, das weltweit seinesgleichen sucht. Der Komplex der fünf Museen auf der Museumsinsel gehört seit 1999 bereits zum Unesco-Weltkulturerbe. Und doch, der Ärger wird nicht kleiner.

Für Streit sorgt vor allem der Umgang mit jenen Teilen der ethnologischen Sammlung, die im Verdacht stehen, während der Kolonialzeit nicht legal erworben worden zu sein. Dass Kulturgüter mit solchen kolonialen Kontexten nun ausgerechnet hinter den Fassaden jenes Schlosses gezeigt werden sollte, deren ursprünglichen Hausherrn – die Hohenzollern – tief in den Kolonialismus und Imperialismus verstrickt waren, sorgte nicht nur für eine erneute hitzige Debatte über das Humboldt Forum, sondern auch über den prinzipiellen Umgang mit Sammlungen aus kolonialen Kontexten in Deutschlands Museen.

Freiheits- und Einheitsdenkmal Für weiteren jahrelangen Streit sorgte die Diskussion über die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals. Der Bundestag hatte zwar 2007 die Errichtung eines solchen Denkmals als Erinnerungsort an die Friedliche Revolution in der DDR und an die Deutsche Einheit beschlossen, aber die inhaltliche und architektonische Gestaltung blieben ebenso umstritten wie die Frage des Standorts. Schließlich entschied man sich für den Entwurf „Bürger in Bewegung“. Die bewegliche und begehbare Schalenkonstruktion errang schnell den zweifelhaften Spitznamen „Einheitswippe“ und soll vor dem Hauptportal des Humboldt Forums errichtet werden. Einst stand dort die Reiterstatue von Kaiser Wilhelm I. Im Mai dieses Jahres erfolgte der erste Spatenstich für das Denkmal auf dem historisch so schwierigen Baugrund.

Die vorerst letzte Runde im Dauerstreit wurde ausgetragen um das 310 Kilogramm schwere goldene Kreuz, das seit Mai dieses Jahres die Kuppel des rekonstruierten Schlosses ziert. Die Debatten über das Humboldt Forum stehen in gewissen Sinne ganz in der historischen Tradition. Bereits als Brandenburgs Kurfürst Friedrich II. 1443 den Grundstein für einen ersten Schlossbau auf der Spreeinsel setzen ließ, weil er seinen Hof in die Doppelstadt Cölln-Berlin verlegen wollte, stieß er auf den erbitterten Widerstand eines selbstbewussten Bürgertums, der als „Berliner Unwille“ in die Geschichtsbücher eingehen sollte. Gebaut wurde trotzdem und in den kommenden Jahrhunderten durchlief das Schloss verschiedene Bauzustände bis zwischen 1698 bis 1713 jener wuchtige Bau nach Plänen des Architekten und Bildhauers Andreas Schlüter entstand, dessen barocke Fassaden jetzt wieder zu bewundern sind. Wohl fühlten sich allerdings nicht alle Hausherrn im Schloss. Friedrich der Große zog es vor, in seinem Schloss Sanssouci (französisch: ohne Sorge) nahe Potsdam zu residieren. Angeblich soll er es zunächst ironisch „Cent soucis“ (hundert Sorgen) genannt haben. Diese Bezeichnung wäre sehr passend für das Stadtschloss, den Palast der Republik und das Humboldt Forum, die wie Symbole für die vielen Sorgen in der deutschen Geschichte stehen. Am 9. November 1918 rief Karl Liebknecht vor dem Schloss die „freie sozialistische Republik Deutschland“ aus, während der

Weimarer Republik diente es unter anderem als Heimstätte für das Kunstgewerbemuseum und im Schlüterhof fanden Konzerte der Berliner Philharmoniker statt. In der Endphase des Zweiten Weltkriegs brannte das Schloss nach einem schweren Luftangriff auf das Berliner Stadtzentrum am 3. Februar 1945 bis auf den Nordwestflügel aus. Nach dem Krieg setzten die sozialistischen Machthaber im Osten Deutschlands der Geschichte des Schlosses ein vorläufiges Ende: Die SED-Führung unter Walter Ulbricht hatte keine Verwendung für preußische Schlösser und ließ die Ruine 1950 sprengen. Zwischen 1973 und 1976 entstand unter der Ägide Erich Honeckers schließlich der Palast der Republik, der mit seinen großflächigen, bronzefarbenen Glasfassaden die Mitte Berlins bis zu seinem Abriss in den Jahren 2006 bis 2008 entscheidend prägte. Es mag sein, dass sich die Geister auch in Zukunft am Humboldt Forum und der Ausgestaltung der Mitte Berlins scheiden werden. Aber man muss kein Prophet sein, um dem Humboldt Forum zumindest in seiner kulturellen und musealen Funktion eine Erfolgsgeschichte vorherzusagen. Auch vor seinen Pforten werden sich lange Schlangen von Besuchern bilden. Und die Hauptstadt wird um einen touristischen Hotspot „reicher“ sein. Und die Berliner? Ihnen – egal ob alteingesessen oder zugezogen – sagt man nach, dass sie diese Hotspots gerne meiden und in ihrem Kiez bleiben. Der ist ja vielleicht auch das wahre Herz Berlins. *Alexander Weinlein*

Von Alt-Griechisch bis Zahnmedizin

WISSENSCHAFT Die Universitäts- und Forschungslandschaft gehört zu den Pfunden Berlins

Wissenschafts- und Wirtschaftsfaktor zugleich – die Charité in Berlin. Die Zahlen machen es deutlich: 17 Zentren, 100 Kliniken und Institute, 17.100 Beschäftigte, davon 4.300 Pflegekräfte, 3.000 Betten, knapp 4.000 Ärzte und Wissenschaftler, 1,4 Milliarden Euro Jahresumsatz, 75.000 Operationen im Jahr, knapp 7.000 Studenten. Der Steckbrief einer von Europas größten Universitätskliniken. Seit 2003 sind die medizinischen Fakultäten von Humboldt- und Freier Universität unter dem Namen „Charité – Universitätsmedizin Berlin“ zusammengefasst, bestehend aus den Kliniken in Mitte, Wedding, Lichtenfelde-West und Buch. Die Charité ist nicht allein auf weiter Flur, sondern eingebettet in der „Berlin University Alliance“. Zu ihr gehören die traditionsreiche Humboldt-Universität (gegründet 1809) mit ihrem Hauptgebäude an der Straße Unter den Linden, die Freie Universität (gegründet 1948) mit ihrem Campus in Dahlem, die Technische Universität in Charlottenburg, die 1946 aus der Königlich-Technischen Hochschule 1946 hervorgegangen, aber bereits 1879 gegründet worden war. Die Berlin University Alliance verfolgt das Ziel, Berlin als Forschungsstandort weiter auszubauen. Seit 2012 haben Wissenschaftler des Verbundes 55 Stipendien des

Europäischen Forschungsrats eingeworben, die an junge Forscher vergeben werden, damit sie Forschergruppen aufbauen und Projekte vorantreiben können. Zu den engsten Partnern der Berlin University Alliance gehört die renommierte Universität Oxford.

Exzellenzuniversität Mit dem Titel „Exzellenzuniversität“ darf sich der Universitätsverbund seit 2019 neben zehn weiteren Universitäten in Deutschland bis 2026 schmücken, ausgewählt von einem internationalen Expertengremium. Bund und Länder fördern auf dieser Grundlage die universitäre Forschung. Dafür stellen sie jährlich Gelder in Höhe von 24 Millionen Euro bereit, von den 75 Prozent vom Bund und 25 Prozent vom Land Berlin getragen werden. Zusätzlich gibt das Land Berlin über seine Einstein-Stiftung jährlich sechs Millionen Euro. Insgesamt zählen Wissenschaft und Forschung neben der Kultur zu einem wichtigen Pfund der Hauptstadt. Dazu gehören neben dem bedeutenden Verbund noch weitere Universitäten, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen: 53 Hochschulen, davon zwölf staatliche, 39 private und zwei kirchliche. Die Kunsthochschule Weißensee, die Universität der Künste, die Hochschule für Schauspiel-

kunst „Ernst Busch“ und die Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ bieten allein 110 Studiengänge an. Studenten können in Berlin insgesamt zwischen knapp 1.900 Studiengängen wählen – zwischen Medizin oder Ethnologie, Architektur und Violine, Design und Alt-Griechisch, International Business und Agricultural Economics. Berlin ist im Lehr- und Forschungsbetrieb auch international aufgestellt. Dafür sorgen unter anderem das Bard College Berlin, die Business School Berlin, die Europe Wirtschaftshochschule Berlin, die European School of Management and Technology, die International Psychoanalytic University Berlin, die Medical School Berlin und die University of Applied Sciences Europe. Mehr als 70 außeruniversitäre Einrichtungen bereichern die Forschungslandschaft in Berlin. Sie werden vom Land Berlin, vom Bund und den Ländern gefördert. Hier wird in den Bereichen Geistes- und Sozialwissenschaften, Ingenieurs-, Natur-, Material-, Lebenswissenschaften geforscht. Tausende Wissenschaftler arbeiten mit den Hochschulen zusammen.

Leibniz-Gemeinschaft Beispiel einer dieser außeruniversitären Einrichtung ist die Leibniz Gemeinschaft. Gleich mit 15 Instituten und zwei Außenstellen von bundes-

weit insgesamt 95 ist sie in Berlin vertreten. Zu ihnen gehören auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung mit dem Sozio-ökonomischen Panel, das Deutsche Rheuma-Forschungszentrum Berlin und das Museum für Naturkunde. Dort ist das im Jahr 2009 gegründete Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung angesiedelt. Es ist ein integriertes Forschungsmuseum der Leibniz-Gemeinschaft, das zuvor zur Humboldt-Universität gehörte. Auch die Helmholtz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer Gesellschaft sind als außeruniversitäre Einrichtungen in Berlin präsent. Hinzu kommen Bundesinstitute, wie das seit der Corona-Pandemie hervorgetretene Robert-Koch-Institut, die in Berlin ansässig sind. In der Wissenschaftslandschaft an der Spree lehren, forschen, arbeiten und studieren mehr als 250.000 Menschen aus aller Welt. Insgesamt gibt es rund 194.000 Studenten, etwa 17 Prozent von ihnen kommen aus dem Ausland. *Almut Läder*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832



AUFGEKEHRT

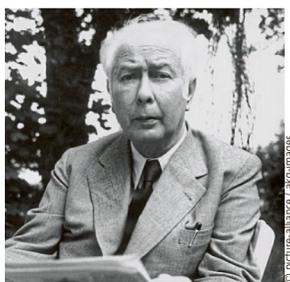
Reifen runter, Hut ab

US-Präsident Donald Trump hat es nicht leicht. Wieder einmal. Nicht nur, dass die Demokraten mit oder trotz Joe Biden als Präsidentschaftskandidat gerade gut im Rennen liegen. Auch um seinen MAGA-Hut steht es schlecht. MAGA – das steht für „Make America Great Again“ und war 2016 Trumps simples wie eingängiges Wahlkampfmotto. Mancher vermutete, Trump sei nur angetreten, um diese roten Hüte zu verkaufen. Vielleicht war das auch sein Plan, vielleicht hatte er auch gar keinen. Wie dem auch sei: Der Reifenhersteller Goodyear hat seinen Mitarbeitern nun offenbar untersagt, auf internen Veranstaltungen mit MAGA-Outfit aufzutreten. „Unacceptable“ sei das, steht auf einer Präsentationsfolie, die aktuell im Netz verbreitet wird. Das passt Trump natürlich nicht: Er ruft – in voller Amtswürde und ganz präsidential – zum Boykott des Herstellers auf. Seinen Twitter-Followern rät er, sie sollten bessere und auch noch billigere Reifen bei anderen Herstellern kaufen. Nun gibt es damit mindestens zwei Probleme abseits der Frage, ob der formal mächtigste Mensch der Welt Produkt-Empfehlungen wie ein wütender Amazon-Kunde geben sollte. Erstens: Goodyear ist ein US-Unternehmen mit Sitz im wahlaktisch nicht ganz unwichtigem Ohio. Zweitens: Seine Präsidentenlimo fährt auf Goodyear-Reifen. Zumal Trumps größte Sorge kurz vor Ende seiner Amtszeit in einem von der Corona-Pandemie und Protesten gegen grassierenden Rassismus arg gebeutelten Land eher sein sollte, dass Joe Biden anfängt, seinen Hut zu tragen und „Make America Great Again“ zu rufen. Also: Hut ab! *Sören Christian Reimer*

VOR 70 JAHREN...

47.695.672 gezählt

13.9.1950: Erste Volkszählung Fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs brauchte die Bundesregierung Informationen über die Lage im Land. Wie viele Menschen leben in der Bundesrepublik? Und wie leben sie? Schließlich lag Deutschland noch immer in Trümmern. Eine Volkszählung am 13. September 1950 sollte Antworten liefern: Sie sollte „nicht nur die Bevölkerung



Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) verteidigte die erste Volkszählung.

nach ihren wesentlichsten Merkmalen erfassen, sondern auch den Bestand an Gebäuden und Wohnungen, die nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsstätten sowie die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe.“ Größere landwirtschaftliche Betriebe waren bereits 1949 gezählt worden. So wollte man unter anderem die „Belegungsdichte“ in dem „verbliebenen Wohnungsbestand“ ermitteln, was wiederum „als Unterlage für die Wohnungsbauprogramme und die endgültige Ansiedlung der Zugewanderten“ dienen sollte. Bedenken über die Datensicherheit gab es auch damals schon. Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) betonte daher, dass weder Finanzamt noch Wohnungsamt oder Polizei Zugriff auf die Informationen bekämen, die mithilfe von insgesamt 237 Fragen auf fünf Fragebögen erhoben wurden. Er versicherte: „Es wird nicht geschnüffelt.“ Schon zwei Wochen später lagen die ersten Ergebnisse vor. Demnach lebten damals in der Bundesrepublik ohne West-Berlin 47.695.672 Bundesbürger, darunter mehr als 7,8 Millionen Heimatvertriebene und knapp 1,6 Millionen Zugewanderte. Die Menschen verteilten sich auf 15,5 Millionen Haushalte. In West-Berlin lebten rund 2,1 Millionen Menschen. *Benjamin Stahl*



ORTSTERMIN: AUSSTELLUNGSPROJEKT GROSSES B – DREIZEHNMAL STADT



Die Ausstellung „100 Jahre (Groß-)Berlin“ im Museum Berlin-Reinickendorf bietet Einblicke in das Verhältnis von Stadt und Bezirken. Sie ist Teil des Kooperationsprojektes „Großes B – dreizehnmal Stadt“ vom Märkischen Museum und zwölf Berliner Bezirksmuseen.

Wenn aus Landgemeinden eine Großstadt wird

Von großstädtischem Treiben keine Spur. Als im Jahr 1920 die preußische Landesversammlung mit knapper Mehrheit Groß-Berlin schuf und Reinickendorf – bestehend aus mehreren Landgemeinden wie Tegel, Lübars und Hermsdorf sowie einigen Gutsbezirken wie Frohnau und Tegel-Schloss – zum 20. Bezirk machte, war dieser noch überwiegend ländlich geprägt. Lediglich das Dorf Reinickendorf – durch seine Angrenzung an den schon zu Berlin gehörenden Wedding – und Tegel – durch die Industrieanlagen der Borsig-Werke – zeigten schon Spuren der stetig wachsenden Industrialisierung, die mit einem deutlichen Bevölkerungswachstum einherging. Heute zählt der fünfgrößte Berliner Stadtbezirk mehr als 260.000 Einwohner (1920: 92.299). Wälder und Seen prägen die Gegend, in der es noch immer mehrere Dörfer und imposante Villengendungen gibt. Der totale Gegensatz dazu ist das in den 1960er Jahren erbaute Märkische Viertel – das Marzahn Westberlins. Die Vielschichtigkeit Reinickendorfs thematisiert die zum Kooperationsprojekt „Großes B – dreizehnmal Stadt“ ge-

hörende Ausstellung „Mitte(n) in Reinickendorf“. Kuratorin der Ausstellung ist die Berliner Architektin und Stadtplanerin Christiane Borgelt. Sie glaubt, dass auch ohne die damalige Entscheidung der preußischen Landesversammlung für die Eingemeindung die Entwicklung wahrscheinlich ähnlich verlaufen wäre. „Es hätten sich mehrere Gemeinden zusammengetan, wie es schon vorher praktiziert wurde, um Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie etwa das Verbands-Krankenhaus Reinickendorf, zu bauen“, sagt sie. Nicht alle Gemeinden waren damals von der Idee einer Eingemeindung begeistert, weiß Borgelt. Während Reinickendorf und Tegel mit ihrer relativ großen Arbeiterbevölkerung dafür waren, gab es in den konservativen Landgemeinden wie Hermsdorf oder Lübars – ebenso wie in Frohnau – Widerstände. Die Mitten – von denen in der Ausstellung die Rede ist – sind Borgelts Aussage nach jedoch nicht in den ehemaligen Dörfern entstanden. „Sie sind an Ausfallstraßen oder Bahnhöfen entstanden. Dort, wo Verkehr war, be-

gann Handel und wuchsen Zentren“ sagt sie. Eine zentrale Mitte hat sich in Reinickendorf aber nicht entwickelt. Der Bezirk ist dezentral gewachsen und spiegelt damit die Situation Berlins. Belege für das dezentrale Wachstum Berlins finden sich viele in den Ausstellungen des Märkischen Museums in Kooperation mit den zwölf Berliner Bezirksmuseen. Eng verknüpft mit dem Blick auf die historischen Entwicklungen ist dabei auch die Frage nach möglichen Impulsen für Gegenwart und Zukunft. Begleitet wird das Kooperationsprojekt von dem gemeinsam konzipierten Online-Portal 1000x.berlin mit Fotografien und Biografien aus 100 Jahren „Groß-Berlin“. *Götz Hausding*

Die Ausstellung im Museum Reinickendorf kann noch bis zum 25. Oktober 2020 besucht werden. Die Sonderausstellung „Chaos & Aufbruch – Berlin 1920/2020“ im Märkischen Museum in Berlin-Mitte stellt die Frage danach, wie Großstadt gelingen kann. Sie ist ab dem 26. August für Besucher geöffnet. Mehr dazu unter: www.grossesb.berlin

LESERPOST

Zur Ausgabe 28-29 vom 6. Juli 2020, „Ende der Schweinerei“ auf Seite 1: Ein Schweineleben ist meist eine saumäßig traurige Tierquälerei, aber eine mit verliehenem Qualitätssiegel. Nach der künstlichen Besamung „darf“ die Muttersau ihren Nachwuchs völlig bewegungslos in der Zwangs-Kastenhaltung pflegen. Hier steht das Tierwohl natürlich weit an erster Stelle! Ob ein Schwein im Stall(Gefängnis) von der großen Freiheit im Freien, vom Wühlen im Dreck und von Spielen träumt, das weiß kein Mensch so genau. Aber wenn das Schweinefleisch im Supermarkt besonders billig ist, das weiß der fleischessende Mensch sehr zu schätzen.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Zu derselben Ausgabe „Drama mit vielen Akten“ auf Seite 9: Das bisherige Ringen um eine Neuregelung zur Reform des Wahlrechts ist sehr unwürdig. Vielleicht wäre ein möglicher Ansatz, die Kosten des Bundestags beziehungsweise der Parlamente auf das Jahr 2013 zurückzuführen – unabhängig von der Anzahl der Abgeordneten. Eine Reform des Wahlrechts würde auch die Landesparlamente und die der Kommunen betreffen. Angesichts der durch die Pandemie bedingten enormen finanziellen Belastungen der jetzigen und künftigen Steuerzahler wäre dies ein kleiner Beitrag zum Sparwille der zuständigen Parlamentarier. Und vielleicht wären dann auch Lösungen schneller möglich!

Manfred Mütter, Bad Lippspringe

Zum selben Artikel: Ich werde zur Wahl des 20. Deutschen Bundestags im kommenden Jahr als unabhängiger Kandidat des Wahlkreises Bad Neuenahr-Ahrweiler in Rheinland-Pfalz antreten und plädiere für eine praktikable Lösung für die Reform des Wahlrechts: In jedem der 299 Wahlkreise könnten zur nächsten Bundestagswahl geeignete Einzelbewerber ohne Parteibuch als Direktkandidaten um die Erststimmen der Wählerinnen und Wähler kämpfen – und am besten auch verdient gewinnen, denn es gilt das Mehrheitswahlrecht. Somit würden zusätzliche Überhang- und Ausgleichsmandate über die Landesliste für die Parteien entfallen. Der Souverän ist jetzt gefragt.

Siegfried Verdonk, Winnerath

PERSONALIA

>Ingrid Matthäus-Maier Bundestagsabgeordnete 1976-1982, FDP, 1983-1999, SPD
Am 9. September begeht Ingrid Matthäus-Maier ihren 75. Geburtstag. Die Richterin schloss sich 1969 der FDP an, war 1972/73 Vorsitzende der Jungdemokraten und gehörte von 1974 bis 1982 dem FDP-Bundesvorstand an. Nach dem Koalitionswechsel ihrer Partei 1982 trat sie zur SPD über. Matthäus-Maier, die vorwiegend im Finanzausschuss mitarbeitete, hatte von 1979 bis 1982 den Ausschussvorsitz inne. Über die Landesliste Nordrhein-Westfalen zog sie 1983 erneut in den Bundestag ein und amtierte von 1988 bis 1999 als finanzpolitische Sprecherin der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion sowie als deren stellvertretende Vorsitzende.

>Kurt Falthäuser Bundestagsabgeordneter 1980-1995, CSU
Am 13. September vollendet Kurt Falthäuser sein 80. Lebensjahr. Der in München geborene Diplom-Volkswirt schloss sich 1963 der CSU an, war von 1987 bis 1999 Kreisvorsitzender in München-West und gehörte auch dem CSU-Landesvorstand an. Von 1974 bis 1980 und von 1998 bis 2008 war er Mitglied des Bayerischen Landtags und amtierte von 1998 bis 2007 als bayerischer Finanzminister. Der langjährige finanzpolitische Sprecher seiner Bundestagsfraktion engagierte sich im Deutschen Bundestag vorwiegend im Finanzausschuss. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 14. September.

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Hans-Jochim Brauer Bundestagsabgeordneter 1987-1990, Unabhängiger/Die Grünen
Hans-Jochim Brauer vollendet am 26. August sein 75. Lebensjahr. Der Lehrer aus Königslutter Helmstedt war Mitglied des Kreisvorstands des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschlands. Brauer wirkte im Sportausschuss mit.

>Manfred Zöllmer Bundestagsabgeordneter 2002-2017, SPD
Manfred Helmut Zöllmer wird am 29. August 70 Jahre alt. Der Studiendirektor aus Wuppertal, SPD-Mitglied seit 1972, war von 1989 bis 2002 dort Ratsherr. Zöllmer, Direktkandidat des Wahlkreises Wuppertal I, engagierte sich im Landwirtschafts- sowie im Finanzausschuss.

>Ernst-Reinhard Beck Bundestagsabgeordneter 2002-2013, CDU
Am 31. August begeht Ernst-Reinhard Beck seinen 75. Geburtstag. Der Oberstudiendirektor aus Reutlingen schloss sich 1968 der CDU an und war dort von 1979 bis 1983 Kreisvorsitzender. Beck, Direktkandidat des Wahlkreises Reutlingen und verteidigungspolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion von 2009 bis 2013, wirkte im Verteidigungsausschuss mit.

>Heidemarie Ehler Bundestagsabgeordnete 1998-2002, PDS
Heidemarie Ehler wird am 1. September 70 Jahre alt. Die Diplom-Ökonomin aus Halle trat 1969 der SED und 1989 der PDS bei. Von 1990 bis 2004 gehörte sie dem Stadtrat in Halle und seither jenem in Dessau-Roßlau an. Ehler engagierte sich im Petitions- sowie im Finanzausschuss mit.

>Manfred Lischewski Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU
Am 2. September begeht Manfred Lischewski seinen 80. Geburtstag. Der Chemiker aus Halle trat 1990 der CDU bei. Er arbeitete im Forschungsausschuss und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit dessen Vorsitz er von 1994 bis 1998 hatte.

>Josef Klein Bundestagsabgeordneter 1972-1976, CDU
Am 5. September vollendet Josef Klein sein 80. Lebensjahr. Der Universitätsprofessor aus Stolberg, seit 1966 CDU-Mitglied, war dort von 1979 bis 1984 Ratsherr und von 1969 bis 1973 Mitglied des Kreistags Aachen. Klein gehörte dem Städtebauausschuss an.

>Rudolf Bindig Bundestagsabgeordneter 1976-2005, SPD
Rudolf Bindig begeht am 6. September seinen 80. Geburtstag. Der Kaufmann aus Weingarten trat 1967 in die SPD ein, gehörte von 1973 bis 1993 dem Landesvorstand in Baden-Württemberg an und war von 1996 bis 2009 Kreisvorsitzender in Ravensburg. Er engagierte sich zumeist im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Von 1988 bis 2006 gehörte er dem Europarat und der WEU an und amtierte von 2002 bis 2006 als Vizepräsident des Europarats.

>Wolfgang Weiermann Bundestagsabgeordneter 1987-2002, SPD
Am 8. September vollendet Wolfgang Weiermann sein 85. Lebensjahr. Der Maschinenschlosser aus Dortmund wurde 1955 SPD-Mitglied und war von 1991 bis 1997 stellvertretender Vorsitzender des dortigen Unterbezirks. Von 1969 bis 1987 gehörte er dem Rat seiner Heimatstadt an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Dortmund II arbeitete im Umwelt- sowie im Wirtschaftsausschuss mit.

>Michael Leja Bundestagsabgeordneter 1990, CDU
Michael Leja wird am 8. September 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Quedlinburg trat 1977 der CDU in der DDR bei. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer und dem Bundestag an.

>Klaus Breil Bundestagsabgeordneter 2009-2013, FDP
Klaus Breil wird am 9. September 75 Jahre alt. Der Unternehmensberater aus Bernried trat 1982 der FDP bei, gehörte von 2001 bis 2011 dem bayerischen Landesvorstand an und ist seit 2012 Vorsitzender des FDP-Kreisverbands Weilheim-Schongau. Von 1996 bis 2002 und 2002 bis 2020 war er Mitglied des dortigen Kreistags. Breil engagierte sich im Wirtschaftsausschuss. *bmh*

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 09. – 11.09.2020

KI-Strategie (Do), Berufliche Bildung (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

leicht
erklärt!

Berlin

Die Haupt-Stadt von Deutschland



Im folgenden Text geht es um die Stadt Berlin.

Das ist die Haupt-Stadt von Deutschland.

Im Text geht es unter anderem um folgende Dinge:

- Was ist eine Haupt-Stadt?
- Wie wurde Berlin zur Haupt-Stadt?
- Was macht Berlin zur Haupt-Stadt?

Was ist eine Haupt-Stadt?



Eine Haupt-Stadt ist eine besonders wichtige Stadt in einem Land.

Die meisten Länder auf der Welt haben eine Haupt-Stadt.

Meistens wird ein Land von seiner Haupt-Stadt aus geleitet.

In der Haupt-Stadt befinden sich dann die wichtigsten Behörden von einem Land.

Und die wichtigsten Politiker arbeiten von der Haupt-Stadt aus.

Infos über Berlin

Die Haupt-Stadt von Deutschland heißt Berlin.

Berlin liegt im Nord-Osten von Deutschland. Auf einer Karte liegt die Stadt also rechts oben in Deutschland.

Berlin ist die Stadt in Deutschland mit den meisten Einwohnern. Dort leben fast 4 Millionen Menschen.

Berlin ist in vielen Bereichen eine wichtige Stadt.

Zum Beispiel in folgenden Bereichen:

- Forschung
- Kunst und Veranstaltungen
- Firmen



Berlin als Haupt-Stadt

Im Jahr 1871 wurde Berlin die Haupt-Stadt Deutschlands.

Bis zum Jahr 1945 blieb das auch so. Danach änderte sich einiges.



Im Jahr 1939 löste Deutschland den Zweiten Welt-Krieg aus.
Im Jahr 1945 verlor Deutschland den Krieg.
Und zwar gegen die Länder:
Groß-Britannien, Frank-Reich, die USA
und die Sowjet-Union.

Diese Länder teilten Deutschland
unter sich auf und machten daraus
2 neue Länder.

Groß-Britannien, Frank-Reich und die
USA machten aus ihren 3 Teilen
die Bundes-Republik Deutschland.

Die Sowjet-Union
machte aus ihrem Teil
die Deutsche Demokratische Republik.
Oder kurz: die DDR.

Das Besondere daran:

Zwischen Groß-Britannien,
Frank-Reich und den USA auf der
einen Seite und der Sowjet-Union auf
der anderen Seite entstand ein Streit.

Sie wurden zu Gegnern.

Deswegen waren auch die
Bundes-Republik und die DDR Gegner.



Was bedeutete die Teilung für Berlin?

Auch Berlin hat man aufgeteilt.

Der eine Teil von Berlin
wurde zu Ost-Berlin.

Und Ost-Berlin wurde
die Haupt-Stadt der DDR.

Der andere Teil wurde zu West-Berlin.

Das Besondere:

Die Stadt Berlin lag
komplett in der DDR.

Also lag auch West-Berlin
komplett in der DDR.
Dabei gehörte es ja
zur Bundes-Republik.

Deswegen beschloss man:
West-Berlin kann nicht länger die
Haupt-Stadt der Bundes-Republik sein.

Denn: Dann wäre die Haupt-Stadt
der Bundes-Republik ja in einem
gegnerischen Land gewesen.



Berlin und Bonn

Man beschloss darum:
Die Stadt Bonn soll erst einmal
Haupt-Stadt der Bundes-Republik
werden.

Und zwar so lange,
bis die Sache mit der DDR geklärt ist.

Die Bundes-Regierung
und der Bundestag arbeiteten
seitdem von Bonn aus.

Die Bundes-Regierung sind die
Politiker, die Deutschland leiten.
Und der Bundestag sind von den
Wählern bestimmten Politiker.
Sie treffen wichtige Entscheidungen
für Deutschland.



Im Jahr 1990 änderten sich die Dinge.

Aus der Bundes-Republik und der
DDR wurde wieder ein Land.

Die Bundes-Republik Deutschland,
in der wir auch heute leben.

Berlin wurde damals Haupt-Stadt
von ganz Deutschland.

Eine Frage musste man aber noch
klären:

Sollen auch die Bundes-Regierung
und der Bundestag von Bonn nach
Berlin umziehen?

Im Jahr 1991 beschloss der Bundestag:
Ja, die Regierung und der Bundestag
sollen nach Berlin ziehen.



Für Bonn war das natürlich schlecht.
Man hatte dort verschiedene Sorgen.

Zum Beispiel den Verlust
von Arbeits-Plätzen.
Und dass Bonn in Zukunft nicht
mehr so wichtig für Deutschland ist.

Deswegen beschloss man:
Einige Teile der Bundes-Regierung
sollen in Bonn bleiben.

Außerdem sollen auch andere
wichtige Behörden in Bonn bleiben.



Seitdem kann man sagen:
Berlin ist die Haupt-Stadt
von Deutschland.

Bonn ist so etwas wie die zweite Stadt,
von der aus Deutschland regiert wird.

Was gibt es in Berlin?



Berlin ist also die Haupt-Stadt
von Deutschland.

Und dort finden sich viele
wichtige politische Einrichtungen.

Im Folgenden einige Beispiele:

Die Bundes-Regierung

Die Bundes-Regierung sind die
Politiker, die Deutschland leiten.

Der Chef der Regierung
ist der Bundes-Kanzler.

Im Moment ist das Angela Merkel.

In Berlin befindet sich
das Bundes-Kanzleramt.

Das ist das Haupt-Büro
des Bundes-Kanzlers.

Und es ist die Behörde,
die den Bundes-Kanzler bei
seinen Aufgaben unterstützt.

Ein zweites Büro
hat der Bundes-Kanzler in Bonn.



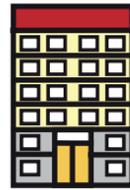
Außerdem gehören zur Regierung
noch Bundes-Minister.

Bundes-Minister sind die Leiter der
obersten Behörden von Deutschland.

Diese Behörden nennt man auch
Bundes-Ministerien.

Jede dieser Behörden ist für
bestimmte Themen zuständig.

Es gibt zum Beispiel ein
Ministerium für Familien.
Und ein anderes Ministerium ist für
Bildung und Forschung zuständig.



Insgesamt gibt es in Deutschland
14 Bundes-Ministerien.

8 davon haben ihre Haupt-Büros
in Berlin.

Die 6 anderen haben
ihre Haupt-Büros in Bonn.
Aber sie haben auch Büros in Berlin.

Der Bundestag

In Berlin befindet sich das
Reichstags-Gebäude.

Das ist das Gebäude, in dem sich der
Bundestag trifft und arbeitet.

Der Bundestag ist eine Gruppe von
Politikern.

Die Bürger in Deutschland haben sie
gewählt.

Die Politiker vertreten alle Menschen
im Land.

Aufgaben der Politiker vom Bundes-
tag sind zum Beispiel:

- Sie machen Gesetze.
- Sie bestimmen, für was in
Deutschland Geld ausgegeben wird.
Zum Beispiel für Renten, Straßen
oder Kranken-Kassen.
- Sie kontrollieren die Regierung.

Durch den Bundestag können
also die Bürger in Deutschland
mitbestimmen.

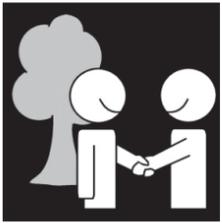


Der Bundes-Präsident

In Deutschland gibt es
einen Bundes-Präsidenten.

Er ist das Staats-Oberhaupt von
Deutschland.

Das bedeutet:
Er hat das höchste Amt im Land.
Er vertritt Deutschland in anderen
Ländern.



Das macht er zum Beispiel so:

- Er hält Reden.
- Er besucht oft andere Länder. Dort trifft er sich zum Beispiel mit wichtigen Politikern. So sorgt er dafür, dass Deutschland gute Kontakte zu den Ländern hat.
- Er nimmt an Veranstaltungen teil.

Das alles macht er im Namen von Deutschland.

Der Bundes-Präsident ist also ein wichtiger Politiker von Deutschland.

Sein Haupt-Büro hat er in Berlin.

Und zwar im Schloss Bellevue. Das spricht man ungefähr so: Bellwü. Das ist Französisch und bedeutet: Schöne Aussicht.

Botschaften

Eine wichtige Aufgabe für eine Haupt-Stadt ist folgende: Dort wird der Kontakt zu anderen Ländern gepflegt.

Auch in Berlin ist das so.

Die meisten Länder auf der Welt haben in Berlin eine Vertretung.

Das bedeutet: Das andere Land schickt Mitarbeiter nach Berlin.

Diese leben dort.

Und sie arbeiten in einer speziellen Behörde von ihrem Land.

Diese Behörde nennt man: Botschaft.

Die Mitarbeiter von einer Botschaft haben verschiedene Aufgaben.

Zum Beispiel:

- Sie sollen den Kontakt zwischen ihrem eigenen Land und Deutschland verbessern.
- Sie sollen ihrem Land berichten, was gerade in Deutschland passiert.

Zusammenfassung



Berlin ist die Haupt-Stadt von Deutschland.

Von Berlin aus wird Deutschland geleitet.

Die obersten Politiker von Deutschland arbeiten von Berlin aus.

Und von Berlin aus hält Deutschland Kontakt zu anderen Ländern auf der Welt.

Außerdem ist Berlin auch die größte Stadt Deutschlands.

Und es gibt dort sehr viele Veranstaltungen, Forschung und wichtige Firmen.

Damit ist Berlin eine der bedeutendsten Städte in Deutschland.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Robert Schlesinger. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 35-37/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 14. September 2020.